



Georg Huber:

Erfolgreicher Pilotkunde

Der Mühldorfer Landrat freut sich gemeinsam mit seinen Mitarbeitern über die Möglichkeit, die Doppik in Bayern prägend mitzugestalten. **Seite 7**



Christian Gangl:

Bemerkenswerte Perspektiven

Um die Attraktivität seiner Heimatstadt noch weiter zu erhöhen, hat Füssens Bürgermeister zahlreiche Projekte in Gang gesetzt. **Seite 15**



Ludwig Atzberger:

Trendsetter Voice over IP

Beim KundenForum 2006 konnte der komuna-Geschäftsführer einmal mehr mit hochaktuellen EDV-Themen aufwarten. **Seite 8**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 21. September 2006

57. Jahrgang / Nummer 18

Tag des offenen Denkmals 2006:

Rasen, Rosen und Rabatten

Mehr als 700 Objekte allein im Freistaat

Der Tag des offenen Denkmals, der in den vergangenen Jahren einen stetig steigenden Publikumserfolg verzeichnen konnte, wartete in diesem Jahr mit dem Schwerpunktthema „Rasen, Rosen und Rabatten - Historische Gärten und Parks“ auf. In Bayern standen am 9. und 10. September rund 700 Objekte inklusive Führungen, Vorträgen und Rahmenprogrammen zur Auswahl. Bundesweit waren es rund 7.000 in mehr als 2.500 Städten und Gemeinden. Dabei richtete sich der Blick einmal mehr nicht so sehr auf die bekannten Prachtbauten, sondern auf die unentdeckten ‚Denkmäler von nebenan‘, die ansonsten nicht zugänglich sind und an denen man allzu leicht vorbeigeht. Ziel war es, den Blick bewusst auf das Wertvolle und das Schöne in der eigenen Nachbarschaft zu lenken.

Vielen engagierten Mitarbeitern der Unteren Denkmalschutzbehörden und Regierungen, den Heimatpflegern sowie der Initiative vieler Privatleute ist es zu verdanken, dass auch in diesem Jahr ein umfangreiches Programm zustande kommen konnte.

Historische Kulturlandschaft

So bot das Freilichtmuseum Glentleiten des Bezirks Oberbayern zwei Sonderführungen zum Schwerpunktthema „Historische Kulturlandschaft“ an. Den Besucher erwartete 500 Jahre Alltagskultur in Oberbayern, eingebettet in eine historische Kul-

turenlandschaft aus Wäldern, Gärten und Weideflächen und mehr als 50 Gebäude aus einer Zeitspanne vom 16. bis 20. Jahrhundert. In Benediktbeuern wurden Führungen durch das Kloster und den Maierhof angeboten, in dem unter anderem die Fachberatung für Heimatpflege und das Trachteninformationszentrum des Bezirks Oberbayern untergebracht sind.

Spuren der Romanik

Auf den „Spuren der Romanik“ wurden im Landkreis Fürstentfeldbruck mit zwei geführten Bustouren Kirchen im Landkreis erkundet. Unter der Leitung von Kreisheimatpfleger Toni Drexler fand, in Zusammenarbeit mit dem Hörbacher Montagsbrettel, unter dem Motto „Rosen, Tulpen, Nelken - von Blumen, Gärten und Bäumen“ ein literarischer Spaziergang durch Hörbach statt. Vorgetragen wurden

des Tages entsprechend, auch ein Renaissance-Parkfest mit Tanzdarbietung sowie ein Kinderprogramm. In Aufhausen konnte man die bekannte Wallfahrtskirche „Maria Schnee“ besichtigen und in Graßlfing bei Pentling führte Ortsheimatpfleger Prof. Dr. Hans Weigert durch die Ortsgeschichte und besuchte dabei u.a. die römische Villa rustica und die Kirche St. Nikolaus.

Regionale Spezialitäten

Zahlreiche Veranstaltungen gab es auch im Schweinfurter Land und im Oberen Wertal: So konnten in Burghausen ein zweigeschossiger Fachwerkbau aus dem 17. Jahrhundert besichtigt werden, in Dürrfeld das historische ehemalige Rathaus, bezogen 1594, in Egenhausen der Sandsteinfriedhof und die Katholische Pfarrkirche St. Johannes der Täufer - eine der schönsten Spätbarock-Kirchen Unterfrankens, in Euerbach der u. a. Gartenpavillon von Balthasar Neumann, in Gochsheim die Kirchgaden, die zu den wenigen noch erhaltenen Kirchenburgen in Unterfranken zählen, sowie in Werneck der Schlosspark, um 1860 zu einem englischen Garten umgebaut.

In der Landeshauptstadt München beteiligte sich die Freimann-Mohr-Villa bereits zum vierten Mal an dem Tag des offenen Denkmals (Fortsetzung auf Seite 4)



Wandergenuss Bayern: Hoch-Gefühl ist garantiert

Traumhafte Wanderwege, Gipfelglück und tiefe Täler, schattige Biergärten, duftende Wiesen, Kultur am Wegesrand - Deutschlands beliebtestes Ferienland ist auch für Wanderer die Nummer eins. Ein Netz von 40.000 Kilometer Wanderwegen zieht sich durch Bayern. Rund 330 wanderfreundliche Betriebe sind mit dem Gütesiegel „Qualitätsgastgeber Wanderbares Deutschland in Bayern“ ausgezeichnet. Die Urlaubsbroschüre „Lust auf Natur - Wandern in Bayern“ stellt verschiedene Wanderregionen im Freistaat vor. Sie kann unter tourismus@bayern.info angefordert werden. Mehr dazu im Internet unter www.bayern.by. Die Aussichtsgipfel in den Ammergauer und Allgäuer Alpen (unser Bild) bieten gerade im Herbst eine traumhafte Fernsicht. Auf Seite 15 berichten wir über die Aktivitäten eines Allgäuer Fremdenverkehrsortes. **Bild: Füssen Tourismus und Marketing**

Ländliche Räume und Metropolregionen:

Partner oder Konkurrenten?

Tagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum

Soeben erschienen ist der Tagungsband einer von der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum durchgeführten Veranstaltung im Landratsamt Neumarkt zum Thema „Ländliche Räume und Metropolregionen: Partner oder Konkurrenten?“. Der Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, Prof. Dr.-Ing. Holger Magel, zeigte sich hochofreut über die gleichermaßen große Teilnahme von Stadt und Land, „selbst wenn offenbar zumindest auf Verbandsebene immer noch Ängste vor-

einander bestehen“. **(Fortsetzung auf Seite 4)**

Die Metropolregion Hamburg gehört mittlerweile in Deutschland zu den eingespielten regionalen Kooperationen und kann daher eine Reihe von Erfahrungen für das Zusammenspiel von metropolitanen Räumen (und Akteuren) und dem ländlichen Raum übermitteln, wie Guido Sempell feststellte. Er betonte, dass das Konzept der Metropolregionen die traditionelle Form der Regionalplanung in Frage stelle, weil mit ihm zwangsläufig eine neue Sicht auf Strukturförderung und regionalen Defizit-

ausgleich verbunden sei. Zudem erzwingt das Konzept eine neue Definition von Region im Sinne funktionaler Verflechtungen.

Dass diese Diskussion bislang in erster Linie aus der Regionalökonomie geführt werde, sollte die Landesplanung zu aktiver Auseinandersetzung und konstruktiver Unterstützung von „Metropolisierung“ herausfordern.

Attraktivität der Regionen

Dr. Brigitte Adam vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung erklärte, für die Zukunft werde es wichtig sein, zum einen die räumliche Integration und die Organisation der Metropolregionen in den Griff zu bekommen, zum anderen aber auch das ökonomische Wachstumsziel mit der Erhaltung der Attraktivität der Regio-



„Da tobt der ewige Zweikampf zwischen Obrigkeit und Selbstverantwortung, zwischen dem ergebene Warten auf eine fürsorgliche Anordnung und dem Zutrauen in die Entscheidungsfähigkeit des Einzelnen“, meint der Bürgermeister. „Kreisel oder Ampel?“ lautet die schlichte Frage. **Seite 15**

Wahlrecht kein Mittel der Integration

Beckstein lehnt Müntefering-Forderungen ab
Ausnahmen nur für EU-Bürger“

Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein lehnt den Vorschlag von Bundesarbeitsminister Franz Müntefering ab, allen in Deutschland lebenden Ausländern das kommunale Wahlrecht zu gewähren: „Wahlrecht und Staatsangehörigkeit sind aus gutem Grund untrennbar miteinander verbunden. Das Wahlrecht ist in einer Demokratie das grundlegende „Mitbestimmungsrecht“ des Staatsbürgers. Deswegen sieht die Verfassung das Wahlrecht nicht als Mittel der Integration an, sondern als Ausfluss der Staatsangehörigkeit. Ausnahmen sieht das Grundgesetz nur bei Wahlen in Landkreisen und Gemeinden für EU-Bürger als Ausformung des Prinzips vor, dass Unionsbürger in der Europäischen Union gleiche Rechte haben sollten. Dabei muss es bleiben.“ □

unter anderem Texte von Oskar Maria Graf, Abraham a Santa Clara, Aventinus, Lena Christ und Ludwig Thoma. Der Arbeitskreis Vor- und Frühgeschichte des Historischen Vereins Fürstentfeldbruck e.V. führte Grabungen an der Sunderburg bei Schöngesing durch, die von der Öffentlichkeit besichtigt werden konnten, während am Bauernhofmuseum Jexhof sich alles um „Die Welt der Kräuter“ drehte. Kräuterpädagoginnen stellten Kräuter vor, die für den Speiseplan nützlich sind.

Renaissance-Parkfest

In Alteglofsheim im Landkreis Regensburg war das barocke Prunkschloss der ehemaligen Reichsgrafen von Königsfeld, heute Sitz der 3. Bayerischen Musikakademie, geöffnet. Es gab Führungen und, dem Motto



Wie durch ein Kaleidoskop blickt man aus dem Kunstwerk „Pampel“ mitten im Skulpturenpark der Münchner Mohr-Villa auf das denkmalgeschützte Gebäude. Das Freimann Kulturzentrum lebt aus dem ehrenamtlichen Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger, die sich mit vielfältigen Aktionen am Tag des offenen Denkmals beteiligten. **Bild: Brigitte Koliopoulos**

GZ-Sonderdrucke im Internet

Liebe Leserinnen und Leser,

Die jüngsten Sonderdrucke der Bayerischen Gemeindezeitung zum E.ON Bayern Umweltpreis, zum Bayerischen Sparkassentag und zum Verbandstag der Bayerischen Genossenschaften erfreuen sich einer starken Nachfrage. Zahlreiche Kommunen planen inzwischen Veranstaltungen mit Entscheidungsträgern und Mitbürgern, um ihre eigenen Umweltaktivitäten zu koordinieren und zu verbessern. Hierfür leistet die Dokumentation des Umweltpreises eine gute Argumentationshilfe.

Wir weisen deshalb darauf hin, dass alle Dateien im PDF-Format zum Herunterladen im Internet unter www.gemeindezeitung.de kostenlos zur Verfügung stehen. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Schwarzen Schafen das Handwerk legen

Kabinetts legt dem Landtag das Maßnahmenpaket zum Kampf gegen „Gammelfleisch“ vor - Landratsämter als Kontrollinstanz umstritten

Während inner- und außerhalb Bayerns immer neue Fälle von verdorbenen Lebensmitteln, voran Fleischwaren, dem „Gammelfleisch“, im Großhandel entdeckt werden, hat die Staatsregierung nun die von Umwelt- und Verbraucherschutzminister Dr. Werner Schnappauf bereits im Januar angekündigte Aktivierung der Kontrollbehörden in Kraft gesetzt. Die auf kommunaler Ebene bestehenden und in die Kritik geratenen Kontrollinstanzen mit Fleischbeschauern und Amtstierärzten erhalten in einer „Task Force“ von derzeit 26 bis 29 und im Oktober voraussichtlich 36 hauptamtlichen Mitarbeitern eine Unterstützung mit erweiterten Vollmachten, bis hin zu staatsanwaltschaftlichen Befugnissen.

In einer Sondersitzung des Umweltausschusses, noch vor dem normalen Wiederbeginn der Landtagsarbeit nach der Sommerpause, berichtete Schnappauf über die Kabinettsbeschlüsse. Eine dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) in Oberschleißheim zugeordnete Spezialeinheit soll Tierärzte und Lebensmittelchemiker aber auch Juristen, Technologen und EDV-Spezialisten umfassen und besser als die kommunalen Kontrolleure mit besonderen Befugnissen ausgestattet werden. So kann diese „Task Force“, die Schnappauf schon zu Jahresbeginn angekün-

digte hatte, auch Waren und schriftliche Unterlagen beschlagnahmen. Die rechtlich knifflige, öffentliche Nennung von Namen Beschuldigter und ganzer Firmen soll im Einvernehmen mit Bund und Europäischer Union möglich gemacht werden.

Kontrolle ohne Anmeldung

Es geht, wie der Minister betonte, vor allem um Großhandelsbetriebe, deren Lagerkühlhäuser mehr als 25 Tonnen Kapazität haben. Davon gibt es in Bayern ca. 300 mit 60 Kühlhäusern, die weltweit aktiv sind. Sie können und sollen ohne Voranmeldung kontrolliert werden, verweigern oder verzögern sie die Zertifizierung ihrer Ware, will Schnappauf die Kontrollen „bis auf ein Maximum hinauffahren“, also jede Anlieferung kontrollieren lassen. Die Buchhaltung der Betriebe auf EDV und Computer umzustellen, ist ein weiteres Ziel.

Betriebsbeauftragte für Lebensmittelhygiene

Manche arbeiteten noch mit dem klassischen Leitorden „nach alter Väter Sitte“. Schließlich sollen Betriebsbeauftragte für Lebensmittelhygiene eingesetzt werden, in Auftrag und Verantwortung vergleichbar den Be-

auftragten für Arbeitssicherheit in der Industrie.

Wirksames Konzept

CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann begrüßte das Maßnahmenpaket als „wirksames Konzept“. Es müsse gelingen, „den wenigen schwarzen Schafen das Handwerk zu legen“. Leidtragende seien derzeit die Bauern, Metzger und kleinen Läden. Ausschussvorsitzender Henning Kaul (CSU) übte bei grundsätzlicher Zustimmung aber auch Kritik. Nach den Skandalen des letzten Jahres und den Task-Force Ankündigungen Schnappaufs im Januar habe er erwartet, dass sich der Ausschuss nicht so schnell wieder mit dem Thema beschäftigen müsse. Die Opposition hatte eine Sondersitzung des Plenums verlangt. Landtagspräsident Alois Glück lehnte das ab und verwies auf den üblichen Geschäftsgang mit Ausschusssitzungen vor Plenarsitzungen zu einer bestimmten Sache.

Opposition übt massive Kritik

Die Opposition bezog sich in ihrer massiven Kritik auch auf Hinweise, dass Schnappauf im Kabinetts angegriffen worden sei. Ludwig Wärner, Verbraucherschutzsprecher der SPD, sprach von Versagen des bayerischen Verbraucherschutzes. Nicht nur der Minister sondern auch der Ministerpräsident sollte zurücktreten; schließlich berufe er die Kabinettsmitglieder. Wörner dehnte seine Kritik auf die kommunale Ebene aus. Die Lebensmittelkontrolle müsse „weg von den Landratsämtern“. Schnappauf habe sich persönlich nicht von seinem einstigen Amt gelöst, sei „Landrat geblieben“.

Unabhängigkeit Kontrollen

Der Minister verwies auf seine Anordnungen. Bei den staatlichen Veterinären werde es eine

vertikale und horizontale Rotation geben. Amtstierärzte sollen nach etwa fünf, spätestens nach zehn Jahren in einen anderen Kontrollbereich versetzt werden. Auch der Wechsel nach oben, zu den Bezirksregierungen, ins LGL und bis ins Ministerium sei vorgesehen. Die Landkreise und kreisfreien Städte „sind aufgefordert, ein analoges Rotationssystem einzuführen“.

Adi Sprinkart (Grüne) meinte, die Verstärkung der Kontrollen erfordere ein Heer von Kontrolleuren“. Bisher habe die Aufblähung der Kontrolltruppe jedoch keinen einzigen Fall aufgedeckt. Die Maßnahmen des Ministeriums seien „weit weg von der Realität“. Auch Sprinkart forderte, ein „weg von den Landratsämtern“. Unabhängigkeit der Kontrollen und Kontrolleure sei die wichtigste Voraussetzung für einen Erfolg. Die Opposition will das Thema weiter im Parlament aufgreifen. **rm**

Kabinetts beschließt Doppelhaushalt 2007/2008:

Leitentscheidung für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg

Zum zweiten Mal Haushalt ohne Neuverschuldung / Freistaat investiert 758 Millionen Euro in Bildung, Familie, Innere Sicherheit und ländlichen Raum

Das bayerische Kabinetts hat den Doppelhaushalt 2007/2008 mit einem Volumen von rund 35,8 Milliarden Euro (2007) und rund 36,3 Milliarden Euro (2008) beschlossen. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: „Wir haben einen weiteren wichtigen Meilenstein für die gute Zukunft Bayerns gesetzt: Wir haben es mit dem Entwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 zum zweiten Mal in Folge geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen. Wie im Jahr 2006 machen wir auch in den nächsten beiden Jahren keinen Cent neue Schulden. Damit beweisen wir, dass der ausgeglichene Haushalt kein Einmaleffekt ist.“

Stoiber betonte, dass die Staatsregierung Wort gehalten habe. Sparen, Reformieren, Investieren sei der Fahrplan der Legislaturperiode bis 2008. Stoiber: „In den letzten beiden Jahren haben wir uns durch Einsparungen und Konsolidierungsmaßnahmen neue finanzielle Handlungsspielräume erarbeitet. In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode können wir deshalb verstärkt investieren. Wir ernten jetzt die Früchte unserer Anstrengungen der letzten Zeit.“

Stabilitätskultur bedeutet Investitionsvorsprung

Stoiber betonte, dass Bayern mit seinem ausgeglichenen Haus-

Faltlhauser überbringt Haushalt in Montgelas' Aktentasche

Anlässlich der Vorlage des ersten ausgeglichenen Doppelhaushalts in Bayern hat sich der bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser etwas Besonderes einfallen lassen. So wie der britische Schatzkanzler, der am traditionellen „Budget Day“ schon seit mehr als 100 Jahren mit einem roten Köfferchen samt Haushaltsrede in das Parlament schreitet, überbrachte er dem Ministerrat den Haushalt in einer besonderen Aktentasche.

Die schwarze Aktentasche, in der der Minister das umfangreiche Zahlenwerk ins Kabinetts trug, ist eines von drei Portefolios des Grafen Montgelas aus der Zeit nach 1809. Sie trägt die Aufschrift „Au Comte de Montgelas“ und war bis vor kurzem in der Ausstellung „Bayerns Krone 1806 - 200 Jahre Königreich Bayern“ zu bewundern. Montgelas war von 1799 bis 1817 Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und gleichzeitig von 1803 bis 1806 sowie von 1809 bis 1817 Minister der Finanzen, von 1809 bis 1817 zudem Minister des Inneren.

Faltlhauser hatte bereits für das Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Nach Art. 18 der Bayerischen Haushaltsordnung soll der Staatshaushalt ab 01.01.2006 regelmäßig ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichen werden. Der Doppelhaushalt 2007/2008 ist der erste Doppelhaushalt des Freistaats ohne Nettoneuverschuldung. **□**

Landkreistag verwahrt sich gegen Polemik

Die in einigen Medien geäußerte Behauptung, unabhängige Kontrollen der amtlichen und beamteten Tierärzte sowie der Lebensmittelkontrolleure seien wegen Beeinflussung der gewählten Landräte nicht möglich, weist der Bayerische Landkreistag in einer Pressemitteilung energisch zurück. „Ist ein Landrat wirklich von einem Festwirt abhängig, der unsauber produziert? Oder wird er nicht eher versuchen, seinen Landkreis sauber zu halten, einen anderen, besseren Festwirt zu finden und so die Gesundheit seiner Bürger zu schützen?“ heißt es in der Erklärung. Andere Auffassungen seien nicht nur polemisch, sondern unterstellten Kommunalpolitikern Korruption - sie hätten zum Glück nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Die Ansiedlung der Kontrollen auf der Ebene der Landratsämter komme nicht von ungefähr: Ortsnähe, regionale Kenntnis und Zugriffsmöglichkeit als auch Einheit der Verwaltung sprächen dafür. **□**

2. März vorgesehen:

Termin für die Gemeinde- und Landkreiswahlen 2008

In der Sitzung am 13. September 2006 hat sich der bayerische Ministerrat mit dem Termin für die allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen im Jahr 2008 befasst. Auf Vorschlag von Innenminister Dr. Günther Beckstein beabsichtigt die Staatsregierung als Termin für die allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen Sonntag, den 2. März 2008 vorzusehen. Das Innenministerium wird jetzt die Kommunalen Spitzenverbände zum vorgesehenen Termin anhören. Danach wird der Termin endgültig von der Staatsregierung festgesetzt.

An einem Sonntag im März

Nach dem Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz (GLKrWG) finden die allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen an einem Sonntag im Monat März statt. Nachdem im Jahr 2008 der Ostersonntag auf den 23. März fällt und die Osterferien von Samstag, 15. März, bis Sonntag, 30. März 2008 dauern, erscheint der 2. März als der günstigste Wahltermin. **□**

Startschuss zur Föderalismusreform

Stoiber: Bayern wird neue Kompetenzen zügig umsetzen

Bayern gibt den Startschuss zur Umsetzung der Föderalismusreform. Das Kabinetts hat einen ersten Fahrplan zur Umsetzung der Föderalismusreform in Landesrecht beschlossen. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber betonte: „Bayern wird die durch die Föderalismusreform gewonnenen neuen Kompetenzen jetzt zügig nutzen. Wir werden von den neuen Möglichkeiten entschlossen Gebrauch machen und damit sachgerechte, für Bayern passgenaue Lösungen schaffen.“

Zur Umsetzung der Föderalismusreform stehen Maßnahmen unter anderem in den Bereichen Wohnungswesen, Versammlungsrecht, Strafvollzug, Hochschulen, Dienstrecht, Gewerbe- und Ladenschluss an.

Soweit von den neuen Kompetenzen durch landesgesetzliche Regelungen Gebrauch gemacht werden soll, wird nach dem beschlossenen Fahrplan angestrebt, die Gesetzgebungsverfahren soweit möglich bis Ende 2007 bzw. noch in dieser Legislaturperiode abzuschließen. Zur Schaffung eines modernen Dienstrechts werden Eckpunkte vorgelegt. Die neuen Kompetenzen für ein leistungsfähiges und modernes Dienstrecht will die Staatsregierung in Abstimmung mit den Betroffenen umsetzen. Die Föderalismusreform I zur Neuordnung der Kompetenzen

halt auch Vorreiter für eine neue Stabilitätskultur in Deutschland sei. Immer mehr Länder und auch der Bund wollten dem Beispiel Bayerns folgen. Nach Stoibers Worten ist der Zeitvorsprung beim ausgeglichenen Haushalt auch ein Investitionsvorsprung. Stoiber: „Unser konsequentes Sparen bedeutet ganz konkret 11 Milliarden Euro Schulden weniger im Jahr 2008, jährlich rund 500 Millionen Euro weniger Zinszahlungen. Das heißt, wir können auch mehr als die anderen Länder in die Zukunft investieren. Sparen und Konsolidieren zahlt sich für die Menschen in Bayern also ganz konkret aus.“

Investieren in die Zukunft

Kernelement des bayerischen Doppelhaushalts 2007/2008 ist nach den Worten Stoibers das Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ mit einem Gesamtvolumen von über 750 Millionen Euro. Das sei, so Stoiber, eine „Leitentscheidung für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Zusammenhalt in Bayern“. Für dieses Programm setze die Staatsregierung ganz gezielt zusätzliche Haushaltsmittel und Privatisierungserlöse ein.

Im Mittelpunkt des Investitionsprogramms stehen vier Zukunftsfelder. Der erste Schwerpunkt ist nach den Worten Stoibers Hochschule, Bildung und Wissenschaft mit 291 Millionen Euro. Stoiber: „Wir setzen auf die beste Ausbildung unserer Kinder. Denn eine gute Bildungspolitik ist der Schlüssel für eine gute Zukunft unseres Landes und für jeden einzelnen Bürger ist Bildung ein entscheidender Schlüssel für persönliche Chancen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten.“ Stoiber kündigte die Schaffung von insgesamt 784 zusätzlichen Lehrstellen und 150 neuen Stellen an den Universitäten an.

Insgesamt stehen in den Jahren 2007 und 2008 für große Baumaßnahmen im Hochschulbereich fast 600 Millionen Euro zur Verfügung.

Der zweite Schwerpunkt ist „Kinder und Familien“. Die

staatliche Förderung der Kinderbetreuung wird mit zusätzlichen 35 Millionen Euro ausgebaut; 10 Millionen Euro werden zusätzlich in den Ausbau von Ganztagschulen investiert.

Dritter Schwerpunkt ist die Innere Sicherheit. Gezielt fließen rund 200 Millionen Euro in die Sicherheitsarchitektur des Freistaats.

Stärkung des ländlichen Raums

Vierter Schwerpunkt ist laut Stoiber die Stärkung des ländlichen Raums. Die Staatsregierung habe sich klar für die Strategie entschieden, den wirtschaftlichen Fortschritt und gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilen Bayerns zu fördern. Mit dem neuen Investitionspaket werde der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Regionen eine noch stärkere Dynamik gegeben. Im Einzelnen hat die Staatsregierung für Infrastrukturprojekte wie Straßen und Brücken im ländlichen Raum zusätzlich 66 Millionen Euro beschlossen. Das bayerische Hochwasserschutz-Aktionsprogramm setzt der Freistaat mit zusätzlich 42 Millionen Euro. Für die Regionalförderung werden zusätzlich 18 Millionen Euro aufgebracht, für die Dorferneuerung zusätzlich 10 Millionen Euro und für die Einzelbetriebliche Investitionsförderung in der Landwirtschaft 40 Millionen Euro. Darüber hinaus unterstützt die Staatsregierung die Ausrichtung der Alpinen Ski-Weltmeisterschaften in Garmisch-Partenkirchen mit 7 Millionen Euro.

Höchste Investitionsquote

Finanzminister Kurt Faltlhauser betonte, dass Bayern mit 12,5 Prozent nach wie vor die höchste Investitionsquote von allen westdeutschen Flächenländern hat. Gleichzeitig bleibe Bayern auch in den nächsten beiden Jahren mit rund 2,3 Milliarden Euro pro Jahr ein erheblicher Nettozahler im Länderfinanzausgleich. Faltlhauser hob hervor, dass ein weiteres Kernelement des bayerischen Staatshaushalts traditionell der Kommunale Finanzausgleich sei. Die reinen Landesleistungen erhöht sich um 6,2 Prozent auf über 5,4 Milliarden Euro. Damit liege das Wachstum des kommunalen Finanzausgleichs um über 4 Prozentpunkte über dem Wachstum des Staatshaushalts. **□**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Pleyer
90607 Rückersdorf
am 2.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Bahl
84149 Velden
am 7.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Winfried Schlee
96188 Stettfeld
am 8.10.

Bürgermeister
Wilhelm Wagenpfeil
94544 Hofkirchen
am 8.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedrich Käbmeyer
89353 Glött
am 2.10.

Bürgermeister Anton Winkler
89432 Binswangen
am 6.10.

Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat:

Lebendigeres Gemeinwesen im Visier

Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth

Wie kann die Zusammenarbeit zwischen Bürger und Staat im Bereich des Sozialen intensiviert und verbessert werden? Antworten auf diese Frage gab eine zweitägige Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth. Deutlich wurde dabei, dass bürgerschaftliches Engagement aufgrund seiner Freiwilligkeit im weitesten Sinn immer „unzuverlässig“ bleiben wird. Bürgerengagement kann öffentliche Systeme nicht ersetzen, sondern immer nur ergänzen - zum Beispiel um Angebote, die sonst nicht finanzierbar wären.

Hierzu bedarf es aber nicht nur einer Aktivierung des Bürgers, sondern auch der Bringschuld der „anderen Seite“, wie die Tagung zeigte: Soziale Einrichtungen müssen sich hin zur Bürgergesellschaft öffnen, zur Mitarbeit einladen und ermuntern.

Modell der „Paten“

Nahezu idealtypisch verwirklicht ist das komplementäre Zusammenwirken von Bürger und Staat bei dem Augsburger Modell der „Paten“, wie Sozialdezernent Konrad Hummel erläuterte: Die Ämter öffnen sich den freiwilligen „Sozial-, Familien- oder Jugendpaten“, die eigenständig und auf Augenhöhe mit den Mitarbeitern der Behörde arbeiten. Diese haben ihre Tätigkeit umgestellt und koordinieren jetzt die Beratungstätigkeit der Paten, anstatt alle Beratungen selbst durchzuführen. Konsens bestand darüber, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen, beispielsweise im Versicherungs-, Steuer- und Gewerberecht, häu-

fig ein Hindernis für bürgerschaftliches Engagement darstellen, weil die Möglichkeit ehrenamtlichen Tätigwerdens bei der Schaffung dieser Normen einfach nicht bedacht wurde. Hier ist die Politik gefordert, entsprechende Änderungen zu initiieren.

Interessant war auch das Beispiel eines „dritten Wegs“ zwischen unentgeltlichem und entgeltlichem Tätigwerden: Bei der Riedlinger Seniorengemeinschaft, die Betreuungs- und Pflegeaufgaben für alte Menschen erbringt, erhalten die Mitglieder laut Vorsitzendem Josef Martin für ihre Dienste ein niedriges Entgelt oder sie sparen die geleisteten Stunden an, um sich später - bei eigener Hilfsbedürftigkeit - Leistungen zu sichern. Die Organisation umfasst 600 Mitglieder, davon 110 Helfer. Außer der Pflegedienstleitung gibt es keine hauptamtlichen Mitarbeiter. Die Finanzierung erfolgt eigenständig über Mitgliedsbeiträge und die Differenz zwischen erhaltenem (7,50 Euro) und ausbezahltem (6,15 Euro) Stundenlohn.

Anwaltschaftliche Funktion

Dass die anwaltschaftliche Funktion für die behinderten, sozial benachteiligten bzw. sozial ausgegrenzten Menschen und die Migranten weiterhin von der Freien Wohlfahrtspflege wahrgenommen werden muss, darauf verwies Knut Lehmann, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Bayern e.V. Ohne eine konsequente Wahrnehmung dieser Funktion würden die anderen gesellschaftlichen Kräfte, die auch anwaltschaftliche Funktion übernehmen, entscheidend geschwächt.

Lehmann wies darauf hin, dass innerhalb der Freien Wohlfahrtspflege in einem beträchtlichen Umfang ehrenamtliches Engagement organisiert sei; insoweit repräsentiere die Freie Wohlfahrtspflege in diesem Bereich in erheblichem Umfang zivilgesellschaftliche Strukturen.

Beispiel Münchner Tafel

Am Beispiel der 1994 gegründeten Münchner Tafel erläuterte Hannelore Kiethe die Finanzierung sozialen Engagements. Als eine der ersten Einrichtungen dieser Art habe man mit zehn ehrenamtlich Tätigen, acht Firmensponsoren und pro Woche einer halben Tonne verteilter Lebensmittel für 500 Bedürftige begonnen, so Kiethe. Heute arbeite die Tafel mit 120 ehrenamtlich Tätigen, sieben Festangestellten, einem Zivildienstleistenden und sechs Ein-Euro-Jobbern. 130 Firmensponsoren sorgten dafür, dass 80 Tonnen und mehr Lebensmittel pro Woche an die rund 14.000 Bedürftigen ausgegeben werden könnten.

Beitrag der Sponsoren

Anfangs habe man sich Kiethe zufolge außer der Sponsorensuche um die Finanzierung keine großen Gedanken gemacht. Später erfolgten eine Kontaktaufnahme mit Stiftungen und gezielte Aktivitäten zur Bekanntmachung der Tafel und Mitgliederwerbung. Durch die Mitgliederbeiträge fließe der Tafel ein gleichmäßiger Sockelbetrag zu. Die Stadt München, mit der die Zusammenarbeit sehr gut funktioniere, unterstütze mit einem Sachkostenzuschuss. Wesentlich sei aber nach wie vor der Beitrag der Sponsoren, der nicht nur in Form von Lebensmitteln, sondern auch in Geld- und Sachleistungen erfolge. Nach der Euro-Umstellung und der Einführung von Hartz IV sei jeweils ein deutlicher Anstieg der Bedürftigen zu verzeichnen gewesen.

Bürgerstiftung

Fritz Morgenstern, Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung für den Landkreis Fürstfeldbruck, erklärte, bei einer Bürgerstiftung organisierten sich viele Personen für ihr heimatliches Umfeld. Der Stiftungszweck sei in der Regel sehr weit gefächert. Das Stiftungskapital sei meistens gering, die operative, ehrenamtliche Arbeit in eigenen Projekten daher wichtiger als die finanzielle Fördertätigkeit. Das Vermögen der Bürgerstiftung Fürstfeldbruck betrage 1 Mio. Euro. Die Ausgaben beliefen sich auf 100.000 Euro pro Jahr, woraus ersichtlich sei, dass zum Großteil zusätzliche Spendeneinnahmen vereinnahmt würden. Projekte gebe es beispielsweise im Bereich der Kultur und der Jugend- und Seniorenarbeit, daneben würden vier Tafeln betrieben. Die teils fachkundigen Projektleiter arbeiteten weitgehend ei-

genverantwortlich. Dies erfordere einen hohen Vertrauensvorschuss und stelle eine Herausforderung für die Leitung der Stiftung dar, mache das Ehrenamt aber attraktiv. Die Idee, mittels einer Bürgerstiftung bürgerschaftliches Engagement für den Landkreis zu ermöglichen, habe in Fürstfeldbruck überwältigende Resonanz hervorgerufen, wie die Zahl der Stifter (derzeit 270) beweise.

Auch Ehrenamt verursacht Kosten

Matthias Sehling, Regierungsdirektor am Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, wies zunächst darauf hin, dass bürgerschaftliches Engagement trotz der Unentgeltlichkeit der Leistungserbringung Kosten verursache. Finanzierungsbeiträge würden durch den Bund, den Freistaat Bayern und die Kommunen geleistet. Bei letzteren sei der Gesamtbetrag der Förderung für Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen etc. noch nicht wissenschaftlich ermittelt worden.

Wichtige Vereine

Wesentlichen Anteil am bürgerschaftlichen Engagement hätten nach wie vor die Vereine. Der Anteil öffentlicher Mittel an der Finanzierung betrage in Deutschland 64 Prozent. Dies sei mehr als im internationalen Vergleich, der Staat spiele jedoch überall - auch in den USA - eine Hauptrolle. Allerdings betrügen nach einer Studie die durch bürgerschaftliches Engagement ersparten Aufwendungen für Sozialkosten das 2,7-fache der in die Bürgerarbeit investierten Kosten. **DK**

GZ Kolumne Luitpold Braun

liebe Leser

Wer jetzt in den Sommerferien offenen Auges auf dem Balkan unterwegs war, der konnte zweifelsfrei feststellen, wer unter den dortigen Staaten der Verlierer des letzten Jahrhunderts ist.

Serbien nämlich, das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen erstaunlichen Aufschwung nahm. 1913 gewann Serbien in Folge der Balkankriege Makedonien. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, der zur Niederlage der Mittelmächte führte und zur bedauerlichen Auflösung Österreich-Ungarns, wurde das Gebiet des König-



Territorium des ehemaligen Jugoslawien, das man getrost als „Groß-Serbien“ bezeichnen kann, mehrere Nachfolgestaaten. Slowenien, Kroatien und Makedonien wurden selbständige Staaten, Bosnien-Herzegowina wurde in

An Serbiens Beispiel aus der Geschichte lernen

reiches Serbien wesentlich erweitert. Aus dem österreichischen Reichsteil erhielt es Slowenien und große Teile der dalmatinischen Küste, aus Ungarn das heutige Kroatien. Aus dem k.u.k. Gesamtstaat wurde Bosnien-Herzegowina zum neuen Staat geschlagen. Schließlich kam auch noch das vorher selbständige Königreich Montenegro hinzu.

Nach der militärischen Niederlage 1941 kam es kurzfristig zur Zerschlagung des jugoslawischen Staates, der 1945 in etwas vergrößerter Form wieder entstand.

Heute existieren auf dem

Folge des Bürgerkrieges selbständig. Heute ist das serbische Kosovo von Interventionsstreitkräften besetzt und im Mai erklärte sich auch noch Montenegro für frei.

Damit verlor Serbien auch den Zugang zum Mittelmeer. Es ist auf den Stand vom Anfang des 20. Jahrhunderts zurückgefallen. Ist das vielleicht die Rache der Geschichte für Sarajewo 1914?

Die
Luitpold Braun

Nachmal
Sonne tanken!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Mittel für Entwicklung des ländlichen Raums

Die Europäische Kommission hat die Aufteilung der Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2007 bis 2013 beschlossen. Deutschland erhält in dem Zeitraum insgesamt rund 8 Milliarden Euro. Pro Jahr entfallen auf Deutschland rund 1,2 Milliarden Euro. Insgesamt stehen von 2007-2013 rund 69,75 Milliarden Euro für die Entwicklung des ländlichen Raums bereit.

Die Mittelzuweisung für die einzelnen Mitgliedstaaten erfolgte anhand von drei Kriterien. Zum einen beinhalten die Mittel Geldbeträge, die bestimmten Regionen im Rahmen des Konvergenziels vorbehalten sind. Auch die historischen Anteile der Mitgliedstaaten an den Mitteln des EAGFL-Fonds und des Programms Leader+ wurden berücksichtigt.

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit

„Die Mittel für die ländliche Entwicklung können zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft eingesetzt werden und spielen eine wesentliche Rolle bei der Förderung von Umweltvorhaben auf dem Lande. Die Gelder können auch außerhalb der Landwirtschaft eingesetzt werden, um in den ländlichen Gebieten neue Arbeitsplätze zu schaffen und Unternehmen zu gründen“, kommentierte Mariann Fischer-Boel, EU-Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. □

Rund ein Viertel des Gemeinschaftsbeitrags fließt in Maßnahmen für Umweltschutz, Landwirtschaft, Verbesserung des Tierschutzes und eine nachhaltige Forstwirtschaft. Ein weiterer Schwerpunkt der Entwicklung des ländlichen Raums liegt in der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft. Mindestens 10 Prozent des Gemeinschaftsbeitrags müssen für Maßnahmen wie Förderung des Humankapitals, Innovationsförderung oder Niederlassung von Junglandwirten verwendet werden. Auch die Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft sind Hauptanliegen der EU-Kommission.

Für die Förderperiode hat die EU-Kommission den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), geschaffen. Zudem setzt die Kommission auf bessere Kontrolle, Evaluierung und Berichterstattung sowie eine klarere Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und der Kommission. □

Hürden gemeinsam
meistern.
Zinslasten senken –
Marktchancen nutzen



Machen Sie Ihr Finanzmanagement zum Chancenmanagement: Die erfahrenen Spezialisten der Deutschen Bank bieten moderne Finanzinstrumente an, die zielgenau und praxisorientiert auf Kommunen, kommunale Betriebe und Unternehmen zugeschnitten sind. Ihre Chancen: Zinsaufwand senken, Verpflichtungen schneller abbauen und neue Spielräume für Investitionen schaffen.

Mehr dazu erfahren Sie im Internet oder direkt von Ihrem Ansprechpartner:
Hans-Jürgen Gerlach, Tel.: 0 89-23 90 22 09
E-Mail: hans-juergen-ge.gerlach@db.com

www.deutsche-bank.de/oeffentlicher-sektor

Leistung aus Leidenschaft.

Deutsche Bank



„Was die deutschen Städte von Europa erwarten“

Neue Publikation des Deutschen Städtetags - Empfehlungen und Forderungen

Im ersten Halbjahr 2007 übernimmt Deutschland die Ratspräsidentenschaft in der EU. Zu diesem Anlass hat der Deutsche Städtetag seine europapolitischen Erwartungen und Forderungen in einer Broschüre zusammengestellt. Diese wurden nunmehr der Bundesregierung mit der Bitte übermittelt, sie bei der Vorbereitung der Ratspräsidentenschaft zu berücksichtigen.

Wie Dr. Stephan Articus, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages und Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München in einem Vorwort betonen, unterstützen die deutschen Städte den europäischen Einigungsprozess und auch den Verfassungsprozess, erwarten dabei aber, dass die kommunale Selbstverwaltung einen hohen Stellenwert erhält und die kommunale Daseinsvorsorge nicht ordnungspolitischen Idealen geopfert wird.

Daseinsvorsorge wichtig für die Lebensqualität

In Deutschlands Städten sei die kommunale Daseinsvorsorge besonders ausgeprägt und wichtig für die Lebensqualität. Der Verfassungsvertrag werde die

kommunale Selbstverwaltung in Europa stärken. Die Städte seien bereit, sich für Europa einzusetzen. Sie wünschten sich, dass ihre Anliegen von den EU-Institutionen und der Ratspräsidentenschaft ernst genommen und berücksichtigt werden.

Zurückhaltung der europäischen Ebene

Speziell im Sozial- und Gesundheitsbereich sprechen sich die Kommunen für eine Zurückhaltung der europäischen Ebene aus, damit die Funktionsfähigkeit der unterschiedlichen lokal verankerten und historisch gewachsenen sozialen Sicherungssysteme nicht beeinträchtigt wird. Marktwirtschaftliche Instrumente stoßen laut Städtetag insbesondere beim sog. sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis zwischen Leistungsträger, Lei-

stungserbringer und Leistungsempfänger an ihre Grenzen. Zentrales Anliegen der Kommunen ist es, die Leistungsangebote an den Bedürfnissen der Bürger auszurichten, woraus eine vielfältige Trägerstruktur mit weltanschaulich unterschiedlich geprägten Angeboten resultiert.

Unterschiedliche europarechtliche Entwicklungen schränken mittlerweile die kommunale Organisationshoheit erheblich ein. So dehnt die Europäische Gemeinschaft den Rechtsrahmen für die Vergabe öffentlicher Aufträge zunehmend aus und stellt dadurch die kommunale Organisationshoheit im Bereich der interkommunalen Kooperation in Frage.

Für ÖPP Hürden vermeiden

Um die Bildung Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP) bzw. die Bildung privatrechtlicher Rechtsformen zu fördern, sollten zu hohe vergaberechtliche Hürden vermieden werden. So sollte die Anwendung der Ausnahmeregelungen zu Inhouse-Geschäften auf kommunal

beherrschte gemischtwirtschaftliche Unternehmen ausgeweitet werden. Sowohl für die rechtssichere Anwendung der interkommunalen Zusammenarbeit als auch zur Förderung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften sind aus Sicht der deutschen Städte Änderungen in einigen EU-Vergaberichtlinien erforderlich. Der gefundene Kompromiss für die neue ÖPNV-Verordnung liefere hier möglicherweise erste positive Ansätze. Andernfalls würde die Attraktivität insbesondere von ÖPP für die Kommunen als Instrument für die Erbringung öffentlicher Leistungen erheblich leiden. Der Deutsche Städtetag appelliert an die Bundesregierung, sich im Rahmen ihrer Ratspräsidentenschaft für die Ausschreibungsfreiheit der interkommunalen Zusammenarbeit sowie die weite Auslegung des Begriffs der Inhouse-Geschäfte einzusetzen.

Arbeitszeitrecht revidieren

Bereits seit längerer Zeit wird im Ministerrat über eine Veränderung der EG-Arbeitszeitrichtlinie gestritten. Insbesondere zwei Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs aus den Jahren 2000 und 2003 hatten Anlass gegeben, das geltende EG-Arbeitszeitrecht zu revidieren. Denn nach den genannten Entscheidungen des Gerichtshofs sind aktive Arbeitszeiten und Bereitschaftsdienstezeiten grundsätzlich gleichzusetzen, was zu einem erheblichen Mehreinstellungsbedarf in allen Tätigkeitsbereichen führen würde, in denen Bereitschaftsdienste geleistet werden, wie zum Beispiel in Krankenhäusern und bei kommunalen Berufsfeuerwehren.

Begrüßt wird vom Deutschen Städtetag ausdrücklich der im Juli 2005 vorgelegte dritte Entwurf der Europäischen Kommission für eine ÖPNV-Nachfolgeverordnung, weil die Kommission nunmehr erstmals grundsätzlich das Recht der kommunalen Aufgabenträger anerkennt, unter bestimmten Voraussetzungen selbst zu entscheiden, ob sie Nahverkehrsleistungen als eine

Wilhelm Wenning wird Hans Angerers Nachfolger

Der Ministerrat beschloss, den Regierungsvizepräsidenten von Oberfranken, Wilhelm Wenning, mit Wirkung vom 1. Januar 2007 zum Regierungspräsidenten von Oberfranken zu bestellen. Der bisherige Regierungspräsident von Oberfranken, Hans Angerer, tritt mit Ablauf des Monats Dezember 2006 in den Ruhestand. Der 1950 in Nürnberg geborene Wenning wurde nach Stationen beim Verwaltungsgericht Ansbach und beim Landratsamt Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim 1990 als Abgeordneter in den Bayerischen Landtag gewählt. Ende 1994 kehrte er als Richter an das Verwaltungsgericht Ansbach zurück. Von 1996 bis 2002 übte er das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Würzburg aus. Anschließend wurde er Leiter der Abteilung I - Zentrale Aufgaben und Vertreter des Regierungsvizepräsidenten bei der Regierung von Oberfranken. Zum 01.01.2004 wurde er zum Regierungsvizepräsidenten benannt. □

Aufgabe der Daseinsvorsorge durch die eigene Verwaltung bzw. durch eigene Unternehmen erbringen oder in einem Wettbewerbsverfahren ausschreiben. Die deutschen Städte erwarten allerdings, dass die Möglichkeit der „marktorientierten Direktvergabe“ an eigene Unternehmen - anders als im Kommissionsentwurf vorgesehen - entsprechend den Vorgaben eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs von 2003 ausgestaltet wird.

Abfallvermeidung und Recycling

Die thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling zur Revision der Abfallrahmenrichtlinie gehört ohne Zweifel zu den Themenfeldern, die von der deutschen Ratspräsidentenschaft mit Nachdruck verfolgt bzw. einer Lösung zugeführt werden sollten. Die Städte erwarten dabei von der Bundesregierung, dass sie gerade den Regelungen der Abfallrahmenrichtlinie besondere Aufmerksamkeit widmet, die die Verankerung der kommunalen Zuständigkeiten, Fragen der geteilten Produktverantwortung sowie die Abgrenzung von Verwertung und Beseitigung und damit auch Regelungen zum Abfallende zum Inhalt haben, und sich

dafür einsetzt, dass es hier zu kommunalfreundlichen Lösungen kommt.

Verankerung der kommunalen Zuständigkeit

Entscheidende Kriterien für eine erfolgreiche Regelung sind aus der Sicht der Städte die Verankerung der kommunalen Zuständigkeit im Rahmen der Daseinsvorsorge in der Abfallrahmenrichtlinie, die Verhinderung von marktorientierten Regelungen bei der kommunalen Entsorgungsverantwortung und damit die Sicherung kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich der Planung, Organisation und Refinanzierung sowie eine klare Priorisierung im Bereich der Abfallhierarchie und der Abgrenzung von Produkt und Abfall.

Darüber hinaus erwarten die Städte von einer deutschen Ratspräsidentenschaft, dass sie sich für einen konsequenten Bürokratieabbau auf europäischer Ebene einsetzt, der neben der Wirtschaft auch die Belastungen der Kommunen einbezieht. Dabei sollten insbesondere Methoden, wie sie im Standardkostenmodell beziehungsweise im EU Net Administrative Cost Model zur Anwendung kommen, verbindlich für die EU-Gesetzgebung festgeschrieben werden. DK

Rasen, Rosen und Rabatten ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ten Mal mit einem Programm aus der Stadtteilgeschichte. Neben einem Flohmarkt unter dem Motto „Kunst und Krempel, Tracht und Brauchtum“ konnte eine Ausstellung „Park-Pavillon Pampel“ die bis zum 30. September ihre Pforten geöffnet hält, besucht werden. „Pampel“ ist der Titel eines der ausgestellten Kunstwerke, in der Form nachempfunden und deshalb benannt nach dem alten Diamantschliff - ein Titel mit Symbolcharakter gerade für das Konzept des Kulturzentrums. Die Ausstellung „75 Jahre Eingemeindung Freimann“ und die Ausstellung des Fotowettbewerbs „Rosen“ (bis 1. Oktober geöffnet) mit Preisverleihung standen ebenso auf dem Programm wie eine Besichtigungstour in die Fröttmaninger Heide zur Esplanade-Rasenpflanzung der Allianz Arena.

Gartenkultur

In Ingolstadt wiederum luden der Arzneipflanzengarten des Deutschen Medizinhistorischen Museums, die öffentlichen Parkanlagen Klenzepark und Künetgraben sowie der Klostergarten im Kloster Gnadensthal zum Staunen und Flanieren ein. Zudem konnten die Orangerie und Teile der Tillyveste besichtigt werden.

Ein Vortrag zum Thema „Gartenkultur in Ingolstadt aus historischer Sicht“ und Führungen unter dem Motto „Historische Gartenanlagen in der Altstadt“ rundeten das Angebot der Stadt Ingolstadt zu dem diesjährigen Schwerpunktthema ab. Darüber hinaus wurden der Öffentlichkeit mit den Ackerbürgerhäusern Eckiusstraße 8 und Jesuitenstraße 5, dem Georgianum und dem Kreuztor Baudenkmäler vorgestellt, die sonst nicht bzw. nur eingeschränkt zugänglich sind. Das Deutsche Medizinhistorische Museum, das Stadtmuseum und das Museum für Konkrete Kunst gewährten anlässlich des Aktionstages kostenlosen Eintritt.

Führungen durch den Stadtpark

Unter Federführung der Unteren Denkmalschutzbehörde Nürnberg beteiligten sich die Altstadt-

freunde Nürnberg e.V., der Bürgerverein St. Johannis-Schniegling-Wetzendorf, das Garnisonmuseum Nürnberg und der Stadtheimatpfleger am Tag des offenen Denkmals. Zusätzlich bot das Gartenbauamt Nürnberg Führungen durch den Stadtpark an. Präsentiert wurden unter anderem die Gartenkleinode um den Maxplatz, die Parkwohnanlage Nürnberg-Zollhaus am Planetenring, der ehemalige Standortübungsplatz Hainberg, der Pfarrhof und Pfarrgarten zu Katzwang, die Hesperidengärten in St. Johannis und der Stadtpark Nürnberg.

Besonderheiten des jüdischen Lebens

In Würzburg konnten unter anderem der Ringpark als eine der bedeutendsten städtischen Parkanlagen des Historismus in Süddeutschland besichtigt werden. In die Besonderheiten des jüdischen Lebens führte Prof. Dr. Dr. Karlheinz Müller bei einer Führung über den israelitischen Friedhof ein. Dabei ging es nicht nur um die Anlage des Friedhofes, sondern auch um den traditionellen Ritus wie Waschung der Toten, Beerdigung, Trauer und Setzung der Grabsteine.

Darüber hinaus konnte der Besucher im Garten des Juliuspitals auf Entdeckungsreise gehen. Der Garten, der bereits bei der Gründung des Juliuspitals angelegt wurde, wandelte sich im Laufe der Zeit von einem Kräutergarten zu einem botanischen Garten und schließlich zu einer grünen Oase in der Innenstadt. In den höchsten Park Würzburgs - die Parkanlage am Nikolausberg - führte Kunsthistorikerin Simone Gundermann. Der Park entstand aus der Idee eines stadtnahen Erholungsgebietes im Grünen gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Der Landschaftsgärtner Carl Oschmann entschied sich damals für eine Anlage mit schleifenartigen Wegen, bei der Aussichtspunkte mit freiem Blick auf die Landschaft Gelegenheit zum Verweilen bieten.

Landshut wartete im Herzogsgarten, im Literatur Café im Röcklturn, im Bauzunfhaus, im Studienseminar und im Skulpturengarten Karl Reidel mit einem speziellen Programm zum Schwerpunktthema „Rosen,

Rasen und Rabatten“ auf. Auf der Burg Trausnitz und in der Stadtsiedlung wurden Sonderführungen angeboten.

Bei der zentralen Eröffnungsveranstaltung in den Räumlichkeiten der ehemaligen Augsburger Kammgarnspinnerei (im künftigen Bayerischen Textil- und Industriemuseum) mahnte Wissenschaftsminister Thomas Goppel eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung für die nationalen Denkmäler an. Das diesjährige Schwerpunktthema lade zu „ganz besonderen Spaziergängen in unserer Historie“ ein. Der Tag des offenen Denkmals biete die Möglichkeit, Gemeinsamkeiten im Kulturerbe der europäischen Länder kennen zu lernen, betonte Bayerns oberster Denkmalschützer, Generalkonservator Egon Johannes Greipl. Die unterschiedlichen Denkmäler veranschaulichten Zeitgeschmack, politische Gegebenheiten, regionale Gepflogenheiten, europäische Moden und Methoden der Gartenpflege sowie Gartenkunst.

Denkmalschutzmedaillen

Minister Goppel überreichte im Rahmen der Festveranstaltung an 28 Personen und Institutionen die bayerischen Denkmalschutzmedaillen für besondere Verdienste um den Denkmalschutz im Freistaat. Die Preisträger stammen aus Dießen a. Ammersee, Ingolstadt (2 x), Bergen, Altötting, München, Fürstenfeldbruck (Oberbayern), Simbach a. Inn, Kreut (Gde. Konzell), Markt Fürstenzell (2 x) (Niederbayern), Albsried (Gde. Lengenwang), Gundelfingen a. d. Donau, Achsheim, Wehringen, Augsburg (Schwabern), Tirschenreuth (Oberpfalz), Kronach, Bad Staffelstein-Untertzellitz, Forchheim (Oberfranken), Nürnberg (2 x), Bad Windsheim (Ortsteil Ickelheim), Weißenburg, Graben (Mittelfranken) sowie Memmelsdorf und Oerlenbach. Der Bürgermeister von Untermerzbach in Unterfranken, Walter Eichhorn, erhielt die Auszeichnung für die Rettung mehrerer Bauten und Denkmäler, darunter das sogenannte Präckleinhaus in Memmelsdorf. Alle Träger der Medaille hätten der Denkmalschutz neue Impulse gegeben, hob Goppel hervor. DK

Partner oder Konkurrenten ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ökonomisch ausgerichteten Raumentwicklung zeigten sich, so Adam, heute vor allem in den altindustrialisierten Regionen. Vorbeugend integrierten die Schweizer in ihre durchaus ebenfalls ökonomisch orientierte Agglomerationsraumpolitik Ziele des Ressourcenschutzes: Die Agglomerationsräume sollten nach innen und nicht weiter nach außen entwickelt werden.

Präsenz in den Köpfen der Entscheider

Nürnberg's Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly rief dazu auf, alles zu tun, um in den Köpfen der Entscheider in aller Welt präsent zu werden. Der Marketingverein Metropolregion Nürnberg, in dem auch der Landkreis und die Stadt Neumarkt Mitglied sind, habe in den vergangenen Jahren gezeigt, dass diese Aktivitäten etwas bringen - „und zwar jedem von uns, nicht nur der Stadt Nürnberg“. Benötigt werde darüber hinaus ein deutlich besseres Lobbying in Brüssel, sagte Maly. An dritter Stelle stehe schließlich ein wichtiger Effekt nach innen: „Wir werden über das gemeinsame Tun in der Metropolregion als Gebietskörperschaften im Norden Bayerns enger zusammenwachsen“, so der OB.

Regionale Selbst-Steuerung

Was in Europa Regional Governance genannt wird, bedeute aber nicht etwa „Regional-Regierung“, sondern gemeinsame Willensbildung und regionale

„Selbst-Steuerung“ bzw. Gestaltung regionaler Entwicklung. Da die Politik dies alleine nicht bewältigen könne, sei der Steuerungskreis in der Metropolregion so konstruiert, dass Politik und zivilgesellschaftliche Vertreter gemeinsam für die Metropolregion arbeiten. Damit sei ein bundesweit vorbildliches Modell zur Regional Governance, zur gemeinsamen Willensbildung und Gestaltung der regionalen Zukunft gelungen.

Gegensätze draußen lassen

Maly zeigte sich überzeugt, „dass das Ganze ein Erfolg wird, wenn wir noch einige Dinge beachten: nämlich die Parteipolitik heraushalten und versuchen, die klassischen Gegensätze - Großstadt, mittlere Stadt, Stadtumland - Oberbürgermeister, Landräte - sowie Schwarz, Grün, Rot, Frei - draußen zu halten“. Dann könne das Projekt zu einem Riesenerfolg werden.

Albert Löhner, Landrat des Landkreises Neumarkt i.d. Opf., zerstreute ebenso Befürchtungen und Ängste vor der Metropolregion und verwies auf die Prinzipien moderner Politik. Dabei gehe es um Kooperation, Integration und Partizipation. In der Metropolregion werde nichts von alledem außer Kraft gesetzt.

Die Entwicklung der Metropolregion bezeichnete Löhner als Weiterführung und Intensivierung der Regionalentwicklung. Es sei keine neue Erkenntnis, „dass die Regionen am besten geeignet sind, ökonomische, ökologische und sozial-kulturelle

Interessen zu einer zukunftssicheren Entwicklung zusammenzuführen“, betonte der Landkreisschef. Es gehe um lokale Lebensqualität. Alle Politik sei örtlich. Geeignete Ansätze stellten neben den bei den Kommunen verbleibenden formellen Planungen insbesondere die Regionalentwicklung, Agenda-Prozesse, Dorfentwicklung sowie Stadterneuerung dar.

„Die ländlichen Räume in Metropolregionen werden darauf achten, dass es um Selbstbestimmung statt Fremdsteuerung geht. Dafür ist die Bürgerkommune das geeignete Instrumentarium für das 21. Jahrhundert“, erklärte Löhner. Er verwies in diesem Zusammenhang auf seinen Landkreis, der seit langem versuche, mit dem Projekt Regina und dem Kreisentwicklungsleitbild eine nachhaltige Entwicklung mit ganzheitlichem Ansatz zu realisieren. In einer Metropolregion werde sich daran nichts Wesentliches ändern.

Integrationsfaktor Kultur

Insgesamt gesehen zeigte sich der Landrat optimistisch, was die Zukunft in einer Metropolregion angeht. Wirtschaftliche Entwicklungen hätten ihre Grundlage in der Qualität des Zusammenlebens. Die Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen werde zum wichtigsten Wertschöpfungsfaktor der Zukunft, prognostizierte der Landrat. Der Aufstieg der integrativen Kultur werde demzufolge auch den Aufstieg der Metropolregion Nürnberg fördern. DK

* Diese Stadt wird nicht verwaltet.

Wie wird aus einer traditionellen Stadtverwaltung eine bürgernahe und serviceorientierte Behörde? Viele Städte haben dafür ehrgeizige Pläne entwickelt, die sie mit IBM als Partner realisieren. Dabei nutzen sie Ultrabreitbandnetze und straffere Verwaltungsprozesse, um öffentliche Dienstleistungen effizienter zu machen. Und diese neue Effizienz macht sich bezahlt: Als Standortvorteil fördert sie die wirtschaftliche Entwicklung der Städte. Und wo mehr Geld in die kommunalen Kassen fließt, kann die Verwaltung eben gestalten, statt nur zu verwalten. Zum Beispiel den Zugang zu Bildung vereinfachen, die Infrastruktur ausbauen und vielseitige Freizeitangebote schaffen. Interessiert an Innovation für Ihre Stadt? Sprechen Sie mit jemandem, der Innovative auf Ideen bringt: mit IBM. Mehr dazu unter ibm.com/de/solutions/public

Was macht Sie so besonders?



SYSTEMS 2006 in München:

Mobiles Arbeiten, Netzkonvergenz und Wissensmanagement

International hochkarätige Kongresse mit den Top-Playern der Branche sind die Adresse für Informationen aus erster Hand, in welche Richtung Technologien sich entwickeln und in welchen Anwendungen sie im B2B-Umfeld profitabel nutzbar sind. Die Kongresse der SYSTEMS 2006 in der Neuen Messe München - die Communication World 2006 mit den beiden Säulen „Mobile“ und „Next Generation Network“ sowie die KnowTech-Konferenz - adressieren die aktuellen Topics der ITK-Anwender: die Mobilisierung der Daten, die Konvergenz der Netze und das Management von Wissen in Unternehmen.

Die wichtigsten Trends der IT- und TK-Welt werden auf der SYSTEMS 2006 vom 23. bis 27. Oktober nicht nur in den Messhallen präsentiert. Parallel und integriert zur führenden Business-to-Business-Messe für IT, Media und Communications finden im Rahmen der SYSTEMS hochkarätige Anwenderkongresse statt, die die aktuellen Trends und Zukunftsstrategien der Top-Player beleuchten.

Idealer Treffpunkt

Nach wie vor sind IT und Telekommunikation für Unternehmen die zentralen „Produktionsfaktoren“, um ihre Wettbewerbsfähigkeit und Marktpräsenz zu steigern. Die konsequent an den ITK-Topthemen kommerzieller

Anwender ausgerichteten internationalen Kongresse sind somit der ideale Treffpunkt, um sich aus erster Hand über die kommenden Einsatzmöglichkeiten zu informieren und diese Informationen als Basis für anstehende Investitionsentscheidungen zu nutzen.

Communication World - Mobile Summit

Sehr erfolgreich als der Treffpunkt der Mobilfunkbranche im Herbst hat sich die Communication World etabliert: Mit einer Rekordbeteiligung von über 680 Teilnehmern untermauert der internationale Kongress auf der SYSTEMS 2005 erneut seine Spitzenposition als mobiler Anwenderkongress in Europa und

wird in diesem Jahr inhaltlich und darüber hinaus erstmals auch zeitlich ausgebaut: Der erste Konferenztag, der 23. Oktober 2006, ist den klassischen Mobilfunkthemen wie unter anderem Tarifen, Applikationen, mobilen Informationsangeboten und Diensten sowie neuen Technologien vorbehalten.

„Mobile Enterprise“

Am Folgetag widmet sich der Mobile Summit ausschließlich dem Thema „Mobile Enterprise“. Immer mehr Unternehmen setzen auf mobile Datenanbindung und integrieren mobile Anwendungen in ihre vorhandene IT-Infrastruktur. Aspekte von „Mobile Enterprise“ sind unter anderem der Weg zum Realtime-Unternehmen, Sicherheit, mobile Kundenanbindung und mobile ERP-Lösungen. Konferenzsprachen des Mobile Summit sind deutsch und englisch.

Komplett neu innerhalb der Communication World ist der „NGN Summit“, wobei NGN für Next Generation Network steht. Am 24. und 25. Oktober treffen sich die Netzwerkspezialisten aus aller Welt in München, um sich über die neuesten Trends in Infrastruktur und Angebot von Diensten auszutauschen. Mit dem Einzug IP-basierter Services und der Konvergenz der Netze ergeben sich für Netzbetreiber und Unternehmen eine Fülle neuer Anwendungsmöglichkeiten. Unternehmen versprechen sich von der neuen Generation an integrierten Netzen effektivere und flexiblere Verbindungen, eine höhere Datensicherheit und eine bessere

E-Government:

Kommunen ohne Masterplan

Kommunales E-Government ist in Deutschland zwar weiterhin auf dem Vormarsch, großteils fehlt es allerdings an mittel- bis langfristig angelegten Masterplänen. Zu diesem Schluss kommt eine umfassende Bestandsaufnahme des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) <http://www.difu.de>.

Der Studie zufolge sind die kommunalen Unterschiede allerdings beträchtlich. Während eine Reihe von größeren und mittleren Städten mittlerweile sehr gut aufgestellt ist, sind andere Kommunen noch weit von der Umsetzung entsprechender E-Government-Konzepte entfernt. Verschohen haben sich in

Qualität der Netze. Carrier und Service-Provider sehen in den neuen IP-Netzen die Möglichkeit, Kosten zu reduzieren und zugleich ein Bündel neuer Dienste anzubieten. Die Migration von „circuit-switched“-Netzwerken zu IP-orientierten Architekturen ist daher nicht nur eine technisch sinnvolle Weiterentwicklung, sondern bietet zugleich eine Vielzahl neuer Anwendungsmöglichkeiten, die jedoch eine intensive Abstimmung aller am Markt Beteiligten voraussetzt. Der internationale NGN Summit als internationaler Kongress schafft an dieser Stelle eine neue adäquate Plattform.

Der Kongress startet mit Keynotes von Analysten, Netzbetreibern, System- und Service-Anbietern, die ihre Sichtweise über die kommenden „dienst-orientierten Netzwerke“ reflektieren. Am zweiten Tag stehen Architekturen, Dienste, Anwendungen, Technologien für Übertragung und Transport im Mittelpunkt der Diskussionen und Vorträge. Die Konferenzsprache ist englisch.

„KnowTech“

In Industrienationen kommt dem richtigen und konsequenten Umgang mit Wissen eine entscheidende Bedeutung für das künftige Wirtschaftswachstum zu. Alle Trends im Bereich des Wissensmanagements fasst die „KnowTech“ zusammen, die sich an Praktiker des Wissensmanagements und Entscheidungsträger aus Unternehmen und Organisationen aller Branchen sowie öffentlichen Verwaltungen wendet. Die „KnowTech 2006“ findet am 25. und 26. Oktober 2006 statt. Es werden 300 bis 400 Teilnehmer erwartet. Die Schirmherrschaft teilt sich der BITKOM mit dem BDI und dem DIHK.

Weitere Informationen im Internet unter www.systems.de

INTERGEO 2006:

„Wissen und Handeln für die Erde“

Zur weltweit größten Kongressmesse für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement, die in 12. Auflage vom 10. bis 12. Oktober in München unter dem Motto „Wissen und Handeln für die Erde“ stattfindet, werden rund 525 Aussteller aus 28 Ländern erwartet. Der Anteil internationaler Unternehmen beträgt dabei 27 Prozent, was einer nochmaligen Steigerung von 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Mit 30.000 Quadratmetern Brutto-Ausstellungsfläche ist die INTERGEO in der Neuen Messe München so groß wie nie zuvor. Der Veranstalter DVW - Gesellschaft für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement e.V. zeichnet beim gemeinsamen Kongress aus INTERGEO-Kongress und dem parallel laufenden XXIII. Kongress der Fédération Internationale des Géomètres (FIG, vom 8. bis 13. Oktober) für ein Programm verantwortlich, das seinesgleichen sucht.

Führende Position

Das kommende Brancheneignis ist das größte, das weltweit bis dato durchgeführt wurde. Zu den 90 Technical Sessions mit 500 Vorträgen des FIG-Kongresses, den 40 Vorträgen in 14 Themenblöcken innerhalb des INTERGEO-Kongresses und der Fachmesse werden bis zu 20.000 Besucher aus 100 Ländern erwartet. „Die INTERGEO 2006 wird eine Veranstaltung der Superlative. Sie stellt somit ihre führende Position in der Geo-Branche unter Beweis“, sagt DVW-Präsident Hagen Graeff.

Premiere: Open Source Park

„Die Gründung der Open Source Geospatial Foundation (OSGeo) Anfang diesen Jahres sowie der erstmals durchgeführte Open Source Park auf der INTERGEO 2006 spiegeln die Bedeutung freier Software in der GIS-Branche nicht nur in Deutschland wider“, sagt Arnulf Christl, einer der neun Direktoren der OSGeo.

Auf einer Sonderfläche von 400 Quadratmetern in einheitlichem Design werden Projekte der internationalen und deutschsprachigen Free Software Community vorgestellt, während Dienstleister rund um Freie und Open Source Software ihre Lösungen präsentieren. Täglich wird es eine Reihe von Vorträgen

zu bekannten Open Source Softwarepaketen, wie zum Beispiel PostGIS, UMN MapServer oder Mapbender, geben.

Motivation und Erfahrung

Neue Anwendungen, Sicherheitsmechanismen und übergeordnete Organisationen wie die OSGeo, die technische, administrative und organisatorische Infrastruktur für Softwareprojekte bereitstellt, die teilweise seit vielen Jahren aktiv entwickelt und zunehmend weltweit produktiv eingesetzt werden, stehen im Mittelpunkt. Die Vortragenden sind sowohl Anbieter als auch Anwender und berichten über ihre Motivation und Erfahrungen mit Open Source Software.

Großes Plus für den Wissenstransfer

Erstmalig präsentiert sich das Fokus-Forum. „Mit dem Konzept möchten wir neue Zielgruppen integrieren und somit fachnahe Branchen und dessen Anforderungen auf der INTERGEO zusammen bringen“, erklärt Olaf Freier.

„Geo-Government“

Der erste Tag steht ganz im Zeichen des Themas „Verkehr & Logistik“, das die Angebotspalette der INTERGEO optimal ergänzt. Fokussiert werden Anwendungen raumbezogener Lösungen aus diesen Branchen. Dem Thema „Geo-Government“ wird eine gesteigerte Aufmerksamkeit zuteil. Im Anschluss an verschiedene Vorträge diskutieren im Forum Verantwortliche europäischer Landesvertretungen sowie Referenten aus dem privaten Sektor über „Geodateninfrastruktur auf internationaler Ebene“.

Eine große Podiumsdiskussion der drei Kongresssponsoren ESRI, Leica und Hewlett Packard mit hochkarätigen Teilnehmern bildet den finalen Höhepunkt des Fokus-Forums. □

Neue Software für Optionskommunen

Für die Datenübermittlung an die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) steht den zugelassenen kommunalen Trägern (Optionskommunen) mittlerweile eine neue Software zur Verfügung. Die EDV-Lösung mit dem Namen „VTXSozial“ wurde in der BA entwickelt, um die Qualität der Datenlieferungen aus den Kommunen zu verbessern.

Mit diesem Schritt sollen die punktuell auftretenden technischen und inhaltlichen Probleme - zum Beispiel unvollständige Datensätze oder bei der mehrfachen Vergabe einer Kundennummer - bei der Übermittlung von Meldedateien behoben werden. Die so gewonnenen Daten fließen dann in die monatliche Arbeitsmarktstatistik ein. Nach dem Willen des Gesetzge-

bers sind die zugelassenen kommunalen Träger verpflichtet ihre Daten an die Bundesagentur zu übermitteln.

bers sind die zugelassenen kommunalen Träger verpflichtet ihre Daten an die Bundesagentur zu übermitteln.

Höhere Datenqualität

Mit der neuen Software können die zugelassenen kommunalen Träger die Meldedateien bereits vor der Übermittlung an die BA nach standardisierten Kriterien überprüfen, gegebenenfalls vorhandene Fehler beheben und somit die Datenqualität steigern. Weiterhin werden in einer Grobauswertung statistische Eckwerte ermittelt, die den Optionskommunen eine Einschätzung der zu erwartenden Berichterstattung auf Basis ihrer Meldung ermöglichen.

Die Entwicklung dieser EDV-Lösung wurde zwischen der Bundesagentur für Arbeit, den kommunalen Trägern und den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart. □

DK

Garching:

Super-Computer in Betrieb genommen

Im Beisein von Ministerpräsident Edmund Stoiber ist der neue Höchstleistungsrechner HLRB II im bayerischen High-Tech-Zentrum München-Garching in Betrieb genommen worden. Der neue Super-Computer zählt zu den leistungsfähigsten Rechnern weltweit.

Schon in der ersten Ausbaustufe wird er bis zu 33 Billionen Rechenoperationen pro Sekunde ausführen können. Der Höchstleistungsrechner wird gleichzeitig mit der Eröffnung des neuen Leibniz-Rechenzentrums (LRZ) der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in Betrieb genommen.

Die neue Anlage auf dem Forschungsgelände Garching ist der größte und modernste Neubau eines wissenschaftlichen Rechenzentrums in Deutschland. Sie wird dem Höchstleistungsrechner eine Heimat geben. Bayern und Bund haben gemeinsam jeweils rund 19 Millionen Euro in den neuen Super-Rechner investiert. Für den Neubau des LRZ wurden über 42 Millionen Euro aufgewendet.

Ministerpräsident Stoiber sagte, mit dem Neubau und der Neu-Installation des Höchstleistungsrechners auf dem Campus Garching werde die Attraktivität Bayerns als starker Wirtschaftsstandort in eindrucksvoller Weise gestärkt.

Stoiber: „Für Forschung und neue Produkte sind Höchstleistungsrechner die Superhirne der Zukunft. Mit dem neuen Super-Computer gewinnen wir einen weiteren entscheidenden Standortvorteil im internationalen Technologie-Wettbewerb. Das LRZ Garching wird zur Top-Adresse für moderne Schlüsseltechnologien wie die Materialwissenschaft oder die Astrophysik. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für Innovationen und Wohlstand in unserem Land.“ □

<p>IT-Services prompt - persönlich - pragmatisch</p>	<p>Die elektronische Unterstützung der Behördenprozesse in allen Bereichen gehört seit Jahren zu unserem Know-how!</p>
<p>SIND SIE FIT FÜR DIE ZUKUNFT?</p> 	<p>Zu unseren Schlüsselkomponenten gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> InfraForms Formularserver - der direkte Draht zwischen Ihnen und den Bürgern InfraKai Alarmierung und Information im Bereich Katastrophenschutz DMS DOMEA-zertifiziertes Dokumenten- und Archivierungssystem CMS Barrierefreie WEB-Auftritte - „Einfach für Alle“
<p>InfraServ GmbH & Co. Gendorf KG 84504 Burgkirchen Tel: 0 86 79 / 7 - 0 www.infraserv.gendorf.de</p> <p>InfraServ Gendorf IHR STARKER DIENSTLEISTUNGSPARTNER</p>	<p>Angesichts knapper Ressourcen und Budgets stellt der Aufbau einer komplexen, umfassenden eGovernment-Architektur eine große Herausforderung an die öffentliche Verwaltung dar.</p> <p>Mit unseren Modulen können Sie schnell und einfach elektronische Dienste realisieren. Das zeigt uns unsere langjährige Erfahrung mit Kunden im Bereich bayerischer Landratsämter und Kommunen.</p> <p>Wir überzeugen Sie gerne mit unseren Konzepten und Services!</p>

Wir stellen aus:

SYSTEMS 2006, Halle 4, Stand 708 - Messegelände München

Landkreis Mühldorf a. Inn:

Erfolgreicher Pilotkunde für OK.FIS NKFw

Projektteam freut sich über die Chance, die Doppik in Bayern prägend mitzugestalten

Der Landkreis Mühldorf a. Inn sollte seine großen Entwicklungschancen im erweiterten Europa als östliches Tor von München nutzen, fand Georg Huber, als er 2002 sein Amt als Landrat antrat. Die geographische Lage ist äußerst vorteilhaft, die Gewerbestandorte sind günstig, die mittelständische Wirtschaftsstruktur mit ihrem Branchenmix ist gesund, Verkehrsinfrastruktur und Lebensqualität sind gut.

Äußerst schwierig gestaltet sich allerdings die Haushaltssituation des Landkreises. Der Landrat steckte sich daher die Verwaltungsmodernisierung auf der Basis des Neuen Steuerungsmodells als wichtigstes Ziel.

Schwerpunkte

Der Landkreis Mühldorf a. Inn setzte sich als Schwerpunkte der Verwaltungsmodernisierung die Haushaltskonsolidierung, eine Wirtschaftlichkeits- und eine Dienstleistungs-offensive sowie die Regionalentwicklung. Zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns sollten neben der Personalführung durch Zielvereinbarungen und einer erhöhten Arbeitsproduktivität vor allem die Stärkung der dezentralen Ressourcenverantwortung und die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzwesens (NKFw) beitragen.

Landkreis-Service-Betrieb

Die Grundentscheidungen fielen im Jahr 2002. Der erste dop-

pische Haushalt wurde im Dezember 2005 fertiggestellt. Seit Anfang 2006 wird mit OK.FIS NKFw der AKDB doppisch gebucht. „Es ging in der Tat Schlag auf Schlag“, räumt Reinhard Deinböck ein, Sachgebietsleiter Betriebswirtschaftliches Management und Controlling. Er ist der operative Projektleiter und Projektverantwortliche für die Einführung der Doppik, den Aufbau der Budgetierung, der Kosten- und Leistungsrechnung sowie eines entsprechenden Berichtswesens am Landratsamt Mühldorf a. Inn.

Veränderte Organisation

Die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzwesens führte im Rahmen von Prozessoptimierungen auch zu organisatorischen Veränderungen im Landratsamt. So wurden die Fachbereiche Kommunale Abfallwirtschaft, Hoch- und Tiefbauverwaltung sowie Gebäudemanagement in eine wirtschaftlich selbständige Einheit, dem Landkreis-Service-Betrieb, zusammengeführt.

Erfolgsfaktoren

„Angesichts des hohen Veränderungstempos gab es natürlich Akzeptanzprobleme“, sagt der gelernte Diplom-Betriebswirt Deinböck. Neben einem starken Rückhalt der Führungsebene des Amtes war es besonders wichtig, die Mitarbeiter in den Veränderungsprozess zu integrieren, deren Sorgen und Ängste ernst zu nehmen und durch viele Schulungen, Informationsveranstaltungen und vor allem Einzelgespräche Akzeptanz für die notwendigen Veränderungen zu schaffen. Ebenso wichtig war die aktive Unterstützung und Mitarbeit durch den Kämmerer, der heute nach der Einführung der Doppik am Landratsamt Mühldorf die Funktionsbezeichnung „Leiter Finanzwirtschaft“ trägt.

Finanzwirtschaft und Controlling Hand in Hand

„Um eine reibungslose und erfolgreiche Einführung der Neuen Kommunalen Finanzwirtschaft sicher zu stellen, müssen Finanzwirtschaft und Controlling Hand in Hand arbeiten, insbesondere bei den Arbeitspaketen Vermögenserfassung und -bewertung, Kontenplan und doppischer Haushaltsplanung“, so Hermann Hackner, Leiter Finanzwirtschaft am Landratsamt Mühldorf.

Die politischen Gremien des Landkreises wurden regelmäßig über den konkreten Projektverlauf informiert und unterstützten die Vorgehensweise der Verwaltung in vollem Umfang. „Darüber hinaus räumten die Gremien der Verwaltung bei der Projektplanung und -durchführung den nötigen Handlungsspielraum ein“, sagt Deinböck. Auch der Personalrat stand von Anfang an hinter den Zielen (v.a. verbesserte Kostentransparenz, optimaler Ressourcenverbrauch, erhöhtes Kostenbewusstsein und dezentrale Budgetverantwortung), die mit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzwesens im Landratsamt Mühldorf verfolgt werden.

Der Weg zur Doppik

Mit Einführung des kameraleen OK.FIS am 1.1.2004 wurde im Landratsamt Mühldorf als erster Schritt zunächst die Budgetierung mit dezentraler Ressourcenverantwortung und -steuerung sowie ein entsprechendes Berichtswesen noch auf kameraler Basis eingeführt. So konnten die Mitarbeiter des Landratsamtes Erfahrungen im Umgang mit diesen vorgenannten betriebswirtschaftlichen Elementen sammeln.

Viele Veränderungen

Bereits die Einführung des kameraleen OK.FIS brachte viele Veränderungen für die Mitarbeiter des Amtes, insbesondere bezüglich der dezentralen Verantwortlichkeiten und der Budgetierung sowie eines Berichtswesens mit sich, wenn auch noch auf kameraler Basis. „Diese Phase konnten wir dafür nutzen, zu lernen und die Mitarbeiter auf doppische Strukturen vorzubereiten“, sagt Geschäftsstellenleiter Maximilian Heimerl, der die Gesamtprojektleitung inne hat. Darüber hinaus betont Heimerl, wie wichtig es sei, die Führungskräfte in diese Veränderungsprozesse einzubinden und intensiv zu schulen. Seit Oktober 2004 fungiert der Landkreis Mühldorf, der u.a. auch im Jugendamt

OK.JUG oder im Zulassungswesen OK.VORFAHRT im Einsatz hat, als Pilotkunde OK.FIS NKFw für Landratsämter.

Optimierungsbedarf

Erwartungsgemäß ist eine Pilotsoftware noch nicht vollkommen fehlerfrei und hat vor allem noch Optimierungsbedarf. „Als Pilotkunde haben wir aber den großen Vorteil, die Software sehr stark mitzugestalten, zumal unser Projektteam auch in der entsprechenden Arbeitsgruppe im Innenministerium vertreten ist, die die gesetzlichen Rahmenbedingungen erarbeitet“, sagt Reinhard Deinböck. Das Landratsamt Mühldorf gestaltet somit den gesamten Entwicklungsprozess für die künftige Doppik in Bayern in Zusammenarbeit mit Armin Thoma vom Bayerischen Landkreistag sowie dem Innenministerium und u.a. dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband aktiv mit.

Externe Beratung

Für die Vermögenserfassung und -bewertung, die von Februar bis November 2005 durchgeführt wurde, holte sich das Landratsamt Mühldorf gezielt externe Beratung durch das Institut für Controlling- und Managementberatung im Mittelstand, COMMIT, ins Haus. Speziell für die Strukturierung des Vorgehens bei der Vermögenserfassung und das Erstellen von Inventurrichtlinien und -anweisungen unterstützte COMMIT das Projektteam. Für die Unterstützung bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz, die für das 3. Quartal 2006 vorgesehen ist, wurde die KPMG vom Landratsamt Mühldorf beauftragt. Rückblickend empfiehlt Rein-

hard Deinböck bei der Umstellung auf die Doppik, einen Schwerpunkt der Projektarbeit auf die Schulung der Führungskräfte und Mitarbeiter zu legen und diese auch in die doppische Haushaltsplanung intensiv mit einzubinden. Darüber hinaus spielt auch die Softwareauswahl eine nicht unwesentliche Rolle für den Projektablauf, sagt Deinböck.

Weniger Schulungsaufwand

Für OK.FIS NKFw spricht aus der Sicht des Landratsamtes Mühldorf zum einen, dass die Software aufgrund ihrer kameraleen Wurzeln in vielen Punkten den kommunalen Anforderungen entgegen kommt, wie z.B. einfache Abbildung des IMK-Produktrahmens, relativ einfaches Erfüllen der Anforderungen des Statistischen Landes- und Bundesamtes und einfache Integration der Kostenträger nach dem Produktrahmen des Bayerischen Innovationsrings. Zum anderen bringen Ähnlichkeiten in der Benutzerführung und Bedieneroberfläche von OK.FIS (kamel) zu OK.FIS NKFw den Vorteil eines reduzierten Schulungsaufwandes.

Der Terminplan und der Kostenrahmen konnten beim Pilotprojekt OK.FIS NKFw eingehalten werden. Mit dem Engagement und dem Service sowie der Flexibilität des AKDB-Teams war das Landratsamt sehr zufrieden.

Klare Arbeitspakete schnüren

Zum Erfolgsrezept des Landratsamtes Mühldorf gehört es u.a., klare Arbeitspakete zu schnüren, Verantwortlichkeiten und Ansprechpartner eindeutig

festzuschreiben sowie für sich und die Projektpartner gleichermaßen klare Ziele vorzugeben. „Nicht jede Frage lässt sich ausdiskutieren, oft gibt es keine ‚fachlich einzig richtige‘ Antwort. Es muss halt zeitgerecht eine Entscheidung für eine der sinnvollen Möglichkeiten getroffen werden“, rät Reinhard Deinböck.

Kleine Erfolgsgeschichte

Das Landratsamt hat ein doppisches Rechnungswesen mit Ergebnisrechnung und Finanzrechnung eingeführt, ebenso eine Kosten- und Leistungsrechnung auf kaufmännischer Basis sowie die Budgetierung. „Dass die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzwesens eine kleine Erfolgsgeschichte im Landkreis Mühldorf a. Inn ist, zeigt insbesondere auch, dass im ersten doppischen Haushalt die Verschuldung des Landkreises erstmals seit vielen Jahren zurückgeführt werden konnte“, so Landrat Georg Huber.

Plus an Transparenz

Mit der Eröffnungsbilanz schafft sich der Landkreis ein Plus an Transparenz über die Mittelherkunft und -verwendung und die finanzwirtschaftlichen Entscheidungsgrundlagen, die für die Steuerung eines Landratsamtes als mittelständisches Dienstleistungsunternehmen erforderlich sind. „Die Darstellung des Werteverzehrs über die Abschreibungen in der Ergebnisrechnung zeigen uns dann deutlich, wie viel Einnahmen wir erzielen müssen, um allein nur unsere Substanz zu erhalten“, so Landrat Huber.

Aus: AKDB-Report Dr. Beatrix Körner

Sichere Ausweise mit „4Security“

Kaum sind die millionenteuren Reisepässe mit RFID-Chips eingeführt, wurden sie schon geknackt. Der nächste Flop, die Gesundheitskarte der Krankenversicherungen, ist bereits in Vorbereitung. Dass sich fälschungs- und datensichere und obendrein kostengünstige Ausweise tatsächlich verwirklichen lassen, demonstriert nun die Firma Team 4 Innovation aus Ismaning bei München.

„Alle Karten mit implantiertem Daten-Chip werden irgendwann von Unbefugten ausgelesen, deshalb sollten unsere Behörden - aber auch Banken und Versicherungen - auf andere Lösungen setzen“, so Axel Ahnert, Geschäftsführender Gesellschafter des Systemhauses Team 4 Innovation.

Verblüffende Einfachheit

Die patentierte Lösung „4Security“ verblüfft in seiner Einfachheit: „4Security unternimmt erst gar nicht den aussichtslosen Versuch, die Karten selbst sicherer zu machen. Statt auf einem Kartenchip wollen wir den Fingerabdruck in einem Zentralsystem speichern. Denn ein Zentralsystem lässt sich viel einfacher schützen als Millionen einzelner Karten“, so Ahnert. Der Datenschutz sei gewährleistet, weil in diesem Zentralsystem lediglich die Nummer des ausgegebenen Ausweises und der zugehörige Fingerabdruck gespeichert werden, keine Namen oder sonstigen persönlichen Daten.

Soll nun die Identität einer Person und die Echtheit ihres Ausweises festgestellt werden, so muss sie ihren Finger auf einen Fingerprint-Scanner legen. Zusammen mit der Ausweisnummer wird der eingescannte Fingerabdruck an das Zentralsystem übertragen. Hier wird die gesendete Kombination aus Fingerabdruck und Ausweisnummer mit den hinterlegten Original-Daten verglichen. Ist diese Kombination identisch, so ist die Identität der Person und die Echtheit des Ausweises erwiesen. Es werden keine persönlichen Daten außer dem Fingerabdruck und der Ausweis-Nummer übermittelt.

Bruchteil an Kosten

Auch die Übertragung der Fingerprint-Daten selbst ist sicher: Herkömmliche Systeme erstellen ein Bild des Abdrucks und übertragen dieses über den Rechner, an dem der Scanner angeschlossen ist, zu einer Zentralstelle. Der dort erzeugte Datenstrom kann jederzeit mitgeschrieben werden und somit - anstatt eines echten Fingerabdruckes - wieder verwendet werden.

„Bei unserer Lösung sind mitgeschriebene Daten absolut wertlos. Alternierende Keys - sowohl in der Zentrale als auch an der Finger-Printscan- und Verschlüsselungseinheit sorgen dafür, dass keine Mustererkennung stattfinden kann“, versichert Ahnert.

4Security lässt sich mit einem Bruchteil der Kosten des „neuen“ Chip-Reisepasses verwirklichen. Gleiches gilt für die geplante Gesundheitskarte sowie alle weiteren Karten mit Identitätsprüfung wie im Bank- und Versicherungsbereich sowie im E-Commerce.

KITA verwalten ...

Kindertageseinrichtungen
adebisKITA
Personal-einsatz optimieren

plung
Schnittstellen zum Finanzwesen
Kindertageseinrichtungen
Stammdaten

se-waltung
Auswertungen
adebisKITA
Kinder- und Gruppenlisten
Beitragslisten

... kinderleicht!

AKDB
PARTNER DER KOMMUNEN

AKDB • Herzogspitalstraße 24 • 80331 München • Telefon 089/5902-0 • Fax 089/5902-1845 • E-Mail kita@akdb.de

komuna Kunden Forum 2006:

Trendsetter Voice over IP

Das inzwischen traditionelle komuna Kunden Forum hatte auch heuer wieder mit über 350 Teilnehmern einen bemerkenswerten Zulauf. Um dem Ansturm der Gäste gerecht zu werden, und gleichzeitig an jedem Tag eine noch überschaubare Besucherzahl zu gewährleisten, die das persönliche Gespräch erlaubt, wurde die Informationsveranstaltung des Altdorfer EDV-Unternehmens dieses Jahr auf vier Tage verlängert.

Ganz im Zeichen des Pass- und Einwohnerwesens standen die ersten beiden Tage. Neben den Vorträgen der Bundesdruckerei zum neuen Pass- und Ausweiswesen und der Präsentation von Thomas Oelfke, PSI GmbH, zum europäischen Projekt RISER für Melderegisterauskünfte sorgten vor allem wieder aktuelle Produktinformationen für Aufsehen. Das bisher schon beliebte Rathaus Service-Portal erfährt nun durch die Optimierung der Melderegisterauskünfte eine weitere Verbesserung.

Neben der Online-Melderegisterauskunft für Einmalbenutzer und -zahler sowie der bereits länger existierenden Onlinelösung für regionale Poweruser verwiesen die komuna-Mitarbeiter auch auf die neue Funktion „Automatische Sammelauskunft“. Dabei werden die Auskunftsanfragen von Powerusern in Massendateien automatisch abgearbeitet. Nur zweifelhafte Fälle müssen vom Sachbearbeiter gesichtet und halbautomatisch verarbeitet werden.

Rathaus-Service-Portal

Angelika Hitzlsperger von der Gemeinde Poing berichtete über die praktische Erfahrung mit dem Rathaus Service-Portal, komuna-Mitarbeiter Marco Vogl machte die Besucher mit den Vorteilen des Portals vertraut. Dazu zählen:

- Verfügbarkeit rund um die Uhr
- Ein Service, der in der Privatwirtschaft schon lange üblich ist
- In der Praxis erprobt und bewährt im Einsatz
- Alle Vorgänge werden me-

dienbruchfrei in der Endanwendung verarbeitet

- Die Auskünfte erfolgen „just in time“
- Behördenauskünfte sind für den Anfragenden zu 100 Prozent kostenfrei, werden damit auch angenommen
- Rechtssicherheit durch geprüfte Hostingverträge
- Geplante Anbindung von automatisierten Melderegisterauskünften über eine spezielle Schnittstellenlösung (echte Poweruser)
- Anbindung eines elektronischen Bezahlensystems möglich (z.B. ELBE).

Themenschwerpunkt NKF

Schwerpunkt der Tage drei und vier war das Neue kommunale Finanzwesen. Als Referent konnte die komuna Holger Meidel vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband ebenso begrüßen wie den Praktiker Michael Frerking, Leiter Wirtschaft und Finanzen der Gemeinde Isernhagen bei Hannover. Wie Frerking erläuterte, wird bei der Bewertung von Grundstücken in der 25.000 Einwohner zählenden Gemeinde vom Grundsatz der Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgegangen. Somit werde zunächst in vorhandenen Kaufverträgen recherchiert. Öffentliche Grundstücke aus Baugebieten würden über eine Durchschnittsermittlung bewertet, um Sonderposten zu bilden, werde eine Pauschale von 90 Prozent Erschließungskostenanteil angenommen. Gut ist die gemeindliche Organisation laut Frerking auch in punkto Bau- und Betriebshof. Für alle Fahrzeuge (inklusive Kaufrechnung)



komuna-Geschäftsführer Ludwig Atzberger (Mitte, stehend) freute sich einmal mehr über ein volles Haus.

würden Einzelakten angelegt, zudem eine Übersicht über alle Geräte und Maschinen. Aus der kostenrechnenden Einrichtung „Straßenreinigung“ könnten Informationen übernommen werden, ebenso aus ermittelten Verrechnungssätzen des Betriebshofes. Generell gebe es keine Vorräte, um aufwändige Lagerverwaltung zu vermeiden, berichtete Frerking.

Aus der Praxis für die Praxis

Christof Endreß, Leiter Finanzen bei der VG Hörnergruppe, zeigte aus der Praxis für die Praxis seinen GmbH-Abschluss aus der Software CIP-Kommunal/KD, während Wolfgang Kremer, C.I.P., die Produktentwicklungsaspekte auf dem Weg zur kommunalen Doppik präsentierte. Laut Wolfgang Goletz, Leiter der Abteilung Finanzwesen bei der komuna GmbH, ist die KommHV-Doppik mit ihren Bewertungsrichtlinien und dem Kontenrahmen im Entwurf fertig und mit ihrem Inkrafttreten voraussichtlich am 1. Januar 2007 zu rechnen.

Die Einführung eines „Neuen Kommunalen Finanzwesens“ (NKF) auf Basis betriebswirtschaftlicher Grundlagen sei freilich mehr als nur die Einführung eines neuen Buchungssystems. Es gehe hierbei auch um die Abgrenzung der Verantwortung zwischen Politik und Verwaltung, der Führung durch Leistungsvorgaben/-absprachen, um zentrales

Controlling (Steuerung) mit Berichtswesen und eine Reform in den Bereichen Strategie, Personal- und Organisationsformen sowie Qualitätsmerkmale.

Alternatives Programm

An allen Tagen wurde ein zum jeweiligen Tagesthema alternatives Programm angeboten. Besonderes Interesse fanden dabei die Vorträge zum Thema Netzwerkplanung und -sicherheit sowie zu Voice over IP. VoIP ist schlichtweg die Zukunft in der Kommunikationstechnik und das endgültige Zusammenwachsen von IT und Kommunikation zur IuK-Technik. Die Swyx AG ist in Europa der führende Anbieter reiner IP-basierender Kommunikationssysteme. Die klassischen Anbieter von Telefonanlagen (abgekürzt: PBX) stellen sich zwar seit einiger Zeit auf die neue

Im Umgang mit netzgebundenen Infrastruktursystemen:

Kommunen vor großen Herausforderungen

Forschungsverbund netWORKS legt strategische Entscheidungshilfe vor

Gegenwärtig stehen die für die Entwicklung von Kommunen wesentlichen netzgebundenen Infrastrukturen vor einer Umweltsituation. So ergeben sich auch für die Systeme der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung infolge des demographischen Wandels, aber auch durch ordnungspolitische Bestrebungen auf europäischer Ebene sowie zunehmende Haushaltsschwierigkeiten Probleme, die angepasste Lösungsstrategien erfordern.

Der Bevölkerungsrückgang in einzelnen Regionen und der damit sinkende Wasserverbrauch führen nicht nur zu einer Unterauslastung der Versorgungssysteme, sondern können auch die Funktionstüchtigkeit der Netze gefährden. Dies hat erhebliche Auswirkungen, etwa wenn es darum geht, den zukünftigen Investitionsbedarf festzulegen, die Infrastruktur-Kosten als kostendeckende Gebühren auf Anwohner umzulegen und die vorgeschriebenen Umweltstandards einzuhalten. Zugleich verändern sich in diesem Sektor auch die politischen Rahmenseitungen.

Vielorts Unsicherheit

Der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Sozial-ökologischen Forschung geförderte Forschungsverbund netWORKS soll lokalen Entscheidungsträgern ermöglichen, die Handlungsfolgen von Infrastrukturentscheidungen frühzeitig zu erkennen und zu bewerten. Der strategischen Entscheidungshilfe kommt gerade deshalb so große Bedeutung zu, da Ver- und Entsorgungssysteme in der Regel auf 50 bis 100 Jahre ausgelegt und finanziert sind. Gerade weil sich gegenwärtig die Rahmenbedingungen so rasch ändern, kommt es darauf an, dass die getroffenen Systementscheidungen effizient sind und gleichzeitig

Entwicklung ein und bieten so genannte hybride Anlagen, die auch VoIP-Anschlüsse aufweisen, an. Aber derartige Systeme sind noch immer mit vielen Nachteilen behaftet.

Für die Anwender dürften die hohen Kosten, die langen Vertragslaufzeiten und die Abhängigkeit von einem Hersteller die erheblichsten Nachteile klassischer Telefonsysteme sein. Nur verständlich, dass die klassischen Anbieter versuchen, diesen Markt zu retten. Aber die Entwicklung ist nicht mehr aufzuhalten. Reine IP-Systeme wie die SWYX sind einfach ein Stück Software, hoch flexibel anpassbar, von 3 bis 1000 Nebenstellen beliebig konfigurierbar und auf den heute überall vorhandenen IP-Netzwerken lauffähig.

Swyx-System

Die Vorteile der Softwarelösung auf Standard PC-Hardware gegenüber herkömmlichen Telefonanlagen waren für jedermann schnell nachvollziehbar. Wer bis dahin nicht geglaubt hatte, dass man mit dem PC telefonieren kann, wurde im Praxisbeispiel schnell eines Besseren belehrt. Selbst die Verfügbarkeit der Telefonanlage, für Unternehmen und Verwaltungen gleichermaßen lebenswichtig, ist durch redundante Server bei der Softwarelösung erheblich besser.

Bei klassischen TK-Anlagen werden durch die Anwender in erster Linie die hohen Kosten und die Unflexibilität bzw. teuren Erweiterungen moniert. So ist in der Regel ein langjähriger Wartungsvertrag Bedingung.

Zudem müssen beispielsweise bei Änderung nur einer Durchwahlnummer teure Technikeinsätze bezahlt werden. Alleine hier ergibt sich beim Einsatz eines Swyx-Systems ein erhebliches Einsparpotential. Auch Reparaturen an der Hardware sind nicht mehr an einen teuren Monopolisten geknüpft, da Swyx eine reine Softwarelösung darstellt, die auf einer Windows-Plattform hardwareunabhängig läuft. Somit kann jede beliebige Hardware betrieben werden. Überdies sind Kosten für die benötigte Verkabelung nicht zu befürchten.

Vorteile liegen auf der Hand

Oft sind in Gemeinden und vor allem in Verwaltungsgemeinschaften bei Außenstellen DSL-Leitungen für die Anbindung an das Rathaus bzw. an die Fachverfahren (VPN) bereits realisiert. Parallel werden für die Telefonie der Außenstellen eigene ISDN-Leitungen betrieben, die natürlicherweise Kosten verursachen. Mit einer Swyx-Lösung lassen sich die Außenstellen über das vorhandene VPN einfach anbinden und können dadurch über Durchwahlnummern des Rathauses erreicht werden. Eigene ISDN-Leitungen oder teure Standleitungen in den Außenstellen sind somit nicht mehr notwendig. Eine SWYX-Telefonanlage weiß, wohin sie verbinden muss.

Die komuna GmbH konnte für die Kommunen in Bayern eine Select-Vereinbarung zwischen Swyx und der Anwendergemeinschaft komuna erreichen, die es Kommunen ermöglicht, die Produkte von Swyx zu erheblich günstigeren Konditionen gegenüber dem freien Markt zu erwerben. Für die Planung, Installation und Betreuung steht die komuna mit kompetenten Mitarbeitern zur Verfügung.

VoIP wird in kürzester Zeit die Telefonanlagenwelt revolutionieren. Der Trend geht ganz klar in eine Richtung: dem Zusammenwachsen der klassischen Telephonie mit der Netzwerk- und IT-Welt. **DK**

Zudem werden Instrumente und Verfahren vorgestellt, die es ermöglichen, sowohl im Entscheidungsprozess wie auch bei der Umsetzung einer Entscheidung notwendig werdende Anpassungsmaßnahmen zu erkennen und vorzunehmen. Partizipation kommt hier eine weitreichende Rolle zu.

Beispiel

Eine Stadt, die beispielsweise vor der Entscheidung steht, ihre bisher vollständig in kommunalem Besitz befindliche Wasserversorgungsgesellschaft teilweise zu privatisieren, kann mit dem Ansatz zur integrierten Strategiebildung die mit einer derartigen Entscheidung verbundenen Potenziale, Restriktionen oder auch nicht beabsichtigten negativen Folgen beurteilen. So kann geprüft werden, ob zu erwarten ist, dass durch die Hereinnahme privaten Kapitals tatsächlich die notwendigen Investitionen im Netz getätigt werden und dabei die Preise und Gebühren stabil bleiben. Gerade für Städte mit stark rückläufiger Bevölkerung dürfte es von besonderer Bedeutung sein, ob der private Partner über genügend Know-how im Umgang mit schrumpfenden Netzen und alternativen semizentralen Technologien verfügt. Auf diese Weise lassen sich darauf aufbauend auch Alternativen zur Teilprivatisierung prüfen, etwa in Form des Ausbaus der interkommunalen Kooperation mit den umliegenden Städten und Gemeinden. **□**

Mit der Maus ins Rathaus



Ein besonderer Service für unsere Bürger

Viele Behördengänge
jetzt auch online erledigen

- 24-Stunden-Service
- Sichere und geschützte Datenübertragung
- Zeitersparnis
- Internetzugang reicht
- Ausfüllhilfe durch elektronischen Dialog
- Bequem und einfach
- Bequem und sicher mit Lastschrift bezahlen

Aus rechtlichen Gründen können nur bestimmte Formalitäten online abgewickelt werden. Wenn Ihre persönliche Anwesenheit weiterhin erforderlich ist, liegen die Gründe meist im besonderen Schutz Ihrer Persönlichkeitsrechte. Und damit in Ihrem Interesse.

www.rathaus-service-portal.de

8. IHK-Symposium zur Wirtschaftsförderung für Kommunen:

Breitbandinitiative Bayern gestartet

Die Diskussion um die Breitbandversorgung scheint festgefahren: Auf der einen Seite gibt es viele Beschwerden darüber, dass die Versorgung mit breitbandigem Zugang zum Internet im ländlichen Raum nicht vorankommt. Auf der anderen Seite ist der Versorgungsgrad in Deutschland mit über 90 Prozent hoch. Für Unternehmen ist ein schneller Zugang zum Internet ein wichtiger Standortfaktor, fehlen DSL und Co., überlegen Unternehmen sogar einen Standortwechsel. Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag und der Bayerische Gemeindetag haben deshalb mit Unterstützung des Bayerischen Städtetages, des Bayerischen Landkreistages und des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie die Breitbandinitiative Bayern gestartet.

Gut 130 Besucher, vornehmlich aus den bayerischen Gemeinden, waren bei der Auftaktveranstaltung der Breitbandinitiative im Forum der IHK-Akademie in München dabei.

Akuter Handlungsbedarf

BIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Reinhard Dörfler betonte, dass 89 Prozent der Unternehmen bei einer IHK-Blitzumfrage einen Breitbandzugang für zwingend notwendig und 45 Prozent sogar für zwingend notwendig halten.

Eine erhebliche Anzahl ausgewiesener Gewerbegebiete in Bayern weisen jedoch keine Breitbandversorgung auf. Deshalb bestehe akuter Handlungsbedarf. Er warnte davor, den Breitbandanschluss immer mit DSL gleichzusetzen. Man könne von der Telekom keine lückenlose und flächendeckende Versorgung mit DSL verlangen, denn die Telekom müsse sich marktwirtschaftlich verhalten. Wer sich einseitig auf eine Technologie festlege, be- raube sich vieler Handlungs-

spielräume. Die einseitige Forderung nach einer finanziellen Unterstützung von DSL-Anschlüssen lehnte Dörfler ab und plädierte für eine Suche nach günstigeren Alternativen.

Wirtschaftsminister Erwin Huber erklärte, Bayern stehe bei der DSL-Versorgung keinesfalls schlecht da. Schon heute hätten 94 Prozent der bayerischen Haushalte die Möglichkeit, DSL zu nutzen - weit mehr als im Bundesdurchschnitt. Auch in der Mehrzahl der Gemeinden des ländlichen Raums sei DSL verfügbar.

Nicht immer lohnt sich ein Ausbau

Soweit es dort Lücken gebe, habe dies zwei Gründe: Im ländlichen Raum sei die Anzahl der von einem Netzknoten versorgten Haushalte in der Regel geringer, weshalb sich aus wirtschaftlichen Gründen ein Ausbau in manchen Fällen nicht lohnt. Außerdem sei im ländlichen Raum die Entfernung zwischen Netzknoten und Anschlussstelle oftmals sehr groß. Daher komme dort die Schwäche der DSL-Technik - ihre physikalisch bedingte Reichweitenbeschränkung auf ca. 4,5 Kilometer Leitungslänge - viel stärker zum Tragen.

Gespräche mit der Telekom

Auch wies der Minister darauf hin, dass obwohl der Großteil der Haushalte einen DSL-Anschluss erhalten könne, von dieser Möglichkeit Ende 2005 gerade einmal 27 Prozent der Haushalte Gebrauch gemacht hätten. Alternative Anschlüsse

Appell der EU-Kommission:

Telekom soll Breitbandnetze öffnen

Die EU-Kommission hat die Maßnahmen gebilligt, mit denen die Bundesnetzagentur der beherrschenden Stellung der Deutschen Telekom auf dem deutschen Breitbandmarkt entgegenwirken will. In ihrem Schreiben an die deutsche Regulierungsbehörde begrüßte die EU-Kommission, dass nun Marktneulingen der Bitstromzugang über die Breitbandnetze der Deutschen Telekom ermöglicht werden soll.

Sie forderte eine umgehende Umsetzung der Vorschriften und begrüßte, dass die Maßnahme den Bitstromzugang unabhängig von der eingesetzten Technologie (ADSL2, ADSL2+, SDSL und VDSL) vorsieht.

Bessere Dienste

Viviane Reding, EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien, erklärte: „Die Wettbewerbsöffnung des deutschen Breitbandmarktes wird zu besseren Diensten und niedrigeren Verbraucherpreisen beim Internetzugang führen. Während der Bitstromzugang den Markteinsteigern in den meisten EU-Mitgliedstaaten schon seit Jahren zur Verfügung steht, hat der deutsche Regulierer lange gebraucht, um die notwendigen Maßnahmen zu treffen: mehr als drei Jahre seit Inkrafttreten des neuen EU-Rechtsrahmens und acht Monate seit Feststellung der marktbeherrschenden Stellung der Deutschen Telekom. Ich fordere daher die Bundesnetzagentur auf, die Abhilfemaßnahmen nun unverzüglich anzuwenden, damit auch in Deutschland sowohl die Wettbewerber als auch die Verbraucher in den Genuss fairer Wettbewerbsbedingungen kommen.“

über TV-Kabel, Stromkabel, Satellit und Funk spielten kaum eine Rolle.

Um die Breitbandversorgung in der Fläche voranzubringen, führe die Staatsregierung laufend Gespräche mit den Verantwortlichen der Telekom. Ihrer Forderung nach einem raschen und umfassenden Ausbau der DSL-Infrastruktur stehe die Telekom aufgeschlossen gegenüber. Man müsse aber anerkennen, dass die Telekom ein privatwirtschaftlich tätiges Unternehmen ist und deshalb bei ihren Investitionsentscheidungen wirtschaftliche Überlegungen eine zentrale Rolle spielen.

Was die Breitbandanbindung der bayerischen Rathäuser anbelangt, wies Huber darauf hin, dass von den aufgeführten 188 Rathäusern bereits 67 die Möglichkeit haben, DSL zu nutzen. Von den Gemeinden, deren Rathäuser keinen Breitbandzugang haben, sei ungefähr die Hälfte Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft. Der ganz überwiegende Teil dieser Verwaltungsgemeinschaften habe einen Breitbandanschluss. Damit könne dort, wo die eigentliche Verwaltungsarbeit stattfindet, über eine breitbandige Anbindung kommuniziert werden.

Gemeinden sind gefragt

Huber abschließend: „Ich sehe auch die Gemeinden in der Verantwortung. Denn sie können besser als jeder andere die Nachfrage bündeln. Dabei denke ich nicht nur an das Erfassen von DSL-Interessenten. Ich kann mir zum Beispiel gut vorstellen, dass eine Gemeinde die gemeinsame Nutzung einer Standleitung durch mehrere örtliche Unternehmen organisiert, um die Kosten für das einzelne Unternehmen zu senken.“

„Verwaltung, Betriebe und Bürger erwarten leistungsfähige Breitbandzugänge an allen Orten im Freistaat. Und das zu

recht!“ stellte Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags fest. Das Internet habe das Leben völlig verändert: Egal ob Reisebuchungen, Autokauf oder Wohnungsvermietungen - alles laufe heute übers Internet. Gerade die Betriebe vor Ort könnten ohne schnellen Internetzugang kaum noch am Markt bestehen. Darauf müssten die Anbieter von Breitbandtechnologie reagieren.

„Die Gemeinden wollen auf der Datenautobahn mitfahren“, betonte Busse. Breitbandzugang sei so wichtig wie Wasser- und Stromanschluss. Das Ziel müsse sein, so schnell wie möglich eine 100-prozentige Versorgung zu schaffen. Busse wies auf Österreich hin, das durchaus die Versorgung fördere. Es wäre des Nachdenkens wert, finanzschwache Gemeinden zu fördern.

Wichtiger Standortfaktor

Laut Peter Stamm vom Wissenschaftlichen Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste, Bad Honnef, ist der Breitbandzugang in der Informationsgesellschaft „ein unver-

zichtbarer Standortfaktor. DSL- und Kabelnetzbetreiber konkurrieren mittels sogenannter Triple-Play-Angebote. Das Bandbreitengefälle zwischen Stadt und Land werde auf wachsendem Leistungsniveau fortbestehen, prognostizierte Stamm und machte deutlich: „Zunehmend werden breitbandige Funkdienste verfügbar, die jedoch die Leistungsfähigkeit von Festnetzdiensten nicht erreichen. Gewisse Preisunterschiede zwischen Stadt und Land werden bestehen bleiben.“

Lokale Prüfung nötig

Bereits heute seien mehrere Alternativen zu DSL vorhanden und ab 2007 werden WiMAX-Funknetze verstärkt einsatzbereit sein, fuhr Stamm fort. Eine Universalisierung gebe es nicht; stattdessen sei eine Prüfung der lokalen Gegebenheiten notwendig, um den jeweils wirtschaftlichsten Weg zum Breitbandanschluss zu ermitteln. Bei der Information über Breitbandalternativen, der Bündelung und Artikulation der Nachfrage sowie der Kontaktaufnahme mit Anbietern könnten die Kommunen eine entscheidende Rolle spielen. **DK**

Herrmanns Forderung:

Freiwilliger Verzicht auf Fernsehgebühr!

Der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, fordert die öffentlich-rechtlichen Anstalten dazu auf, vorübergehend freiwillig auf den Einzug der Fernsehgebühr für internetfähige PCs ab 1. Januar 2007 zu verzichten und lediglich die Grundgebühr von 5,52 Euro einzuziehen. Die ARD-Intendanten sind dem Vorschlag bereits gefolgt.

„Die Verbraucher müssen nachvollziehen können, wofür sie Gebühren zahlen. Davon hänge auch die Akzeptanz der Gebührenerhebung ab, sagte Herrmann. Bisher sei nur ein sehr kleiner Teil des Fernsehangebots der öffentlich-rechtlichen Sender über das Internet verfügbar.

Die geplante Neuregelung führe ab 1. Januar 2007 dazu, dass bei Unternehmen und öffentlichen Stellen in der Regel keine weiteren Rundfunkgebühren für internetfähige PCs anfallen. Eine Gebührenpflicht für neuartige Empfangsgeräte, wie internetfähige PCs, entsteht nicht, sofern bereits ein herkömmliches Rundfunkgerät vorhanden ist. Gibt es kein klassisches Empfangsgerät, fällt eine Gebühr für den ersten PC an. Alle weiteren PCs sind dann gebührenfrei. Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag ist derzeit im Gespräch mit den Anstalten, der Staatsregierung und den Landtagsfraktionen der anderen 15 Bundesländer.

Lösung im Visier

„Ich bin zuversichtlich, dass dabei eine Lösung gefunden werden kann, so Herrmann. Im Zuge des technischen Fortschritts werden neuartige Verbreitungswege weiter zunehmen (z.B. Handy-TV). Die klare Unterscheidbarkeit der Nutzungsmöglichkeiten wird immer mehr aufgehoben und damit auch die Eindeutigkeit des Anknüpfungspunkts für Rundfunkgebühren. Herrmann: „Wir sollten mittelfristig zudem eine weniger komplizierte Lösung für die Rundfunkgebührenerhebung finden. Ich halte es auch im Zuge der weiteren Konvergenz der Medien für erforderlich, über den Anknüpfungspunkt für Rundfunkgebühren nachzudenken.“

Hintergrund der Diskussion um die Rundfunkgebühren ist der achte Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der am 1. April 2005 in Kraft getreten ist. Dabei wurde nicht etwa eine Gebührenpflicht

für internetfähige PCs eingeführt. Vielmehr knüpfte die Rundfunkgebührenpflicht schon vor diesem Zeitpunkt an die Möglichkeit des Empfangs von Rundfunkprogrammen an und wurde für internetfähige PCs lediglich durch ein Moratorium bis zum 31. Dezember 2006 ausgesetzt.

Neue Regelung

Bei der Rundfunkgebührenpflicht kommt es nicht darauf an, mit welchem Gerät dieser Empfang erfolgt oder ob tatsächlich Rundfunk empfangen wird. Erfasst ist jedes Gerät, das ohne zusätzlichen technischen Aufwand Rundfunkdarbietungen, unabhängig von Art, Umfang und Anzahl der empfangenen Programme wiedergeben kann. So ist beispielsweise ein Computer mit einer Fernsehkarte ein ganz normales Fernsehgerät. Neu geregelt sind im achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag lediglich Befreiungstatbestände für „neuartige Rundfunkempfangsgeräte. Dazu gehört beispielsweise auch der internetfähige PC. Insgesamt sind die Belastungen, die sich aus der Gebührenpflicht für internetfähige Rechner ergeben, demnach nicht so hoch, wie teilweise in den Medien dargestellt. Für mittelständische Betriebe, die in der Regel zumindest über ein Radio im Büro, in der Werkstatt oder im betrieblich genutzten PKW verfügen, fällt die Gebühr nicht an.

Ebenso werden Privatpersonen in der Regel nicht mit einer Rundfunkgebühr für internetfähige PCs belastet. Denn für sie gilt die Zweitgerätebefreiung, die ebenfalls internetfähige Rechner erfasst. Erst wenn kein klassisches Empfangsgerät vorhanden ist, fällt für ein neuartiges Empfangsgerät, das Hörfunk empfangen kann, eine Grundgebühr und für ein solches, das Fernsehen empfangen kann, zusätzlich eine Fernsehgebühr an. Jedoch befinden sich in 98 Prozent der Privathaushalte herkömmliche Rundfunkgeräte. **□**

Hier kommt Pep in Ihr Business 2007

www.nuernbergmesse.de/termine
www.nuernbergglobalfairs.com

akademika	20.06.–21.06.
Altenpflege+ProPflege	20.03.–22.03.
Asia Styles	04.07.–06.07.
Berufsbildung	10.12.–13.12.
BioFach [®]	15.02.–18.02.
BRAU Beviale	14.11.–16.11.
CRM-expo	07.11.–08.11.
ConSozial	07.11.–08.11.
ELTEC Nürnberg	20.06.–22.06.
e_procure & supply embedded world	08.05.–10.05.
13.02.–15.02.	
EUROPEAN COATINGS	
SHOW	08.05.–10.05.
FachPack	25.09.–27.09.
HOGA	14.01.–17.01.
IENA	01.11.–04.11.
Internationaler Hörgeräte- Akustiker-Kongress	17.10.–19.10.
ISGATEC	27.03.–29.03.
IWA & OutdoorClassics [®]	09.03.–12.03.
Kommunale	10.10.–11.10.
Kongress der Deutschen Ophthalmochirurgen	17.05.–20.05.
LogIntern	25.09.–27.09.
Mailingtage	13.06.–14.06.
PARTEC	27.03.–29.03.
PCIM	22.05.–24.05.
POWTECH	27.03.–29.03.
PrintPack	25.09.–27.09.
SENSOR+TEST	
DIE MESSTECHNIK-MESSE	22.05.–24.05.
SMT/HYBRID/PACKAGING	24.04.–26.04.
Spielwarenmesse International Toy Fair Nürnberg [®]	01.02.–06.02.
SPS/IPC/DRIVES	27.11.–29.11.
Stone+tec	06.06.–09.06.
TechnoPharm	27.03.–29.03.
Vivaness [®]	15.02.–18.02.
Werkstätten:Messe	22.02.–25.02.

Auszug; alle Angaben ohne Gewähr, Änderungen vorbehalten
 * Nur für Fachverkäufer mit Legitimation

Neuer Durchbruch in Technologie und Services

IBM stellt neue, fortschrittliche Technologie für den Schutz von Daten vor - Datenverschlüsselung im Bandlaufwerk

IBM kündigt die Einführung einer neuen „first-of-its-kind“ Verschlüsselungstechnologie an, die auf offenen Standards basiert, darüber hinaus neue Services, die die Sicherheit von Anwenderdaten auf Unternehmensniveau adressieren. Die jetzige Ankündigung betrifft praktisch jedes Element in der Kette der Datensicherheit. Eine Besonderheit ist dabei die Vorstellung des industrieweit ersten Bandlaufwerks, das Daten voll verschlüsselt und damit bisher nicht gekannte Sicherheit für Unternehmen jeder Größenordnung bringt. Dieses Laufwerk kann Daten auch im Fall von Diebstahl oder anderweitigem Verlust vor unerlaubtem Zugriff schützen. Anwender können damit große Dateien, die auch für den Einsatz in entfernten Rechenzentren oder für Archivzwecke gedacht sind, mit der Geschwindigkeit verschlüsseln, die bei Bandlaufwerken üblich ist. Verschlüsselte Daten auf Band können selbstverständlich mit Partnern ausgetauscht werden.

Die IBM Security und Privacy Services Practice innerhalb von IBM Global Technology Services wird das dazu nötige Rahmenwerk, die Architektur und den Support bereitstellen, um ein umfassendes Sicherheitsprogramm für Kunden zu ermöglichen und IBM Verschlüsselungslösungen einsetzen, um die damit verbundenen Datensicherheitsaspekte zu adressieren.

Zusätzlich hat der Bereich

IBM Business Continuity und Resiliency Services (BCRS) IBM Datenverschlüsselungslösungen in seinen weltweiten Zentren für Datenwiederherstellung installiert. IBM BCRS bietet ebenfalls Dienstleistungen an, die die Wiederherstellungsprozesse und -vorgänge umfassen, und die die Nutzung der Band-Hardware-Verschlüsselung mit einschließen.

Gesetze zwingen zum Handeln

Viele Regierungsorganisationen und mehr als dreißig Staaten haben Gesetze erlassen, die von Unternehmen verlangen, Sicherheitsverletzungen zu veröffentlichen. Das ist der Grund, warum mehr als 90 Millionen Verbraucher über potentielle Sicherheitsverletzungen hinsichtlich persönlicher Informationen in nur 18 Monaten verständigt werden mussten. Das IBM System Storage TS 1120 ist das erste verschlüsselnde Laufwerk im Markt, das die Anforderungen dieser Gesetzgebung umsetzt und die Geschäftsanforderungen zum Schutz sensibler Daten unterstützt.

Signifikante Vorteile

Verschlüsselung im Bandlaufwerk weist signifikante Vorteile auf. Frühe Messungen zeigen, daß praktisch keine relevante Leistungsverschlechterung auftritt während des Schreibens und Lesens von verschlüsselten Daten. Verschlüsselung im Laufwerk ermöglicht auch Datenkompression und reduziert damit potentielle Auswirkungen auf die Speichermedien. Darüber hinaus kann das verschlüsselungsfähige Bandlaufwerk natürlich auch nicht verschlüsselte Workloads verarbeiten.

Zusätzlich zur Hochleistungsverschlüsselung in den Laufwerk-

ken ist die Innovation im Verwalten der Schlüssel (Encryption Key Management) ein wesentlicher und stabiler Teil der Bandverschlüsselungslösung. Diese Schlüsselverwaltung ermöglicht es, sicherzustellen, daß nur derjenige ein Band entschlüsseln kann, der dazu autorisiert ist. Die IBM Bandverschlüsselung baut auf den bewährten Verschlüsselungstechnologien der IBM Großrechner auf. Zentralisierte Schlüsselverwaltung wie im Großrechner schafft einen zentralen Kontrollpunkt für die Bandverschlüsselungsschlüssel mit hoher Sicherheit und Verfügbarkeit, Langfristigkeit der Verwaltung und sehr guten Wiederherstellungsmöglichkeiten im Fall von Disaster Recovery. System z-Großrechner verfügen über weitere Mechanismen zum Schutz der Schlüssel vor unberechtigtem Zugriff.

Standardfunktion

Die Verschlüsselungsmöglichkeit ist eine Standardfunktion bei allen neuen IBM TS1120-Bandlaufwerken. Kunden mit vorhandenen Systemen können diese aufrüsten. Der IBM Encryption Key Manager für die Java-Plattform - kostenlos im Rahmen des Java Software-Entwicklungskits von IBM - generiert und verteilt die Schlüsselverwaltungsschlüssel für die Bandlaufwerke. Die Schlüsselverwaltungsschlüssel unterstützt das Bandlaufwerk in einer Vielzahl von Konfigurationen, unter anderem für z/OS, i5/OS, AIX, HP, Sun, Linux und Windows.

Das TS1120 unterstützt drei verschiedene Verschlüsselungs-

IT-Sicherheit:

Eigene Mitarbeiter häufig größte Bedrohung

Die größte Bedrohung für die Informations- und IT-Sicherheit eines Unternehmens sind nicht Viren, Hacker oder Phishing-Angriffe, sondern die eigenen Mitarbeiter. Die Experten der Nationalen Initiative für Internetsicherheit (NIFIS) gehen davon aus, dass mehr als die Hälfte der Sicherheitsvorfälle in Betrieben und Verwaltungen auf das Konto der eigenen Angestellten geht.

„Eine aktuelle Studie hat zudem ermittelt, dass rund drei Viertel der befragten IT-Manager in Deutschland die Aufklärung der eigenen Mitarbeiter hinsichtlich bestehender und potenzieller Sicherheitsrisiken als besondere Herausforderung ansehen“, berichtet Peter Knapp, Vorstands-

management-Methoden: anwendungs-, system- oder library-verwaltet. Für system- oder library-verwaltete Verschlüsselung erzeugt und verteilt der IBM Encryption Key-Manager für die Java Plattform die Schlüssel.

Drei Methoden

Diese Eigenschaft wird unterstützt, wenn das TS1120 Bandlaufwerk integriert oder angeschlossen wird an die TS3500 Tape Library, das TS1120 Tape Controller Modell C06, das TotalStorage 3592 Tape Controller Modell J70, TotalStorage 3494 Tape Libraries, TotalStorage C20 Silo Attach-Frames und Stand-Alone-Umgebungen.

Für anwendungsverwaltete Verschlüsselung erzeugt und kommuniziert der IBM Tivoli Storage Manager - IBMs Backup und Recovery Software auf Enterprise-Niveau - die Verschlüsselungsschlüssel für die TS1120-Laufwerke. Die Policy Management-Eigenschaften des Tivoli Storage Managers bestimmen automatisch, ob TS1120 Verschlüsselung eingesetzt werden soll, und schalten diese im betreffenden Fall ein.

Das IBM Engagement für Verschlüsselung

IBM hat bereits frühzeitig Verschlüsselungsstandards innerhalb der IT-Industrie entwickelt, die von der NSA bereits 1975 veröffentlicht wurden. Mit ca. 3.500 Sicherheits- und Datenschutzexperten weltweit ist IBM im Bereich der Informationssicherheit stark engagiert. Das IBM TS1120 Bandlaufwerk ergänzt die IBM Palette von Verschlüsselungslösungen. Weitere wichtige Produkte sind hier die IBM Data Encryption für das Information Management System und DB2-Datenbanken sowie die IBM Encryption Facility für z/OS.

Das IBM System Storage TS1120 ist ab sofort verfügbar. □

Schnelle Eröffnungsbilanz mit einem GIS

Die Umstellung auf das neue doppische Haushalts- und Rechnungswesen erfordert von den Kommunen umfangreiche Tätigkeiten, z.B. die Erfassung und Bewertung des gesamten kommunalen Vermögens. Geographische Informationssysteme bieten hierfür sehr wichtige Funktionen. Zudem sind viele der zu bewertenden Gegenstände, wie z.B. Grundstücke, Straßen oder das Kanalkataster, ohnehin bereits Inhalt eines GIS.

Die Mehrzahl der Länder hat sich dafür entschieden, das kamerale Haushaltswesen durch die kaufmännische Buchführung, die sog. Doppik, zu ersetzen. Diese bildet den Ressourcenverbrauch durch die Gegenüberstellung von Ertrag und Aufwand ab. Ein wichtiger Schritt bei der Einführung dieses neuen Haushalts- und Rechnungswesens ist die Erfassung und Bewertung des gesamten kommunalen Vermögens für die Eröffnungsbilanz.

Die erstmalige Erfassung der Vermögensbestände der öffentlichen Einrichtungen ist eine große logistische Herausforderung für die Kommunen. Für die Bewertung der Eröffnungsbilanz muss der gesamte Besitz - insbesondere auch die Immobilien und die Infrastruktureinrichtungen - der Kommune umfangreich inventarisiert werden. Dieser sehr große Arbeitsaufwand kann allerdings minimiert werden, wenn die bereits vorhandenen Vermögensdaten und Unterlagen wohl überlegt genutzt werden.

Zudem spielen natürlich bei der Inventarisierung und Bewertung Softwarekomponenten eine große Rolle. So kann ein Geographisches Informationssystem (GIS) bei der Ermittlung der Eigentumsgegenstände, deren Größe und Zustand eine zentrale Hilfestellung leisten.

Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen:

► Viele Daten sind bereits vorhanden. Im einfachsten Falle können die kommunalen Grundstücke aus den ALK- und ALB-Daten der Katasterverwaltung gefiltert werden. Aufgrund des hohen wertmäßigen Anteils der Grundstücke kommt diesen eine besondere Bedeutung zu. Im ALB finden sich zudem Nutzungsarten und Größenangaben. Mit den komfortablen GIS-Werkzeugen von IP Syscon ist das kommunale Eigentum sehr schnell herausgefiltert. Wird es als Excel-Liste benötigt? Kein Problem: Das IP ALB bietet hierfür eine Exportfunktionalität.

► Weitergehende Informationen zum kommunalen Besitz können z.B. in IP Grube oder IP Straße abgeleitet werden. Auch IP Kanal, IP Beleuchtung oder sogar IP Baum spielen eine Rolle. Die Informationen sind in den Katastern natürlich auch nach der Eröffnungsbilanz für weitere Fragestellungen abrufbar: Beispielsweise Anschaffungs- und Herstellungskosten können auf diese Weise gepflegt werden.

► Die Inventarisierung von Flächen oder Immobilien Gegenständen abseits vorgegebener Größen (wie z.B. einer Flurstücksfläche) erfordert in der Regel Handarbeit. Die Kartierung von Strassenabschnitten oder Laternen ist allerdings nicht zuletzt vor dem Hintergrund zukünftiger Fragestellungen (etwa die Instandhaltung betreffend) sinnvoll. Auch hier ist das GIS ein wichtiges Werkzeug, das unter anderem bei der Datenaufnahme vor Ort (mobiles GIS) oder bei der Bestimmung von Teilflächen am Monitor (IP Konstruktion und IP Bemaßung, eventuelle Zusammenhänge von Luftbildern) überaus hilfreich ist. In diesem Zusammenhang kann zur Verschneidung mit den Grundstücken auch eine digitale Bodenrichtwertkarte verwendet werden.

Kommbbox/Steffen Freiberg

Vor 50 Jahren vorgestellt:

Die erste Festplatte

Am 13. September 1956 stellte IBM das erste Plattenspeichersystem der Welt vor, die „IBM 350 Plattenspeichereinheit“, die mit dem IBM 305 RAMAC ausgeliefert wurde. Die Festplatte im Kleiderschrankformat wog fast eine Tonne und konnte bis zu fünf Millionen Zeichen auf einundfünfzig mit Eisenoxyd beschichtete Platten speichern, jede mit einem Durchmesser von 61 cm.

Setzen 1956 schon umgerechnet ca. 5 MB Speicherkapazität Maßstäbe in der IT-Welt, so bestimmten in den letzten fünfzig Jahren höhere Leistungen in immer kompakteren Formen den Einzug in den Alltag von Computernutzern. Zudem hat das derzeit stärkste aktuelle Speichersystem der IBM, das System Storage DS8300, mit 320 TB Kapazität eine um ca. 64 Millionen mal größere Speicherkapazität als die RAMAC. Aber auch das Magnetband ist nach wie vor ein gebräuchliches Speichermedium mit Zukunft. Vor wenigen Monaten meldeten IBM Forscher einen Weltrekord in der Schreibdichte auf linearen Magnetbändern von 6,67 Milliarden Bits pro Quadratzoll. □

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Bauland-Entwicklung (Beschaffung und Erschließung)
- Kommunale Investitionen
- Einheimischen-Modelle



Ihre Ansprechpartner für die jeweiligen Regierungsbezirke:

Franken: Herr Grauer Tel. 0911 / 23 20 929
Herr von Imhoff Tel. 0911 / 23 20 920

Oberbayern und Schwaben: Herr Danninger Tel. 0821 / 50 22 613

Niederbayern und Oberpfalz: Herr Müllner Tel. 0941 / 78 00 116

Kompetenzzentrum, Planungs-, Dokumentationsdienstleistungen und Konversion: Herr Streng Tel. 0921 / 78 42 34

Wussten Sie eigentlich, dass im Jahre 1947 die Bayerische Landessiedlungs Gesellschaft mit der Durchführung der Bodenreform in Bayern betraut wurde?

Bayerische Landessiedlung GmbH



Aktive Aufklärungsarbeit

NIFIS hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, zum einen aktive Aufklärungsarbeit bei den Mitarbeitern über aktuelle Bedrohungen zu leisten, zum anderen aber auch die Führungsebene bei der Einführung von Konfliktmanagementsystemen, der angemessenen Ausgestaltung von Arbeitsverträgen und der Beschaffung schützender IT-Systeme zu unterstützen. „Mitglieder erhalten von NIFIS ein Paket an Dienstleistungen und aktiver Beratung, das diese effektiv gegen Angriffe auf die Informations- und IT-Sicherheit absichert“, so Dr. Thomas Lapp, Rechtsanwalt und Mediator sowie Vorstand des NIFIS e.V.

Ursachenforschung und Schulungen

Wichtig ist in einem ersten Schritt die Ursachenforschung:

zu unterscheiden sind bei der Bedrohung durch eigene Mitarbeiter die bewussten und unbewussten Schädigungen. So entstehen häufig aus bloßer Unwissenheit um Verhaltensregeln am Arbeitsplatz Sicherheitslücken.

„In diesem Zusammenhang schaffen Information und Schulungen der Mitarbeiter am besten Abhilfe“, erklärt Dr. Thomas Lapp. Dabei müsse den Angestellten ausreichend Zeit zur Verfügung gestellt und die Schulungen aktuell, verständlich und ansprechend gestaltet werden. „Außerdem dürfen den Mitarbeitern in solchen Fällen keine Vorwürfe gemacht werden, damit Fehler offen angesprochen und Ursachen abgestellt werden können.“

Risiken minimieren

Schwieriger wird es bei Sicherheitsvorfällen, die auf Bösartigkeit zurückzuführen sind. Die Gründe dafür liegen meist in der mangelnden Motivation der Mitarbeiter oder schwebelnden Konflikttherden zwischen einzelnen Personen oder Abteilungen. Um solchen Problemen bereits im Vorfeld begegnen zu können, ist es absolut notwendig, dass in den Unternehmen Prozesse vorhanden sind und gelebt werden, die solche Risiken minimieren. Darüber hinaus ist es empfehlenswert, ein Konfliktmanagementsystem zu etablieren, das dabei hilft, Probleme frühzeitig zu identifizieren. Als begleitende Maßnahme bietet sich die Ausbildung und der Einsatz von innerbetrieblichen Mediatoren an,

die zwischen den Problempersonen vermitteln. Außerdem sollte das Konfliktmanagementsystem anhand bereits gelöster Probleme stetig weiter entwickelt werden, um in ähnlichen Fällen vorbereitet zu sein und die Zeit bis zur Ergriffung von Maßnahmen zu verkürzen. „Aufgrund der frühzeitigen Erkennung und Behandlung von Konfliktsituationen lässt sich oftmals auch der kostspielige und nervenaufreibende Gang vor Gericht vermeiden“, nennt Dr. Thomas Lapp einen weiteren Vorteil.

Fehlertolerante IT-Systeme

Als präventive Maßnahme rät NIFIS weiterhin zur Entwicklung fehlertoleranter IT-Systeme. Bedienungsfehler und Sicherheitsprobleme sind häufig in der starren Ausgestaltung des IT-Systems begründet, das an Mitarbeiter zu hohe Forderungen stellt oder typische menschliche Denkmuster und Schwächen nicht ausreichend berücksichtigt. „Die Fehlertoleranz sollte dementsprechend auch als Anforderung und Abnahmekriterium in jedem im Zusammenhang mit der IT stehenden Vertrag integriert werden“, schlägt Dr. Thomas Lapp vor. „Bessere Systeme verhindern solche Fehler und führen zu einer größeren Zufriedenheit der Mitarbeiter.“

Weitere Informationen: NIFIS Nationale Initiative für Internetsicherheit e.V., Weismüllerstraße 21, 60314 Frankfurt, Tel.: 069 40 80 93 70, Fax: 069 40 14 71 59, E-Mail: nifis@nifis.de, Web: www.nifis.de. □

Jahrespressekonferenz der DATEV eG:

Wachstum mit neuen Geschäftsfeldern

Umsatz und Ergebnis des IT-Dienstleisters im Plus
Umfassendes Leistungsspektrum für Kommunen

Der Nürnberger IT-Dienstleister DATEV hat sich auch im vergangenen Jahr als erfolgreicher und starker Partner für seine Mitglieder und deren Mandanten behauptet. Bei einem leichten Umsatzanstieg ist die vor vierzig Jahren als regionale Selbsthilfeeinrichtung von einer kleinen Gruppe von Steuerberatern gegründete Genossenschaft mit der Erschließung seiner neuen Geschäftsfelder weiter vorangekommen und hat dabei ein beachtliches Ergebnis erzielt, teilte der Vorstand bei der Jahrespressekonferenz in der Norisstadt mit.

Der Gesamtumsatz erhöhte sich um 0,7 Prozent auf 581,1 Mio. Euro (2004: 577,3 Mio.). Das operative Ergebnis stieg auf 33,1 Mio. Euro (27,3 Mio.) und wurde weitgehend an die Mitglieder als Rückvergütung ausgeschüttet. Die Umsatzzuwächse in den Bereichen Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte, mittelständische Unternehmen, Consulting und DATEVasp sowie in den ausländischen Beteiligungen beliefen sich insgesamt auf 7,7 Mio. Euro. Trotz steigender Nachfrage nach DATEV-Produkten in den klassischen Feldern wie etwa Rechnungswesen und Lohn sind hieraus keine wesentlichen Erlössteigerungen zu erwarten. Die Zahl der Genossenschaftsmitglieder ist zum Jahresende 2005 auf 39.009 (38.739) gestiegen. 5.390 Mitarbeiter (5.386) wurden beschäftigt.

Mandantengeschäft

Das seit einer Satzungsänderung im Februar 2005 mögliche so genannte mitgliedsgebundene Mandantengeschäft wird von einer wachsenden Zahl von DATEV-Mitgliedern genutzt. Dabei kann DATEV mit Einverständnis des jeweiligen Mitglieds Programme und Dienstleistungen direkt an Mandanten, das heißt vor allem mittelständische Unternehmen, liefern und fakturieren. Dabei geht es vor allem um Programme für die

Warenwirtschaft, das Kundenmanagement, das Personalmanagement, das Rechnungswesen, die Lohn- und Gehaltsabrechnung und Leistungen wie DATEVnet und DATEVasp.

Großes Leistungsspektrum

Mit einem umfassenden Leistungsspektrum hat sich die DATEV eG auch auf den wichtigen kommunalen Zukunftsmarkt eingestellt. Im Bereich Doppik-Einführung ist das Unternehmen gemeinsam mit den steuerlichen Beratern inzwischen eine feste Größe im Marktgeschehen. Neben seinem lückenlosen, durchgängigen Softwaresystem rund um das Rechnungswesen und dem weit reichenden Beratungsangebot bietet der IT-Dienstleister den Kommunen noch weitere Leistungen an. So fungiert das DATEV-Rechenzentrum als zentrale Datenplattform, revisionssicheres Archiv und als Datendrehscheibe für den elektronischen Informationsaustausch mit anderen Behörden. Darüber hinaus können vor allem die zuverlässigen Druck- und Versanddienstleistungen den Städten und Gemeinden zu Einsparungen verhelfen.

Professionelle Verarbeitung

In der Kommunikation mit ihren Bürgern fallen in Kommunen regelmäßig umfangrei-

che Aussendungen an, die einen vertraulichen Umgang mit den zu verarbeitenden Daten erfordern. Städte und Gemeinden, kommunale Eigenbetriebe oder auch Verwaltungsstellen auf Landesebene gehören daher zu den Institutionen, die beim Druck und Versand sehr hohe Anforderungen an die Sicherheits- und Datenschutzstandards haben. Ihre Gebühren- oder Steuerbescheide, Mahnungen oder auch Zählerstandsbenachrichtigungen können Auftraggeber der öffentlichen Hand professionell bei DATEV verarbeiten lassen. Deren Digitaldruck- und Versandzentrum in Nürnberg, das zu den größten in Europa gehört, qualifiziert sich dafür insbesondere durch sein außerordentlich hohes Sicherheitsniveau. Für die Verarbeitung der Aufträge stehen rund 40 der modernsten Digitaldruckeinheiten bereit. Im Dreischicht-Betrieb sorgen die Mitarbeiter dafür, dass die weitgehend automatisierte Produktion das hohe Qualitätsniveau hält.

Lückenlose Dokumentation

Auf Basis der gelieferten Daten werden die Schriftstücke rationell gedruckt und kuvertiert. Nach Konfektionierung und Kommissionierung werden sie zum Versand an externe Logistikpartner ausgegeben, die sie nach Wunsch auch direkt den Bürgern zustellen. All diese Leistungen finden sich in einer lückenlosen Postausgangs-Dokumentation wieder, so dass der Auftraggeber den Status jederzeit überprüfen und nachvollziehen kann. Daneben übernimmt DATEV auch Aufträge für die Erstellung weiterer kommunaler Printerzeugnisse, wie etwa den Druck und die Bindung des Haushaltsplans.

Kassensoftware TopCash im Vormarsch

Die ersten Kreisverwaltungen berichten über den erfolgreichen Einsatz von TopCash, der virtuellen Gebührenkasse für Kommunalverwaltungen. Bei Stadtverwaltungen konnte sich die Software des Softwarehauses EDV Ermtraud GmbH schon als Marktführer etablieren. TopCash ist die Gebührenkasse für Kommunalverwaltungen, die administrative Prozesse schlanker gestalten möchten. Über 500 Stadtverwaltungen setzen die Software an mehr als 1.700 Arbeitsplätzen ein. Der Hersteller von TopCash, die EDV Ermtraud GmbH aus Rheinbrohl, veröffentlicht nun erste Anwenderberichte aus den Kreisen Bad Ems und Wetterau.

Gregor Ermtraud, Geschäftsführer der EDV Ermtraud GmbH ist überzeugt davon, dass die durchweg positiven Anwenderberichte aus den Stadtverwaltungen für Nachfrage aus den Kreisverwaltungen gesorgt haben: „Der Fokus unser Vertriebspolitik lag bisher allein auf dem Kundensegment der Stadtverwaltungen, wengleich unsere Anwendung von Anfang an für alle Verwaltungsebenen konzipiert war.“ Nun dokumentieren auch Anwenderberichte aus Kreisverwaltungen die Einsatzflexibilität von TopCash. Informationen unter www.edv-ermtraud.de.

DATEVkommunal

Mit diesen Leistungen ergänzt der IT-Dienstleister seine unter dem Namen DATEVkommunal angebotene Software-Suite. Diese deckt flexibel alle Anforderungen ab, mit denen Kommunen und kommunale Unternehmen im Zuge der Umstrukturierung konfrontiert werden. Dafür enthält sie neben auf kommunale Bedürfnisse abgestimmten Programmen rund um das Rechnungswesen und den Jahresabschluss Software, die bei der Budgetierung und Haushaltssteuerung oder beim Controlling unterstützt. Außerdem sind Anwendungen für die Veranlagung kommunaler Abgaben

wie Steuern, Gebühren und Beiträge enthalten sowie für die Abrechnung der Bezüge aller Mitarbeiter einer Kommune, inklusive der Besoldung kommunaler Beamten.

Umfangreiches Beratungsangebot

Darüber hinaus bieten die Consultants der DATEV - neben den Doppik-Umstellungsprojekten - Hilfestellung, wenn es darum geht, Strategien und Konzepte zur organisatorischen Weiterentwicklung und Effizienzsteigerung in der Verwaltung von Städten und Gemeinden auszuarbeiten. Zum Beratungsangebot gehören weiterhin

standardisierte wie auch individuelle Workshops und Schulungen zu kommunalen Themen.

Neue Geschäftsfelder

Für das laufende Geschäftsjahr rechnet DATEV-Vorstandsvorsitzender Kempf mit einem moderaten Umsatzwachstum von 1,3 Prozent. Neben einer weiteren Erschließung der Kernmärkte werde man vor allem die Entwicklung in den neuen Geschäftsfeldern vorantreiben sowie im internationalen Bereich die Lösungen für Wirtschaftsprüfer und zur Eigenorganisation stärker vermarkten, teilte Kempf mit. Das erste Halbjahr 2006 wurde mit einem Umsatz von 296,7 Mio. Euro (Vorjahr: 296,6 Mio.) abgeschlossen. Die Zahl der Beschäftigten stieg leicht auf 5.412 (Vorjahr: 5.370). DK

Microsoft macht sich Sorgen um die Sicherheit des Internets

Kann man der Mail von sich selbst noch trauen? 70 bis 90 Prozent aller Mails sind bereits heute SPAM, also unerwünschte Mails. Vor einigen Tagen bekam ich beispielsweise Mail von mir selbst - ein zweideutiges Angebot. Ich habe mir zurückgeschrieben, aber keine Antwort bekommen. Tausende dieser identischen Mail sind an andere Empfänger gegangen und haben sicher auch einen Image Schaden angerichtet.

Der Microsoft Fachmann Craig Spiezie und sein Team sind in der Zentrale von Microsoft intensiv dabei, die Sicherheit des Internets zu verbessern. In einem kürzlich gehaltenen Vortrag versprach er, dass von den 1,1 Milliarden Email-Anwendern weltweit und den 183 Millionen täglich verschickten Emails ein großer Teil durch neue intelligente Methoden erkannt und vernichtet werden wird. Natürlich nur, wenn es sich um unerwünschte Mail handelt.

Und das Team wird sich intensiv auf das Pishing konzentrie-

ren. 28.571 Pishing Mails wurden in Unternehmen allein in den USA erkannt. Der Schaden, der allein durch die Zeit, die für das eventuelle Lesen oder Vernichten entsteht, ist bereits unermesslich und wird weiter ansteigen.

Die Anwesenden glaubten dem Referenten, dass neue intelligente Methoden in Zusammenarbeit mit den betroffenen Menschen den Schaden verringern werden. Sie werden dann den Empfänger gar nicht erreichen. Aber sicher werden auch einige durchschlüpfen.

Klaus Jamin



Wer Geld fürs Alter auf die Seite legen will, sollte jede Unterstützung nutzen: zum Beispiel 366 Euro Riester-Förderung für eine 3-köpfige Familie - Jahr für Jahr! Wir helfen Ihnen, sich die maximale staatliche Förderung und alle Steuervorteile zu sichern. Mehr über unsere **PrämienRente** erfahren Sie in über 4.000 Agenturen und Sparkassen in Ihrer Nähe. Oder unter www.versicherungskammer-bayern.de

VER SICHER KAMMER UNGS
BAYERN

Wir versichern Bayern.

Finanzgruppe

Digitaler Bauantrag im Landkreis Lichtenfels:

Erfolgreich mit eigener Programmentwicklung

Bürger profitiert von enger Kooperation mit den Städten, Märkten und Gemeinden

Das Jahr 2006 brachte eine weitere wichtige Fortentwicklung in der EDV-Struktur des Landratsamtes Lichtenfels. Landrat Reinhard Leutner freut sich, dass seit 22. Mai 2006 alle kreisangehörigen Gemeinden in das elektronische Baugenehmigungsverfahren eingebunden sind. Bereits in einer Mitte 2005 stattgefundenen Bürgermeisterdienstbesprechung hatte der Landrat diese Verbesserung den Gemeinden angeboten. Die Voraussetzungen für diese kooperative Zusammenarbeit wurden mit einer eigenen Programmentwicklung des Landratsamtes Lichtenfels erreicht, die in einer Auftaktveranstaltung den verantwortlichen Mitarbeitern der Städte, Märkte und Gemeinden im Herbst 2005 detailliert vorgestellt wurde. Mit der zügigen Umsetzung ihres „Eigengewächses“ erreichten der Leiter des Bauamtes Lichtenfels, Karl-Heinz Grzeszyk und sein Stellvertreter, Otto Betz, dass zeit- und arbeitsintensive Mehrfacherfassungen der Bauantragsdaten zukünftig der Vergangenheit angehören. Ohne Fremdleistung und damit äußerst wirtschaftlich und kostengünstig entwickelten die engagierten Mitarbeiter diese echte E-Government-Lösung. Die Städte, Märkte und Gemeinden erhalten im Gegenzug einen Datenzugang, der aufwändige eigene Archivierungen unnötig macht. Die Zusammenarbeit zwischen dem Landratsamt und den Gemeinden wird mit diesem Projekt erneut auf das Beste dokumentiert. Bereits in der Installationsphase war die Zusammenarbeit insbesondere mit den Bausachbearbeitern und EDV-Administratoren hervorragend. Die Aufgeschlossenheit war unerlässlich für das Gelingen des Projektes. Landrat Reinhard Leutner freut sich, dass nun nochmals eine Beschleunigung im Bereich der Baugenehmigungsverfahren durch den konzentrierten Einsatz der Mitarbeiter des Landratsamtes und der Gemeinden erfolgen wird. Diese Entwicklung ist Teil des im Jahr 2005 eingeführten kommunalen Informationsnetzes (KommInfo), das damit einen weiteren wichtigen Schritt in die Zukunft gemacht hat.

„Kommunale Zusammenarbeit in kleinen, aber wichtigen Schritten“, so das Resümee des Lichtenfelser Landrats. □

Pilotprojekt im Landkreis Fürth:

Umstellung des Haushalts nach kaufmännischen Gesichtspunkten

Am Landratsamt Fürth ist ein bayerisches Pilotprojekt gestartet worden. Ziel ist es, in den nächsten drei Jahren den Haushalt der gesamten Kreisbehörde auf eine kaufmännische Buchführung umzustellen, wie sie auch in der freien Wirtschaft üblich ist. Hierdurch wird es sehr detailliert möglich werden, die Kosten für viele Einzelbereiche ermitteln zu können, die derzeit nur sehr schwer oder gar nicht herausrechenbar sind. Die Zusammenarbeit wurde von Landrätin Dr. Gabriele Pauli und T-Systems/ID Bremen, schriftlich vereinbart.

„Dieses Projekt wird unser gesamtes Rechnungswesen aber auch Sparbemühungen auf eine ganz neue Grundlage stellen. Nach der Umstellung des Systems werden wir wie ein Unternehmen in der Lage sein, die wirtschaftliche Effektivität unseres Amtes messen und vor allem verbessern zu können. Die alte Buchhaltung hat leider viele Grenzen, die nicht mehr zeitgemäß sind. Wir wissen teilweise tatsächlich nicht, zu welchen Kosten wir arbeiten“, erläutert Landrätin Dr. Gabriele Pauli.

Arbeitsgruppe

Eigens für das Projekt hat sich im Landratsamt eine Arbeitsgruppe formiert; der Büroleiter der Landrätin, Bernd Kuch, führt die Reformgruppe an. Gefordert sind aber alle Mitarbeiter des Hauses, die in vielen Einzelgesprächen auf die neue Erfassung der Haushaltsmittel vorbereitet werden. Sie erhalten damit ein neues Instrument, mit eigenen Budgets ihre Arbeitsschritte selbstständig zu steuern. „Damit ist mehr Entscheidungsspielraum für unsere Mitarbeiter geboten, aber auch mehr Verantwortung“, so die Landkreischefin.

Besonderheiten

Das Projekt weist vor allem zwei Besonderheiten auf: Zum einen werden dem Landkreis Fürth die notwendigen Software-Lizenzen sowie das Personal zur Programmeinführung, Anwenderschulung und -support kostenfrei zur Verfügung gestellt; gleichzeitig werden die gesamte Projektorganisation sowie die Kosten für die Anbindung bereits vorhandener Rechnungswesen-Programme an die neue Software übernommen.

Neue Software-Generation

Die Kooperation ermöglicht es, das bisher ausschließlich bei Kommunen in Norddeutschland eingesetzte Software-Produkt publicselect® an die spezifischen Gegebenheiten und gesetzlichen Anforderungen der bayerischen Kommunalverwaltung anzupassen. Somit werden im Landkreis Fürth die Weichen für eine neue Software-Generation gestellt.

Bis zum 01. Januar 2009 soll das Projekt im Landratsamt

ist“, stellt die Landrätin fest.

Andererseits fördern die Zahlen auch die Vergleichbarkeit gegenüber anderen Verwaltungen: Die Frage „Was kostet eine waffenrechtliche Genehmigung im Nachbarlandkreis?“ kann somit per Mausclick beantwortet werden.

Effizienzpotenziale

„Wir hoffen damit, noch vorhandene Effizienzpotenziale aufzuspüren, um mit den uns anvertrauten Steuergeldern noch verantwortungsvoller umgehen zu können“, lautet der Wunsch von Dr. Gabriele Pauli. Ebenso werde sich sehr bald zeigen, wie kostendeckend derzeit im Amt gearbeitet werde. Es ist darüber

Viele Kommunen beginnen bereits mit den Vorarbeiten zur Einführung des doppischen Haushalts- und Rechnungswesens. Unter Berücksichtigung Geografischer Informationssysteme (GIS), die bereits in vielen Kommunen eingesetzt werden, kann die Inventarisierung effizienter und transparenter erfolgen. Im kommunalen Umfeld gibt es bereits eine Reihe von GIS-Ausstattungen für Gemeinden, Städte und Landkreise, die – ergänzend zum bestehenden Produktportfolio – die erforderlichen Softwarekomponenten anbieten, um die Anforderungen für den Umstieg auf das doppische Haushalts- und Rechnungswesen im Bereich der GIS relevanten Daten zu erfüllen. □

Hans Held GmbH zur DMS EXPO 2006:

Lösungen für Behörden und Unternehmen

Stuttgart - „KommunalPLUS - Sitzung“ heißt das neue Sitzungsmanagement-Tool der Hans Held GmbH, mit dem sich Besprechungen samt Vor- und Nachbereitung auf das Größtmögliche komprimieren lassen.

Ob in Behörden oder Unternehmen: Endlose Meetings sind damit passé - wie dies funktioniert, erfahren die Besucher der DMS EXPO 2006 (19. bis 21. September, Koelnmesse GmbH) bei der Hans Held GmbH. Weitere Messthemata waren die Bearbeitung von Gewerbeakten und die Elektronische Archivierung.

Alle Arbeitsschritte rund um das Sitzungsmanagement werden von „KommunalPLUS - Sitzung“ abgebildet, vom seriellen Versand der Einladungen über das Erstellen von Sitzungsvorlagen bis zur schnellen Anpassung der Teilnehmer/innen-Listen. Mit KommunalPLUS - Gewerbe“ lassen sich Gewerbebeantragungen extrem schnell und einfach erfassen und intuitiv bearbeiten.

Marcus Hüttmann, Geschäftsführer der Hans Held GmbH: „Gewerbeanzeigen verlangen mehr als andere Verwaltungsvorgänge eine schnelle Bearbeitung. KommunalPLUS - Gewerbe erlaubt deren individuelle Bearbeitung statt standardisierter Routine. Dazu gehören Details wie beispielsweise die Verwaltung der Gesellschafter bei Personengesellschaften und vieles mehr.“ „KommunalPLUS - Sitzung“ und „KommunalPLUS - Gewerbe“ sind komplett in REGISAFE IQ integrierte Verfahren. Das Gesamtkonzept ermöglicht damit die intelligente Verwaltung und Archivierung sämtlicher Dokumente aus Fachverfahren in einem zentralen System.

Über den behördlichen Sektor hinaus zeigte die Hans Held GmbH in Köln, wie sich Arbeitsprozesse mit dem Informations- und Schriftgutmanagementsystem REGISAFE IQ rationalisieren lassen. Das aktuelle Release 2.2 von REGISAFE IQ verfügt über ein einzigartiges Siebenfach-Sicherheitskonzept, von der Benutzerzugriffs-

hinaus geplant, Budgetverantwortlichkeit auf die einzelnen Mitarbeiter in den Fachdienststellen zu übertragen, wodurch das Bewusstsein und die Motivation zu wirtschaftlicherem Verhalten gefördert werden sollen.

Erste Einsparung

Eine erste Einsparung hat sich bereits ergeben: Ursprünglich hatte der Landkreis beabsichtigt, den Haushalt durch eigenes Personal schrittweise auf die doppische Buchführung umzustellen. Hierbei wären Personalkosten in Höhe von zunächst 80.000 Euro in zwei Jahren angefallen. Diese Summe muss nun nicht ausgegeben werden, da mit Ausnahme der anfallenden Wartungskosten für die neue Software keine Rechnungen gestellt werden. „Ich hoffe auf eine erfolgreiche und sehr konstruktive Zusammenarbeit, die hoffentlich viele Früchte trägt“, betonte die Landrätin. □



Dr. Gabriele Pauli bei der Unterzeichnung der Vereinbarung. □

Datentransfer per Knopfdruck

Die Europäische Kommission hat den Startschuss für 23 neue Forschungsprojekte zu so genannten Grid-Technologien gegeben. Insgesamt stehen EU-Mittel in Höhe von 78 Millionen Euro bereit.

Mit Grid-Technologien werden Tausende von Computern und sonstigen Geräten dynamisch verknüpft, damit auf Knopfdruck Daten verarbeitet werden können, und dies noch flexibler und kostengünstiger als zuvor. Bereits seit Jahren finanziert die EU Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet und unterstützt dadurch die europäische Industrie, qualitativ hochwertige, konkurrenzfähige Waren und Dienstleistungen anzubieten.

EU-Kommissarin Viviane Reding, zuständig für Informationsgesellschaft und Medien, sagte: „Grid-Technologien ermöglichen es beispielsweise, konkurrierenden Herstellern mit gemeinsamen Zulieferern voll integrierte technische Umgebungen zu entwickeln, welche die kommerziellen Interessen sämtlicher Parteien schützen und ihre gemeinsame Wettbewerbsfähigkeit stärken.“

Grids bilden das Fundament für neue Dienstleistungen, mit

denen Einzelpersonen und Firmen befähigt werden, Kenntnisse zum Zweck der Entscheidungsfindung zu entwickeln, auszutauschen und zu verarbeiten, komplexe Geschäftstätigkeiten zu definieren und auszuführen und über Netze zu kooperieren, die sicherer sind als das heutige Internet. Diese Technologien kommen der Automobil-, der Luft- und Raumfahrt- und der Pharmaindustrie ebenso zugute wie dem Finanz- und Mediensektor.

Finanzierung

Finanziert werden die 23 neuen Forschungsprojekte zu den Grid-Technologien aus dem sechsten EU-Forschungsrahmenprogramm (2002-2006). Insgesamt hat die Europäische Kommission zwischen 2002 und 2006 rund 130 Millionen Euro in die Grid-Forschung und 250 Millionen Euro in die Grid-Nutzung investiert. □

E-Government in Deutschland:

Ruf und Wirklichkeit

„Österreich, Malta und Estland sind in dieser Reihenfolge die am weitesten entwickelten europäischen Länder in Sachen E-Government. Was die Umsetzung von Online-Projekten angeht, konnte Deutschland zwar um acht Prozent zulegen, ist aber im Ländervergleich erneut zurückgefallen und liegt jetzt auf dem 19. Rang.“

Die Werte von 74 Prozent Umsetzungsgrad und 47 Prozent vollständig online verfügbarer Dienste reichen nur für einen Platz im hinteren Mittelfeld (aus „Computer Woche“ Ausgabe 27/2006 über die Situation des E-Governments in Deutschland).

Die Beratungsgesellschaft Capgemini untersucht regelmäßig im Auftrag der EU die Qualität der Dienstleistung der Behörden. Dabei geht sie nicht von dem Angebot der Behörden aus, sondern von dem was der Kunde, also der Bürger, benötigt. Basis sind 20 verschiedene Dienstleistungen, die in den europäischen Ländern untersucht werden.

Tretan auf der Stelle

Dass Deutschland auf der Stelle tritt, kann allerdings auch damit zusammenhängen, dass andere Schwerpunkte als in anderen Ländern gelegt werden. Ein weiterer Grund mag sein, dass Deutschland in der Qualität und im Datenschutz-Bereich höhere Maßstäbe anlegt als andere Länder der EU. Demzufolge muss man diese Bewertung Deutschlands sehr analytisch angehen, was die Capgemini offensichtlich nicht gemacht hat.

Ein weiterer Aspekt ist, dass von einem Umsetzungsgrad gesprochen wird, der mit 75 Prozent angesetzt wird. Es wird also davon ausgegangen, dass 75 Pro-

zent aller behördlichen Tätigkeiten, die mit dem Bürger zusammenhängen online durchgeführt werden können. Da muss man sich natürlich fragen, ob nicht auch die Intelligenz der Bürger mit einzubeziehen ist, sich Informationen selbst zu beschaffen.

Es ist gerade in Deutschland keine Frage, dass die Organisation der meisten Behörden reibungslos funktioniert. Es könnte zwar durch ein Qualitätsmanagement eine Verbesserung der organisatorischen Abläufe von circa 10 bis 20 Prozent erreicht werden, es stellt sich jedoch die Frage, ob nicht die Kosten eines Qualitätsmanagements höher sind als die erreichten Vorteile. Hier ist selbstverständlicher eine Lösung möglich. Sie besteht darin, mit Hochschulen zusammen zu arbeiten und in Form von Diplomarbeiten und Praktikanten das Qualitätsmanagement so vorzubereiten, dass TÜV, Dekra oder Perrison sowie an Hochschulen angelehnte Zertifizierungsinstitutionen (www.qm-germany.de) die Anpassung an die Qualitätsnormen und das Audi übernehmen.

Und hier eine letzter Vorteil der neuen EU-Länder: Sie können ganz von vorn anfangen, auf neueste Software zugreifen und haben nicht das Problem mit Softwareentwicklungen, die beispielsweise noch mit Uralt-Sprachen wie Cobol entwickelt worden sind. **Klaus Jamin**

TruckStore
Used Trucks and Services by Mercedes-Benz

Wir kaufen Ihre gebrauchten Kommunalfahrzeuge - mit und ohne Stern.

- ✓ Müllsammelfahrzeuge
- ✓ Winterdienstfahrzeuge
- ✓ Kanalreinigungsfahrzeuge

Außerdem kaufen wir alle Transporter, Koffer, Pritschen, Kipper und SZM an.

Mit einer Fläche von über 30.000 qm, das entspricht etwa 5 Fußballfeldern, zählt TruckStore München zu einem der größten Gebrauchtfahrzeug-Anbieter in Bayern.

Über 400 gebrauchte Nutzfahrzeuge - überzeugen Sie sich selbst.



Mercedes-Benz

Mercedes-Benz TruckStore der DaimlerChrysler AG,
Otto-Hahn-Ring 20, 81739 München
Tel.: 0 89 / 12 06-33 39, Fax: 0 89 / 12 06-34 30
E-mail: truckstore.muenchen@mercedes-benz.de
www.truckstore.com/DE/muenchen

Der Chip macht es:

Rund 4000 biometrische Reisepässe ausgegeben

Würzburg - Man muss schon genau hinsehen, um den Chip zu entdecken, der aus einem normalen Reisepass einen biometrischen macht: Nur ein winziger schwarzer Fleck ist auf dem Stück Pappe zu sehen. Vor knapp einem Jahr, zum 1. November, wurde der Reisepass mit dem Chip bundesweit eingeführt. Auf dem Chip sind alle persönlichen Daten, wie auch die Passnummer und das Foto gespeichert, um eine Veränderung des Passes auszuschließen. Ab März soll auf dem Chip auch der Fingerabdruck des Passbesitzers gespeichert werden.

Vor der Einführung hatte das Würzburger Passamt noch eine Flut von Anträgen zu bewältigen. Denn viele Würzburger beantragten im Oktober noch den alten Reisepass ohne Chip. Aus Kostengründen, wie Günther Grimm, Leiter des Passamtes bei der Stadt Würzburg, vermutet. Denn der neue Pass kostet 59 Euro und ist damit mehr als doppelt so teuer, wie der alte Reisepass - unter anderem wegen der Kosten für den Chip. „Die Leute haben gemeint, sie müssten den Chip nicht unbedingt haben“, so Grimm.

Jetzt gibt es aber keine andere Möglichkeit mehr. Jeder, der einen Reisepass möchte, bekommt nun den neuen, biometrischen Pass. Rund 4.000 Stück hat die Stadt Würzburg seit seiner Einführung ausgegeben. Neu neben dem Chip ist an dem biometrischen Pass nur noch das Bild, das strengen Regeln unterliegt. „Ich frage immer zuerst, was für ein Foto die Leute haben. Wenn es dann heißt ein ganz schlimmes, dann ist es das richtige“, lacht Grimm. Denn auf den Bildern für den neuen Pass darf man nicht lachen oder lächeln, das Gesicht muss gerade zu sehen sein und die Augen müssen sich auf einer bestimmten Linie befinden, damit das Bild vom Lesegeräte erkannt werden kann. Doch nur selten kommt es vor, dass ein Foto zurückgewiesen werden muss, auch wenn sich die Mitarbeiter der Stadt Würzburg bei der Überprüfung der Fotos vor allem auf ihre Erfahrung verlassen.

Rund vier Wochen dauert es, bis ein beantragter Reisepass kommt. Wem das zu lange dauert, weil er dringend verreisen muss, der kann auch einen vorläufigen Pass bekommen. Doch der wird zumindest von den Vereinigten Staaten seit Mai nicht mehr anerkannt, während der Kinderpass ab Oktober bei der Einreise in die USA nicht mehr akzeptiert wird. Damit hat das Passamt der Stadt Würzburg keine Möglichkeit mehr, kurzfristig Pässe für die Fahrt in die Vereinigten Staaten auszustellen, so der Leiter des Passamtes. □

Informatikjahr 2006:

Landkreis engagiert sich für die Jugend

Landrat Thomas Karmasin und der Referent für IT und neue Medien im Kreistag, Ulrich Bode, griffen das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgerichtete Jahr der Informatik auf. Gemeinsam mit Günter Sigl und Barbara Magg von der Schulverwaltung bzw. Wirtschaftsförderung im Landratsamt Fürstfeldbruck sowie Susanne Lautenschlager (auch zuständig für den IT-Unterricht an den Realschulen in Bayern) von der Realschule Puchheim zeigten alle Beteiligten verschiedene Aspekte auf, wie die Informatik auch im Landkreis Fürstfeldbruck vertreten ist.

„Ich bin froh, dass eine große Zahl innovativer IT-Unternehmen im Landkreis Fürstfeldbruck ansässig ist und viele Fachleute hier in der Region arbeiten und leben“, so der Landrat anlässlich eines Pressegesprächs im Landratsamt. Erstmals habe der Kreistag 2002 auch einen eigenen Referenten, den 44-jährigen Dipl. Informatiker Ulrich Bode aus Alling gewählt, der übrigens auch jüngster Fellow der Gesellschaft für Informatik ist.

Bode wies in dem Gespräch auf zwei herausragende Wissenschaftler im Landkreis Fürst-

feldbruck hin: Prof. Dr. Friedrich Bauer aus Kottgeisering, ein „Informatiker der Gründerzeit“, der unter anderem die IT-Abteilung im Deutschen Museum konzipiert hat, und Prof. Dr. Ernst Mayr, Leibnizpreisträger 1997, der in Hoflach bei Alling aufgewachsen und auch heute noch dem Landkreis sehr verbunden ist.

Zukunftschancen für junge Menschen geschaffen

Karmasin betonte dass sich der Landkreis rechtzeitig im schulischen Bereich, insbeson-

75 Gebäude des Prodekanats Nürnberg-Nord wurden digital erfasst:

Verknüpfung von gemeindlichen und demographischen Kirchendaten

Gesamtkirchengemeinde Nürnberg nutzt Immobilienmanagement-System der N-ERGIE

Im Frühsommer präsentierten Stadtdekan Michael Bammessel, Dekan Detlev Bierbaum, beide von der Evang.-Luth. Gesamtkirchengemeinde Nürnberg (GKG) und Regionalbischof Dr. Stefan Ark Nitsche als Vertreter der Landeskirche Bayern sowie impleaPlus-Geschäftsführer Thomas Fösel das neuentwickelte Kirchliche-Immobilienmanagement-System der N-ERGIE (KIMS) zur digitalen Bestandsaufnahme und Verwaltung der kirchlichen Liegenschaften im Prodekanat Nürnberg-Nord. Dieses Kirchliche-Immobilienmanagement-Projekt hat bayernweit Modellcharakter.

Seit Ende 2005 wurden 75 Immobilien wie Kirchen, Gemeinde- und Pfarrhäuser, Kindergärten, Diakoniestationen, usw. in den Kirchengemeinden digital erfasst. Der gesamte Immobilienbestand der evangelischen Kirche in Nürnberg liegt bei rund 350 Gebäuden. Ein Novum bildet die Verknüpfung der Gebäudedaten mit den gemeindlichen Daten wie z. B. Veränderung der Mitgliederzahlen in den Pfarreien etc. Auch sozialräumliche und demographische Informationen fließen in den Datenbestand mit ein.

Maßnahmen frühzeitig erkennen

Ziel des Facility-Management-Projektes aus Sicht der GKG ist es, einen zentralen Überblick über den Immobilienbestand und -zustand zu erhalten, da die Gebäude immer älter werden und notwendige Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen anstehen. Dabei sind verlässliche und aussagekräftige Zahlen und Planungsdaten notwendig. Diese wurden von der N-ERGIE und ihrem Tochterunternehmen im-

pleaPlus bei der Ersterfassung der Gebäude erhoben. In mehreren Workshops entwickelten N-ERGIE und GKG ein Konzept, mit dem die GKG wie auch die Kirchengemeinden Faktoren für kostenreduzierende Maßnahmen erkennen können. Weiter erhalten sie durch das neue System eine detaillierte Übersicht aller Gebäudenebenkosten.

Strategische Nutzung

Das Tochterunternehmen der N-ERGIE, die impleaPlus GmbH, nahm im 1. Schritt sämtliche Daten der 75 Kirchengebäude auf. Das begann mit Lage- und Grundrissplänen - die eingeschannt oder neu erfasst wurden und Ansichten der einzelnen Gebäude, über eine Zustandsbeschreibung (Istzustand) bis hin zu gebäudlichen Maßnahmen. Instandsetzungs- und Modernisierungsvorschläge können für jedes Gebäude in kurz-, mittel- und langfristige unterteilt werden. Darüber hinaus lassen sich zusammen mit den kirchlichen Mitgliederdaten strategische Immobilienentscheidungen zielgenauer treffen.

Management per Internet

N-ERGIE bietet in dem Konzept eine internet-basierende Lösung an. Speicherhardware und -kapazitäten stellt der Nürnberger Energieversorger. Ein weiterer Vorteil bei der innovativen Lösung liegt darin, dass jede Kirchengemeinde für ihren Bereich jederzeit über das Internet einen Zugriff auf ihre Gebäudeübersicht

mit den gesamten Verbrauchsdaten und deren Nutzung hat.

Das System ist so aufgebaut, dass sich auf der ersten Ebene alle Gebäude der Kirchengemeinde auf einem Lageplan darstellen lassen. Auf der zweiten Ebene können die Grundstücke mit allen Gebäuden zusammen mit Außenansichten und auf der dritten Ebene die Grundrisse der einzelnen Immobilien angezeigt werden. In der vierten Ebene werden die Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen aufgerufen, die ebenfalls mit Fotos hinterlegt und dokumentiert sind. Gleichzeitig kann für diese Arbeiten sofort eine grobe Kos-



Bei der Präsentation (v. l.): Volker Schaffer (stellv. Geschäftsführer Gesamtkirchengemeinde Nürnberg), Dekan Detlev Bierbaum (Dekan und Projektleiter Prodekanat Nürnberg-Nord), Regionalbischof Dr. Stefan Ark Nitsche (Evang.-Luther. Kirche in Bayern-Kirchenkreis Nürnberg), Stadtdekan Michael Bammessel, Thomas Fösel (Geschäftsführer impleaPlus GmbH)
Foto: N-ERGIE

tenschätzung abgerufen werden, die den Entscheidungsträgern zur Verfügung steht.

Synergien in der Nutzung

Für das Prodekanat Nürnberg-Nord können so über Lagepläne Synergien in der Nutzung von Räumlichkeiten erkannt und gesteuert werden. Kostenvergleiche bei Investitionsmaßnahmen oder zur Verfügung stehende Gebäudeflächen, bezogen auf die Gemeindemitglieder jeder einzelnen Kirchengemeinde, lassen sich erstellen. Aber auch Übersichten über vergangene Instand-

haltungs- oder Renovierungsmaßnahmen bietet die N-ERGIE in ihrem Softwarepaket an.

Wertvolle Erfahrungen für die gesamte Landeskirche

Regionalbischof Dr. Stefan Ark Nitsche zu dem Projekt: „Das Modellprojekt, das wir für das Prodekanat Nürnberg-Nord präsentieren, lässt in der Frage des Immobilienmanagements wertvolle Erfahrungen für die gesamte Landeskirche erhoffen. So kann in Zukunft wirtschaftlich mit den Gebäuden umgegangen und Synergien genutzt werden. Für die gelungene Kooperation und Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten bedanke ich mich bei allen Beteiligten recht herzlich.“

„Es freut mich, dass wir ein Produkt präsentieren können, das den Immobilienbestand der Gesamtkirchengemeinde Nürnberg digital auswerten lässt. In-

vestitionen für Gebäude sind zukunftsorientiert und müssen sorgfältig analysiert und geplant werden.“ so impleaPlus-Geschäftsführer Thomas Fösel. N-ERGIE und die impleaPlus stellen dem Prodekanat Nürnberg-Nord im ganzheitlichen Facility-Management-Konzept mit integrierter Softwarelösung ihr fachliches Know-how in der Bewirtschaftung von Immobilien zur Verfügung. Das N-ERGIE Tochterunternehmen betreut über 18.500 Wohneinheiten und rund 200 Gewerbeobjekte mit einer Gesamtnutzfläche von über 1,1 Millionen Quadratmeter.“ □



Interessiert an der IT-Kompetenz im Landkreis Fürstfeldbruck (v. r.): Günter Sigl, Leiter der Schulverwaltung, Barbara Magg, Leiterin Wirtschaftsförderung, beide Landratsamt Fürstfeldbruck, Thomas Karmasin, Landrat, Susanne Lautenschlager, Lehrerin an der Realschule Puchheim und zuständig für den IT-Unterricht an den Realschulen in Bayern, Ulrich Bode, Kreisrat und Referent für IT und Neue Medien. □

dere in finanzieller Hinsicht, den Herausforderungen der Informationsgesellschaft gestellt hat: Mit der Informatikausbildung an der Berufsschule Fürstfeldbruck und der IT-Ausstattung an den sieben Gymnasien, vier Realschulen, den weiteren drei beruflichen Schulen und den zwei Förderzentren hat sich der Landkreis im Bildungsbereich gut positioniert und Zukunftschancen für unsere Kinder und Jugendlichen geschaffen.

Zum Informatikjahr findet im Landkreis eine kleine Veranstaltungsreihe statt:

1. Auftakt war im Gymnasium Olching zum Thema, wie Eltern ihre Kinder zum richtigen Umgang mit den neuen Medien anleiten und Gefahren abwehren können. Dazu hatte die Schulleitung in einem eigenen Elternabend den Experten Rainer Richard vom Münchner Polizeipräsidium, Bereich Internetkriminalität, eingeladen.

2. Vortrag zum Thema „Informatik als Beruf“, welche Chancen bietet die IT und was sind die Voraussetzungen, um in der Branche erfolgreich bestehen zu können, für alle interessierten Schülerinnen und Schüler. Referent war Ulrich Bode.

3. Beim Existenzgründerstammtisch und beim Unternehmer-Infotreff sollen vor allem die Vertreter der Wirtschaft angesprochen werden.

Tipps und Informationen zur Medienkompetenz gibt es auch vom Fachbereich Jugend und Familie im Landratsamt Fürstfeldbruck, der hierzu ein interessantes Faltblatt herausgegeben hat.

Weitere Informationen:

Im Internet unter www.lraffb.de sowie zum Informatikjahr unter www.informatikjahr.de und zur Gesellschaft für Informatik unter www.gi-ev.de. □

Bilanz der IT-Region Salzburg-Rosenheim-Kufstein:

Geld war richtig angelegt

Unabhängiges Institut bescheinigt IT-Region sparsamen Umgang mit Fördermitteln
Nur 70 % der öffentlichen Mittel ausgeschöpft und gute Ergebnisse

Zum Abschluss der Projektes IT-Region wollten die Verantwortlichen durch ein unabhängiges Institut vor allem eines beweisen: dass das Fördergeld in der IT-Region richtig angelegt wurde und das Projekt das gehalten hatte, was in den Anträgen versprochen wurde. „Grenzüberschreitende Förderung des Wirtschaftsraums Salzburg-Rosenheim-Kufstein unter besonderer Berücksichtigung von Informations- und Kommunikationstechnik“. Beauftragt mit der Auswertung des Projektes wurde die „ÖAR-Regionalberatung“ in Linz, Michael Weber präsentierte im Rahmen der Abschlussveranstaltung die Ergebnisse. Dabei wurde deutlich: Fast alle Ziele wurden erreicht.

Die Bekanntheit der IT-Region in der einschlägigen Branche wurde als „sehr hoch“ bewertet, außerdem habe die IT-Region Klein- und Mittelständische Unternehmen an neue Technologien herangeführt. Dadurch sei es auch gelungen, den Wirtschaftsraum zwischen Kufstein, Rosenheim und Salzburg zu stärken und damit Arbeitsplätze zu sichern.

„Nach Ansicht der Teilnehmer hat es allerdings nicht funktioniert, mehr Frauen für die IT-Branche zu gewinnen“, so Michael Weber von der Regionalberatung. Ein Ziel der IT-Region war es auch, die Wirtschaft grenzüberschreitend zu vernetzen. „Das ist in vielen Bereichen gelungen“, so Weber. Die zahlreichen Veranstaltungen

wie „Open space“, „IT-Leitertreffen“ oder „IT-Region vor Ort“, bei denen Firmen der IT-Region besucht wurden, wurden von den Umfrage-Teilnehmern generell gut angenommen und gut bewertet. Dem Wunsch vieler Gäste, bestimmte Veranstaltungen und Projekte wie „IT-Job-Börse“ oder „IT-KnowHow-Börse“ auch in Zukunft weiterzuführen stimmte Professor Roland Feindor, stellvertretender Projektleiter der IT-Region, voll zu.

Sparsamer Umgang mit Fördermitteln

Vor allem im Bildungsbereich wurde das vorhandene Potential an IT-Wissen noch vertieft und soll durch Kooperationen und re-

gelmäßigen Erfahrungsaustausch der Schulen weiter ausgebaut werden. Als Erfolgsgeschichte ging zum Beispiel der Dozenten-austausch zwischen den Fachhochschulen in Rosenheim und Kufstein hervor.

Bemerkenswert fanden es die Regionalforscher auch, dass das Budget der IT-Region wesentlich unterschritten wurde. Mit dem ursprünglichen Budget von rund 1,1 Millionen Euro wurde das Projekt nicht nur von drei auf vier Jahre verlängert, sondern dennoch nur 70 % der vorhandenen Mittel ausgegeben. Weber: „Das zeigt, dass die Akteure sehr sparsam und ergebnisorientiert mit den Fördermitteln umgegangen sind.“

Auch die Verlängerung der Projektlaufzeit auf vier Jahre beurteilte die Evaluierung positiv. In der Organisation der IT-Region beurteilten die Regionalforscher Umstrukturierungen auf Salzburger Seite als problematisch. Neben dem Ausscheiden des ursprünglichen Projektleiters wurde auch eine Organisation aufgelöst, die sich auf Salzburger Seite um die Arbeitsgruppe Vernetzung kümmerte. □

Franz Schwarz zum 6 Mrd.-Euro-Paket:

Signal für starke Kommunen

Finanz-Staatssekretär Franz Meyer bei der Kommunalpolitischen Vereinigung

Aldersbach. Als Erfolg für die Kommunalpolitische Vereinigung Bayern bezeichnet deren Bezirksvorsitzender, 1. Bürgermeister der Gemeinde Aldersbach Franz Schwarz, die Einigung der kommunalen Spitzenverbände mit der Bayer. Staatsregierung zum kommunalen Finanzausgleich 2007.

Bei dem Gespräch mit Finanz-Staatssekretär Franz Meyer zeigte sich Franz Schwarz mit diesem Ergebnis zufrieden, weil insbesondere die finanzschwächeren Gemeinden gestärkt werden. Vor allem setze der kommunale Finanzausgleich 2007 auf eine weitere Stärkung der Investitionen. „Gerade die Gemeinden im ländlichen Raum“, so Franz Schwarz, „brauchen die verstärkte Unterstützung von Staatsregierung und Landtag, um die schwierigen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft meistern zu können.“

Entscheidende Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg

„Der 6 Mrd.-Euro-Pakt ist ein klares gemeinsames Signal für starke Kommunen in einem starken Bayern“, so Schwarz. „Dies ist eine entscheidende Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Zusammenhalt im Lande“, so der Sprecher der niederbayerischen CSU-Kommunalpolitiker.

Finanz-Staatssekretär Franz

Meyer erwähnte die enge Kooperation auch mit der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in Niederbayern und auf Landesebene. Meyer der neben Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltthaus und Innenminister Dr. Günther Beckstein an dem Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden teilnahm sagte, dass erstmals die 6 Mrd.-Euro-Grenze beim kommunalen Finanzausgleich im Jahre 2007 durchbrochen wurde.

Schwächere unterstützen

„Die reinen Landesleistungen des kommunalen Finanzausgleichs 2007 sollen um 6,2 Prozent gegenüber 2006 ansteigen“, sagte Meyer. Das Wachstum des kommunalen Finanzausgleichs liegt damit um mehr als 4 Prozentpunkte über dem angestrebten Wachstum des Staatshaushalts. „Ziel war es“, so Franz Meyer, „verstärkt die finanzschwächeren Kommunen zu unterstützen. So werde eine Aufstockung der Bedarfszuweisungen um 5,2 Mio. auf 20 Mio. Euro erfolgen.“

Eine weitere Stärkung erfährt die Zuwendung von Investitionsfördermitteln. Nach den Worten des Staatssekretärs sollen diese gegenüber dem Vorjahr um rund 102 Mio. Euro steigen. Damit stehen insgesamt für die Kommunen 1, 5 Mrd. Euro für Investitionen zur Verfügung.

Mehr für den Hochbau

Eine Stärkung sollen die kommunalen Hochbaumaßnahmen erfahren. „Der Ansatz soll“, so Franz Meyer, um 25 Mio. Euro auf 159 Mio. Euro erhöht werden.“ Dies berücksichtigt auch den vermehrten Bedarf bei Investitionen im Schulbereich. Die Investitionspauschale, also die frei einsetzbaren Mittel der Kommunen, sollen ebenfalls um 20 Mio. auf 155 Mio. angehoben werden. Damit ist gerade auch für kleinere Gemeinden eine weitere Erhöhung der Mindestinvestitionspauschale auf 20.000 Euro verbunden. Auf Nachfrage von Franz Schwarz kündigte Franz Meyer an, dass es eine Stärkung der Finanzmittel für den Straßenbau- und unterhalt im kommunalen Bereich geben werde. Geplant sei eine Erhöhung um 33 Mio. Euro auf 216 Mio. Euro.

Soli-Übernahme

Auch der Haushaltsansatz für die Schülerbeförderung solle um rund 10 Mio. Euro angehoben werden und auf hohem Niveau wird auch der Haushaltsansatz für die Abwasserentsorgung fortgeführt, kündigte Meyer an. Die Bayerische Staatsregierung hält Wort und wird die Solidarumlage netto, welche die Kommunen zu leisten haben, schrittweise übernehmen. „Im Jahr 2006 sind dies“, so Meyer, „20 %, im Jahre 2007 50 % und im Jahr 2008 100 %. So werden z. B. die Gemeinde Aldersbach, wie auch die über

2.000 weiteren Gemeinden in Bayern, 2008 keinen Bescheid mehr zur Zahlung der Solidarumlage netto bekommen.

Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs

In der Diskussion wurde vor allem der Sozialhilfeausgleich für die Bezirke angesprochen. „Man wolle“, so Franz Meyer, durch eine Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs um 25 Mio. Euro

auf 565 Mio. Euro bei allen Bezirken erreichen, dass eine Umlagesatzerhöhung vermieden werde, denn dies würde sich wieder auf die Höhe der Kreisumlage auswirken.

Das Kabinettsmitglied geht davon aus, dass die Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden über den kommunalen Finanzausgleich 2007 auch die Zustimmung des Bayer. Landtags im Rahmen der Haushaltsberatungen bekommt. □

Förderschulen im Landkreis Bamberg

Ein Schlaglicht auf die örtliche Förderschullandschaft warf die Mitgliederversammlung des Vereines „Hilfe für Schüler an Förderschulen im Landkreis Bamberg e. V.“. Herausragende Themen waren dabei die Bildung von sonderpädagogischen Förderzentren, die Neugliederung der Einzugsbereiche der beiden Förderschulen in Scheßlitz und Stappenbach und ein Pilotprojekt zur Ganztagsbetreuung.

Der Verein ist Träger der Giechburgschule in Scheßlitz und der Don-Bosco-Schule in Stappenbach. Bislang deckten die privaten Förderschulen nur den Förderschwerpunkt „Lernen“ ab. Künftig sind nach Mitteilung der Regierung von Oberfranken die Schulen sonderpädagogische Förderzentren für die Schwerpunkte „Sprache und Lernen“. Die Ausweitung der Förderschwerpunkte führt zu wesentlichen Verbesserungen, weil nun für jeden Schwerpunkt besonders geschulte Fachkräfte an den Schulen zur Verfügung stehen. Der Unterricht, die Diagnostik sowie die Vermittlung von Qualifikationen und Werten kann damit noch passgenauer auf die Bedürfnisse der einzelnen Schüler abgestellt werden.

Ganztagsbetreuung

Zunächst gilt die Aufwertung der Schulen für das Schuljahr 2006/2007. Ein dauerhafter Betrieb ist zugesichert. Gleichzeitig erhielt der Trägerverein den Auftrag, die vorschulische Förderung durch schulvorbereitende Einrichtungen zu organisieren. Ein ebenso wichtiges Thema

in der Mitgliederversammlung war die Neuordnung der Einzugsbereiche für beide Förderschulen.

Die Mitgliederversammlung stimmte zudem einem Pilotprojekt zur Ganztagsbetreuung an der Giechburgschule zu: An vier Wochentagen können am Nachmittag Schüler durch qualifiziertes Personal betreut werden. Damit bietet die Schule eine bedarfsgerechte Betreuung und differenzierte Freizeitbeschäftigungen an (Musik, Kunst, Sport und Spiel), die die Schüler zusätzlich fördern. Die Staatsregierung stellt für solche Projekte Mittel zur Verfügung; ein nicht unerheblicher Kostenanteil verbleibt jedoch beim Schulträger. Die Eltern beteiligen sich ebenfalls an den Kosten. Im Vorfeld haben sich ca. 30 Eltern für eine solche Betreuungsmöglichkeit interessiert. Die Erfahrungen in diesem Schuljahr werden zeigen, ob die Ganztagsbetreuung zu einer Dauereinrichtung werden kann.

Bemerkenswerte Schriftenreihe:

„Heimatkundliche Streifzüge“ durch den Landkreis Roth

Einmal im Jahr erscheint die Schriftenreihe „Heimatkundliche Streifzüge“ des Landkreises Roth. Das mittlerweile 24. Heft beinhaltet erneut mehrere heimatkundliche Artikel aus verschiedenen Bereichen des Landkreises.

Nach den Worten von Landrat Herbert Eckstein ist es ein schöner Brauch, dass sich jeweils zum Erscheinungstermin eines neuen Heftes der Heimatkundlichen Streifzüge die Geschichtsinteressierten und Heimatforscher des Landkreises treffen, um gemeinsam das neueste Bändchen in Empfang zu nehmen. Man spüre dabei, „dass die Teilnehmer auf der gleichen Wellenlänge liegen“.

Vielfältiges Spektrum

Dieses Mal fand die Vorstellung nach 19 Jahren wieder in Rednitzhembach statt. So behandelt der Titelaufsatz auch ein Ortsthema: Ein Ablassbrief aus dem Jahr 1479 für die Kirche von Rednitzhembach. Martin Schieber ist der Verfasser. 60 Jahre liegt das Ende des Zweiten Weltkriegs jetzt zurück. So ist es verständlich, dass sich gleich zwei Aufsätze mit diesem Thema befassen: Herbert Lang erinnert sich an seine Schuljahre in Rittersbach von 1943 bis 1947, die er dort verbrachte, weil die Nürnberger Familie bei den Verwandten auf dem Land Zuflucht vor dem Bombenhagel in der Großstadt suchte. An anderer Stelle im Heft berichtet der inzwischen verstorbene Eugen E. Börschlein von den letzten Kriegstagen in Röttenbach an der Reichsstraße 2, als die Alli-

ierten aus der Luft angriffen.

Beim Lesen des Aufsatzes von Gilbert Krapf „Goldrausch im Landkreis Roth“ ist man überrascht, wie viel Metallhämmer und Bronzefarbenfabriken es hier gab. Im „Heidecker Block“ schreibt Eva Schultheiß wiederum über das archäologische Ergraben des Ritters Friedrich II. von Heideck. Oliver Lindauer und Holger Wilcke befassen sich im wahrsten Sinne des Wortes mit einem brandaktuellen Thema: Nach einem Hausbrand in der Heidecker Altstadt ergaben sich vollkommen neue bauhistorische Erkenntnisse.

Manfred Klier schreibt über die Vereinsfahne des Burschenvereins Heideck, der vor gut 80 Jahren gegründet wurde.

Altbürgermeister Anton Forster befasst sich in zwei Aufsätzen mit dem Hopfenstrahlen und dem 125-jährigen Bestehen des Spalter Kindergartens. Der Heimatforscher Fritz Weglöhner und seine Nichte Eva haben im dörflichen Archiv von Reichersdorf eine Bettelordnung aus dem Jahr 1758 gefunden und stellen diese vor. Robert Unterburger setzt seine Reihe mit Landkreis-Daten der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts fort. Eva Schultheiß berichtet über den diesjährigen Ausflug der Heimatkundler nach Aalen und Ruffenhofen. Buchbesprechungen runden das überaus lesenswerte Heft ab. DK



Verserl-Paule bietet Gemeinden kostenlos Wappen-Gedichte an

Von möglichst vielen Gemeinden und Städten möchte der „Verserl-Paule“, wie sich Paul Thaller als Dichter nennt, das Ortswappen in Gedichtform beschreiben. Seine Leistung ist kostenlos und wird erst nach Erlaubnis auf seiner Website veröffentlicht. Die ersten Kommunen haben den Service des Verwaltungsfachwirts der Gemeinde Baar-Ebenhausen bereits in Anspruch genommen. Neben seinem Beruf schreibt er gern Gedichte und Texte für alle Anlässe. „Mir macht es riesig Spaß, mich auf diese Weise mit der Geschichte auseinanderzusetzen“, so Thaller. Weitere Informationen unter www.verserl-paule.de - Rubrik Gemeindepapier. □

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherriele (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlufstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführer:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Inmitten seiner beiden Stellvertreter Gerhard Glogger (links) und Hans Klement (rechts) der seit zwanzig Jahren amtierende KPV-Kreisvorsitzende, Kreisrat Hans Joas aus Gundremmingen. □

KPV im Landkreis Günzburg:

Kontinuität auf der ganzen Linie

In 30 Jahren „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV) im Landkreis Günzburg nur zwei Vorsitzende: Zehn Jahre stand der frühere Bürgermeister von Ichenhausen, Walfred Kuhn, an der Spitze, seit zwanzig Jahren führt der Gundremminger Kreisrat Hans Joas die Vereinigung der ehemaligen und amtierenden Kommunalpolitiker der CSU im Landkreis Günzburg. Drei Jahrzehnte stetes Einmischen in aktuelle Belange sind jetzt Anlass, den ebenso nicht immer bequemen Staatsminister a.D. Dr. Bruno Merk zu einer Betrachtung „Kommunale Selbstverwaltung - Keimzelle und Nährboden demokratischen Denkens und Handelns“ einzuladen.

In Bayern gibt es die Kommunalpolitische Vereinigung schon fast sechs Jahrzehnte. Am 15.09.1948 forderte der Münchner OB Dr. Karl Scharnagl. „alle auf der Liste der Union oder nach deren Vorschlag gewählten Mitglieder der Gemeindeverwaltungen, Stadträte, Kreistage, die Bürgermeister und Landräte, sowie alle leitenden Beamten“ auf, sich in Bayern zu einer Kommunalpolitischen Vereinigung auf breiter Grundlage zusammen zu schließen. Am 14.10.1948 hat dann eine kleine Gruppe aktiver Kommunalpolitiker am Rande einer Hauptausschusssitzung des Bayerischen Städteverbundes in Garmisch-Partenkirchen die KPV der CSU in Bayern gegründet.

Waigel und Sauter als Gründerväter

Auf Anregung der damaligen Kreisvorsitzenden Dr. Theo Waigel (CSU) und Alfred Sauter (JU) traf sich am 22. September 1976 im Gasthaus „Adler“ in Ichenhausen eine Schar Gleichgesinnter um die „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV) im

Landkreis Günzburg zu gründen. Zum ersten Vorsitzenden wurde 1. Bürgermeister Walfred Kuhn aus Ichenhausen gewählt. Gleichberechtigte Stellvertreter wurden die Bürgermeister Manfred Grosche aus dem Kammel und Helmut Schöllhorn aus Bühl. Seit 1976 und ununterbrochen bis heute noch Mitglied in dieser über 280 Mitglieder zählenden Arbeitsgemeinschaft sind Dr. Theo Waigel, Alfred Sauter, Dr. Georg Simnacher, Karl Kling, Walfred Kuhn, Martin Fischer und Hans Joas.

Kontinuität war auch bei den jeweils zwei gleichberechtigten Stellvertretern angesagt: Hubert Hafner (1986 - 1997), Peter Völk (1986 - 1991), Willy Rothermel (1991 - 1999), Hans Klement (1997 - weiterhin) und Gerhard Glogger (1999 - weiterhin). Auf Bezirksebene waren bzw. sind der Kreisvorsitzende Hans Joas (seit 1988), Peter Ploekl (1988 - 2002), Hubert Hafner (1988 - 1999) und Hans Klement (seit 2003) vertreten. Der Gundremminger Kreisrat Joas ist dazu seit 1988 im Hauptausschuss bzw. im Landesvorstand der KPV.

Standort Füssen:

Bemerkenswerte Perspektiven

Attraktiv für Urlauber und Unternehmen
Bürgermeister Christian Gangl im GZ-Gespräch

Der Allgäuer Königswinkel hat weit mehr zu bieten als die weltbekanntesten Königsschlösser Neuschwanstein und Hohenschwangau. Lediglich vier Kilometer entfernt liegt die mehr als 700-jährige Grenzstadt Füssen am Ufer des Lechs, eingrahmt von einer idyllischen Seenlandschaft. Doch ist es nicht nur die traumhafte Umgebung, die Füssen so attraktiv macht: Gelegen an wichtigen Verkehrswegen, hat die mit einer großen Geschichte aufzuwartende Kommune mit Bürgermeister Christian Gangl an der Spitze auch jede Menge touristischer Attraktionen zu bieten.

Wie von Künstlerhand erschaffen, erheben sich das Hohe Schloss und die barocke Klosteranlage St. Mang aus dem satten Grün der umgebenden Natur. Das Hohe Schloss ist eine der größten und besterhaltenen spätgotischen Burganlagen Schwabens. Sie beherbergt eine Filialgalerie der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen. In den vergangenen Jahren wurden

„Archiv für Lautenmusik im deutschsprachigen Raum“ in den Räumlichkeiten des Museums eröffnet.

Musical Ludwig²

Das neueste Veranstaltungshighlight hat indes im März vergangenen Jahres im Festspielhaus Neuschwanstein am Füssener Forggenseeufer glanzvoll

atives wie hochqualifiziertes Gesundheits- und Wohlfühlprogramm. Die Stadt Füssen selbst ist anerkannter Kneippkurort. Die Riege der sieben sog. Premium-Kneipp-Kurorte in Bayern soll um vier erweitert werden. Hierzu wird auch Füssen zählen.

Aktivurlaub

Dass die einzigartige Naturlandschaft nahezu unbegrenzte Möglichkeiten für einen unvergesslichen Aktivurlaub bietet, versteht sich von selbst: 200 Kilometer Wanderwege allein im Ortsgebiet Füssen, ein weitläufiges Radwegenetz, Inline-Skating, Drachenfliegen, Paragliding, Segelfliegen, Ballonfahren, Tennis, Reiten, Golf, Segeln, Surfen, Angeln, Schiffsrundfahrten auf dem Forggensee und mehr als zehn Badeseen - die Vielseitigkeit des Freizeitangebotes lässt kaum Wünsche offen.

BIKE Transalp Challenge

Erstmals war Füssen in diesem Sommer auch Startort für das härteste Mountainbike-Rennen der Welt: Am 15. Juli starteten 1.100 Mountainbiker zum 9. BIKE Transalp Challenge 2006. Über Etappenorte wie Imst in Tirol, Scuol (Engadin), Livigno (Lombardei), Naturns (Südtirol) und Madonna di Campiglio (Trentino) ging es nach Limone sul Garda, das eine Woche später erreicht wurde.

Wintersaison birgt Potenziale

Knapp eine Million Übernachtungen pro Jahr sprechen für die Stadt am Lech. Kann Füssen im Sommer bei den Auslastungszahlen und Übernachtungen knapp mit Oberallgäuer Spitzenorten mithalten (allgäuweit bewegt man sich zwischen Platz 4 und 5), so ist es vor allem die Wintersaison, die noch Potenziale bereithält. Immerhin bietet die zur Saison 2005/2006 neu eröffnete Wintersportarena am Tegelberg mit einer umfangreichen Beschneigungsanlage und der Möglichkeit des Nachtskifahrens eine durchaus interessante Option für Familien mit Kindern. Besondere Aufmerksamkeit soll künftig dem Thema Winterwandern geschenkt werden; auch könnte die Füssener Bergwelt als Ausgangspunkt für Skisafaris dienen.

Elektronische Gästekarte in Planung

Im Aufbau befindet sich derzeit ein elektronisches Buchungs- und Reservierungssystem via Internet. Intensiv wird auch daran gearbeitet, eine elektronische Gästekarte - etwa nach Vorbild der Allgäu-Walser-Card - auf den Weg zu bringen. Die alte Kurkarte könnte somit inhaltlich wie optisch aufgewertet werden. Leistungen wie ÖPNV, Bergbahn oder Kristalltherme in Schwangau wären zuzubuchen.

Touristisches Leitbild

Aufgewertet werden soll auch das touristische Leitbild Füssens. Neben der Erstellung einer neuen Stadtbroschüre soll eine Imageanalyse in Form einer Gästebefragung durchgeführt werden. Auch wurde der Sektor Tourismus in die neue Rechtsform eines Kommunalunternehmens überführt. Über allem

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Da tobt der ewige Zweikampf zwischen Obrigkeitstaat und Selbstverantwortung, zwischen dem ergebenen Warten auf eine fürsorgliche Anordnung und dem Zutrauen in die Entscheidungsfähigkeit des Einzelnen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, der sicherlich in stillen Stunden glaubt, an ihm wäre ein Kabarettist verloren gegangen, spottete über einen seit Tagen tobenden Streit im Rathaus.

Nein, nein, wir machen heute keine Zeitreise in die 70er Jahre à la „Freiheit oder Sozialismus“. Auch ist unser Rathaus nicht der einzige Platz der Republik, an dem die Diskussionen um die neuen Grundsatzprogramme der großen Parteien mit mitreißender Emotionalität geführt werden. Im Gegenteil geht es um ein kleines Problem des Alltags, das die Parteien, Fraktionen und nicht zu-

die Menschen bei der Einfahrt in den Kreisel agieren. Die Forschen, die Lücken auszunutzen wissen, die Vorsichtigen, die auf einen gehörigen Abstand achten und die Nervenbündel, die sich wahrscheinlich wünschten, man sperrte die Straße, damit sie einfädeln können. Ebenso steht's im Kreisel zwischen den Korrekten, die den Kreis rechter Hand ausfahren, den Schud-

mis, die ihn schneiden und den Kamikaze, die ihre Mitmenschen durch hartnäckiges Blink-Verweigern über ihre Absichten im Unklaren lassen. Für viele Traditionalisten ist so ein Kreisverkehr der Inbegriff des Chaos und des Triumphs des Rechts des Stärkeren. Sie setzen auf rote Ampeln, an denen man steht, egal ob sich in der Rush-hour die Autos drängeln oder mitten in der Nacht kein Mensch unterwegs ist. Sie wollen sich nicht mit anderen arrangieren müssen, sondern auf die Befehle eines Verkehrsbeeinflussungscomputers warten.

Die Faszination, die für viele Leute von der ordnenden Kraft einer Ampel ausgeht, ist für mich ein Phänomen. Auf jeder Bürgerversammlung fordern mündige Bürger, die sich ansonsten strikt gegen staatliche Eingriffe in ihre Handlungsfreiheit wehren, eine oder zwei Ampeln an den unmöglichsten Stellen, bloß weil ab und an Schulkinder oder ältere Leute genau da und nicht am 20 Meter entfernten Zebrastreifen die Straße überqueren. Der Glaube an die segensreiche Macht der ordnenden Hand der Obrigkeit ist in diesem Punkt noch rührend intakt.

Mein Chef, der Bürgermeister, wartet den Verlauf der Diskussion noch etwas ab, denn es ist ja nie schlecht, wenn man die gleiche Meinung wie die Mehrheit hat. Fakt ist, dass der Kreisel auch mehr Disziplin von den Verkehrsteilnehmern verlangt als die Ampelkreuzung. Deshalb lege ich ihm schon mal das heutige Kalenderblatt mit einem Satz von Ernst Jünger auf den Tisch: „Unter den Masken der Freiheit ist die Disziplin die undurchdringlichste“.

the
Sabrina

Kreisel oder Ampel?

letzt die Bürgerschaft spaltet: Kreisel oder Ampel?

Wir haben ein Neubaugebiet ausgewiesen, das jetzt halt an das bestehende Straßennetz angebunden werden muss. An einer Stelle haben die Verkehrsplaner zur Verflüssigung einen Kreisel statt einer traditionellen Kreuzung vorgeschlagen, die eine komplizierte Ampelschaltung voraussetzen würde. Daran erzündet sich der Streit. Während die einen von der Aussicht begeistert sind, sich nicht dauernd von einem Blechkamraden anschaffen lassen zu müssen, fürchten die anderen um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer, wenn „Stop“ und „go“ nicht ausdrücklich normiert sind.

Tatsächlich ist es ja noch nicht so lange her, da waren Verkehrskreisel bei uns eher eine Seltenheit. Man kannte sie aus dem Urlaub, aus Frankreich und Italien. Entsprechend gelten sie vielen immer noch aus Ausdrück südlicher Anarchie, obwohl es natürlich auch im Kreisel klare Regeln gibt. Vor allem gilt für Einfahrende: Vorfahrt gewähren. Dennoch ist es manchmal köstlich zu beobachten, wie unterschiedlich

„thront“ seit Mai ein neuer Tourismuschef, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, insbesondere die Emotionen der Touristen anzusprechen. In Verbindung damit wird es einen neuen Füssen-Slogan geben.

Internet-Telefonzelle

Witzig ist die Idee einer Füssener Werbefirma, die in der Fußgängerzone im Dezember vergangenen Jahres eine Internet-Telefonzelle errichtete. Einheimische wie auch Gäste können kostenlos über das Internet ins deutsche Festnetz telefonieren. Dieses perfekte Marketinginstrument für Gemeinden, Kommunen und Unternehmen wird verständlicherweise sehr gut angenommen.

Mit einem Jahresumsatz von ca. 130 Mio. Euro (Tages- und Übernachtungsgäste berücksichtigt) ist der Tourismus einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in der Stadt. Jeder dritte Arbeitsplatz ist mindestens indirekt vom Fremdenverkehr abhängig.

Fokus auf A 7

Auch in punkto wirtschaftlicher Entwicklung tut sich Rathauschef Gangl zufolge einiges: So ist in der Innenstadt der Neubau eines Einkaufszentrums zwischen 3000 und 3500 m² mit u. a. Bekleidungs- und Drogeriemarkt und Lebensmittelgeschäft geplant.

Verschont blieb die Garnisonsstadt von einer Standortschließung und beherbergt derzeit 1300 Soldaten und zivile Angestellte in der am Stadtrand gelegenen Allgäu-Kaserne. Mittelfristig soll die Zahl der Soldaten sogar auf 1700 steigen. Das gibt der konstant seit Jahren bei 14.300 liegenden Einwohn-

nerzahl einen kleinen Schub.

Außerhalb der Stadt Füssen richten sich die Blicke auf die A 7, die die Urlauber in den Süden bringt. Noch fehlt ein Stück zwischen Seeg und dem Grenztunnel. 2008 sollen die über 1000 Kilometer von Flensburg nach Füssen geschlossen sein. Füssen steht an der Spitze von zehn Anliegergemeinden, die im vergangenen Jahr einen Zweckverband Allgäuer Land gründeten, der sich nunmehr die Autobahn wirtschaftlich zu Nutze machen will.

Rastanlage und Gewerbegebiet

Im Moment werden zwei Projekte verfolgt: Zum einen ist eine Rastanlage, kombiniert mit einem Erlebnisdorf in Nesselwang geplant; zum anderen ein an einem Verkehrsknotenpunkt - direkt vor der Abfahrt Füssen - befindliches interkommunales Gewerbegebiet. Hiervon verspricht sich die Stadt, die mit dem Bund bereits über das Grundstück verhandelt, einen deutlichen Standortvorteil. Für die kleine, aber feine und weltweit operierende Metall-Industrie und anderes Gewerbe wären mittelständische Unternehmen eine ideale Ergänzung. Zahlreiche weiche Standortfaktoren wie hervorragende Kinderbetreuungsmöglichkeiten tun ein Übriges, damit Füssen für Unternehmen attraktiv ist.

Umgestaltung des Bahnhofbereichs

Interessanter soll indes der Bahnhofbereich werden: Ein potenzieller Betreiber ist bereits gefunden. Ihm schweben eine Mobilagentur mit Kartenverkauf, ein Mietwagen- und Fahrradangebot, eine Taxizen-

trale, Shop und Bistro vor.

Beste Aussichten

Gute Straßen- und Bahnverbindungen sowie die Aussicht, mit dem ehemaligen Militärflughafen Memmingerberg einen Regional-Airport gleichsam vor die Haustüre zu bekommen, bieten beste Perspektiven für die Wirtschaftskraft und den Arbeitsmarkt der Region. Das Konzept des Flugplatzbetreibers sieht Investitionen von knapp 20 Millionen Euro in den ersten zehn Betriebsjahren vor. Der Freistaat soll sich daran nach Wunsch der Betreiber mit rund 7,3 Millionen Euro bis 2015 beteiligen. **DK**

BM-Wahlen in Bayern

In Aurach im Landkreis Ansbach hat die CSU das Bürgermeisteramt verteidigt. Der 51-jährige Diplomverwaltungswirt Manfred Merz setzte sich mit 57,6 Prozent der Stimmen gegen die parteilose Bewerberin Carola Wallerer durch. Die Beteiligung lag bei 76,2 Prozent. In Rieneck/Main-Spessart muss die einzige Kandidatin, Edith Reuter vom Bürgerforum, in die Stichwahl, da sie nur 48 Prozent erhalten hatte.

Auch im niederbayerischen Regen kommt Amtsinhaber Walter Fritz von der CSU mit 41,4 Prozent gegen FW-Kandidatin Ilse Oswald (34,4 Prozent) nicht um eine Stichwahl herum. Die Wahlbeteiligung lag bei 57,6 Prozent. **DK**



Füssen hat weit mehr zu bieten als die traumhafte Umgebung.

auch eine Jugendbibliothek und ein Kulturcafé eingerichtet, um das Kloster als Kulturzentrum noch deutlicher mit Leben zu füllen.

Konzerte und Festivals

International renommierte Künstler kann man in Füssen bei den jährlich von Juni bis September stattfindenden Fürstensaalkonzerten im Kloster St. Mang, beim Saiteninstrumentenfestival vielseitig und bei Orgelkonzerten in der Basilika St. Mang erleben. Bereits zum zweiten Mal nach 2005 fand im Mai das 10. Internationale Lautenfestival der Deutschen Lautengesellschaft e.V. (DLG) statt. Zu diesem Anlass wurde das von der DLG neu eingerichtete

Premiere gefeiert: Das Musical Ludwig², für dessen Musik unter anderem Konstantin Wecker verantwortlich zeichnet, bringt das Leben des tragischen bayerischen „Märchenkönigs“ Ludwig II. in seiner Zerrissenheit zwischen Idealen und politischer Realität auf die Bühne. Künftig soll, so Stadtoberhaupt Gangl, das Programm des Festspielhauses noch abwechslungsreicher gestaltet, sprich erweitert werden.

Wohlfühlprogramm

Während die Kernstadt also zu einem Kultururlaub verleitet, bieten die Ortsteile Bad Faulenbach, Hopfen am See und Weißensee für gesundheitsbewusste Gäste ein ebenso attrak-

Bayerische Landesausstellung 2010 in Füssen

Zusammen mit Augsburg präsentiert Füssen die Bayerische Landesausstellung 2010 unter dem Thema „Bayern und Italien“. Die Jahrhunderte langen engen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Regionen nördlich und südlich der Alpen werden in den zwei vom Bayerischen Haus der Geschichte konzipierten Einzelschauen unterschiedlich thematisiert.

Während die Augsburger Ausstellung ihren Schwerpunkt auf die künstlerischen Wechselbeziehungen zwischen Bayern und Italien legt, werden in Füssen die Handelsbeziehungen und Verkehrswege über die Alpen von der Römerzeit bis heute präsentiert. Dabei werden in Füssen auch besondere alpenländische (Kunst-)Handwerke wie etwa der Instrumentenbau gewürdigt.

Füssen erwartet sich von der Landesausstellung einen erheblichen Besucherstrom, denn die jährlichen Landesausstellungen haben sich in den letzten Jahren als Besuchermagneten mit zwischen 180.000 und 200.000 Besuchern erwiesen.

Blick nach Italien

Nicht zufällig hat Bayerns Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel Füssen und Augsburg gemeinsam als Partner für diese Landesausstellung mit Blick nach Italien ausgewählt. Beide Städte sind untereinander und mit Italien bereits seit der Römerzeit über die Via Claudia Augusta verbunden. Diese zur Zeit des römischen Kaisers Claudius gebaute Fernstraße wurde bis in die Neuzeit hinein als Handelsweg zwischen Oberitalien und der Donau genutzt. Gleichzeitig hat sie sich durch die Jahrhunderte zur Kulturtrasse entwickelt, über die vielfältige Wechselbeziehungen zwischen den Regionen entlang der Straße zustande kamen. **DK**

SPD-Oberbürgermeister-Treffen in Nürnberg:

Bleibende Sorgenfalten

Die Reform der Unternehmenssteuer und die Gesundheitsreform standen im Zentrum eines Treffens der SPD-Oberbürgermeister der drei großen bayerischen Städte München, Nürnberg und Augsburg im Nürnberger Rathaus.

Mit großer Sorge verfolgen die Städte und Gemeinden, dass aus der Arbeitsgruppe der Großen Koalition zur Unternehmenssteuerreform immer häufiger von Modellen berichtet wird, die auf eine schlechende Abschaffung der Gewerbesteuer hinaus laufen.

Gewerbesteuer nicht gefährden

„Einen Einstieg in den Ausstieg aus der Gewerbesteuer werden wir nicht akzeptieren“, erklärte deshalb der Präsident des Deutschen Städtetages, Münchens OB Christian Ude. Die Unternehmenssteuerreform dürfe die wichtigste Steuer der Kommunen nicht gefährden.

Ude wies darauf hin, dass die Städte und Gemeinden es

selbstverständlich akzeptieren würden, wenn sich die Koalition gegen die Hinzurechnung von Zinsen bei der Körperschaftsteuer entscheiden sollte. Daraus dürfe dann aber nicht der Schluss gezogen werden, dass auch die Gewerbesteuer in Zukunft ohne Hinzurechnungen auskommen müsse.

Investitionsfähigkeit in Gefahr

Die Gewerbesteuer sei die Gegenleistung dafür, dass die Kommunen den Unternehmen die notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellen. Dieses Prinzip von Leistung und Gegenleistung auszuhöhlen, würde die kommunale Investitionsfähigkeit gefährden.

Wenn man mit Hinzurechnungen bei der Körperschaftsteuer nicht einverstanden sei, müsse es bei unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen für die Körperschaft- und die Gewerbesteuer bleiben. Wer die heute bestehenden ertragsunabhängigen Elemente bei der Gewerbesteuer kippen und diese Steuer damit zur reinen Gewinnsteuer machen will, nehme der Gewerbesteuer ihren Realsteuercharakter. Dies wäre ein weiterer Schritt auf dem Weg, den Städten und Gemeinden eine eigene Wirtschaftssteuer streitig zu machen, betonten die Rathauschefs.

„Ein Drittel bis die Hälfte“ des gesamten Gewerbesteueraufkommens in Höhe von rund 30 Milliarden Euro netto fiele weg, wenn diese Pläne Realität würden. Es bestehe innerhalb der kommunalen Familie Klarheit darüber, dass dies völlig unakzeptabel sei, erklärten die Stadtoberhäupter und kündigen verstärkte Lobbyarbeit auf Bundesebene an.

Verstärkte Lobbyarbeit auf Bundesebene

Kopfzerbrechen bereitet den Oberbürgermeistern auch die

Zukunft ihrer kommunalen Großkliniken mit rund 10.000 Betten der Vollversorgung. Auch aufgrund des Ärztestreiks sei beim Klinikum Nürnberg eine Finanzlücke von rund sechs Millionen Euro entstanden, stellte Nürnbergs OB Dr. Ulrich Maly fest. Hinzu komme, dass gerade Krankenhäuser der höchsten Versorgungsstufe mit vielen „multimorbiden“ Patienten finanzielle Nachteile hätten.

Klinikum Nürnberg

Am Klinikum Nürnberg, wo man 500 solcher vergleichsweise kostenintensiven Fälle unter die Lupe genommen habe, sei festgestellt worden, dass von den 15 Millionen Euro, die an tatsächlichen Behandlungskosten angefallen seien, nur rund acht Millionen refinanziert wurden. Grund: Die Kliniken befinden sich in der so genannten Konvergenzphase der letzten Gesundheitsreform und sollen im Rahmen des Fallpauschalensystems an einen bayernweiten Mittelwert angeglichen werden.

OB Wengert: „Bestrafung“

Augsburgs OB Paul Wengert sprach seinerseits von einer „Bestrafung“ jener Kliniken, die eine optimale medizinische Versorgung bieten. Und die nächste Gesundheitsreform werde wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen, vermutete Wengert. **DK**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt vom Verlag C. H. BECK in München bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Sächsisch-Bayerisches Städtetz:

Erfolgreicher Filmworkshop

Zum ersten Mal veranstaltete das Sächsisch-Bayerische Städtetz einen Filmworkshop für Jugendliche aus den fünf beteiligten Städten. Vor kurzem fand dazu in Plauen die Abschlussveranstaltung statt. Fünf Teams stellten ihre jeweils etwa zehnmütigen Beiträge über die jeweilige Partnerstadt vor.

Auch für das Städtetz war es Neuland und ein Experiment. Der Filmworkshop für Anfänger, der erstmals in dieser Form stattfand, wurde kräftig beworben. Fünf Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren je Städtetzstadt wurden aus den Bewerbungen ausgewählt und starteten Mitte August in den einwöchigen Workshop.

Frei wählbares Thema

Betreut vom SAEK (Sächsisches Ausbildungs- und Erprobungskanal), wurden die Jugendlichen in den Filmstudios in Plauen und Chemnitz in die Filmtechnik eingeführt. Danach ging es per Bahn in eine benachbarte Städtetzstadt, wo zwei Tage lang gefilmt wurde, wiederum betreut von Mitarbeitern des SAEK. Das Thema war jeweils frei wählbar. Die letzten beiden Tage wurden wieder dazu genutzt, in den Filmstudios das Material zu schneiden

und den Film fertig zu stellen. Wie bei der Abschlussveranstaltung in Plauen sichtbar, näherten sich die Teams den Städten in sehr unterschiedlicher Weise. So stellten in Hof die Gäste aus Chemnitz die Saale als Radwanderweg quer durch die Stadt in den Mittelpunkt des Films. Die Hofer, in Chemnitz zu Gast, widmeten sich der reichhaltigen Architektur von einst und heute.

Der Filmworkshop, so die einhellige Meinung der Organisatoren, war ein voller Erfolg. Neben den tollen Filmbeiträgen und der Vermittlung medialen Wissens wurde auch das Ziel der Begegnung der Jugendlichen aus den Städten erreicht. Die Jugendlichen waren mit Feuereifer beim Projekt und bewerteten es durchgehend als faszinierendes spezielles Sommerangebot. Im Städtetz wird versucht, auch im nächsten Jahr wieder einen Filmworkshop zu starten. **□**

Vorschau auf GZ 19

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 19, die am 5. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Umweltschutz • Abfall und Recycling
- Kommunale Baupolitik
- Garten- und Landschaftsbau • Kommunalfahrzeuge
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Außen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER
Wartehallen
Ein Gesellschafter der ELAN-AG

ORION
transparente Überdachungssysteme
Fahrradparkingssysteme
Spaltparkplätze
Wahlstraße 10 · D-91238 ROTH · Tel. 09101 181-100
www.orion-bausysteme.de

Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D 79832 St. Blasien-Schwarzwald
Tel. 07821 412-100 Fax 07821 412-100

Kindergarteneinrichtungen

élbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-91285 Möttingen
Tel. 091381 3900 · Fax 091381 39199
E-Mail: elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Masten

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Papierkörbe

der Umwelt zuliebe
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen
Telefon: +49 (0) 44 31/9355 49 · Telefax: +49 (0) 44 31/9355 88
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Hako Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hako-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

élbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-91285 Möttingen
Tel. 091381 3900 · Fax 091381 39199
E-Mail: elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 Kümmerbruck/Amberg
Tel.: +49 (0)9621/7685-0 · Fax +49 (0)9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de · www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Wassersähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/38 06 - 601 · Fax: 09 81/38 06 - 615
www.hydometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

dekoration + werbung
vertragshandel für **Felitto Star**
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
postfach 1141
90519 oberasbach
ruf nürnberg 09 11/69 39 65
telefax 09 11/69 59 63
email: deko-jochum@online.de
internet: www.deko-jochum.de

Winterdienst · Schneeräumgeräte · Streumaschinen

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D 79832 St. Blasien-Schwarzwald
Tel. 07821 412-100 Fax 07821 412-100

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de